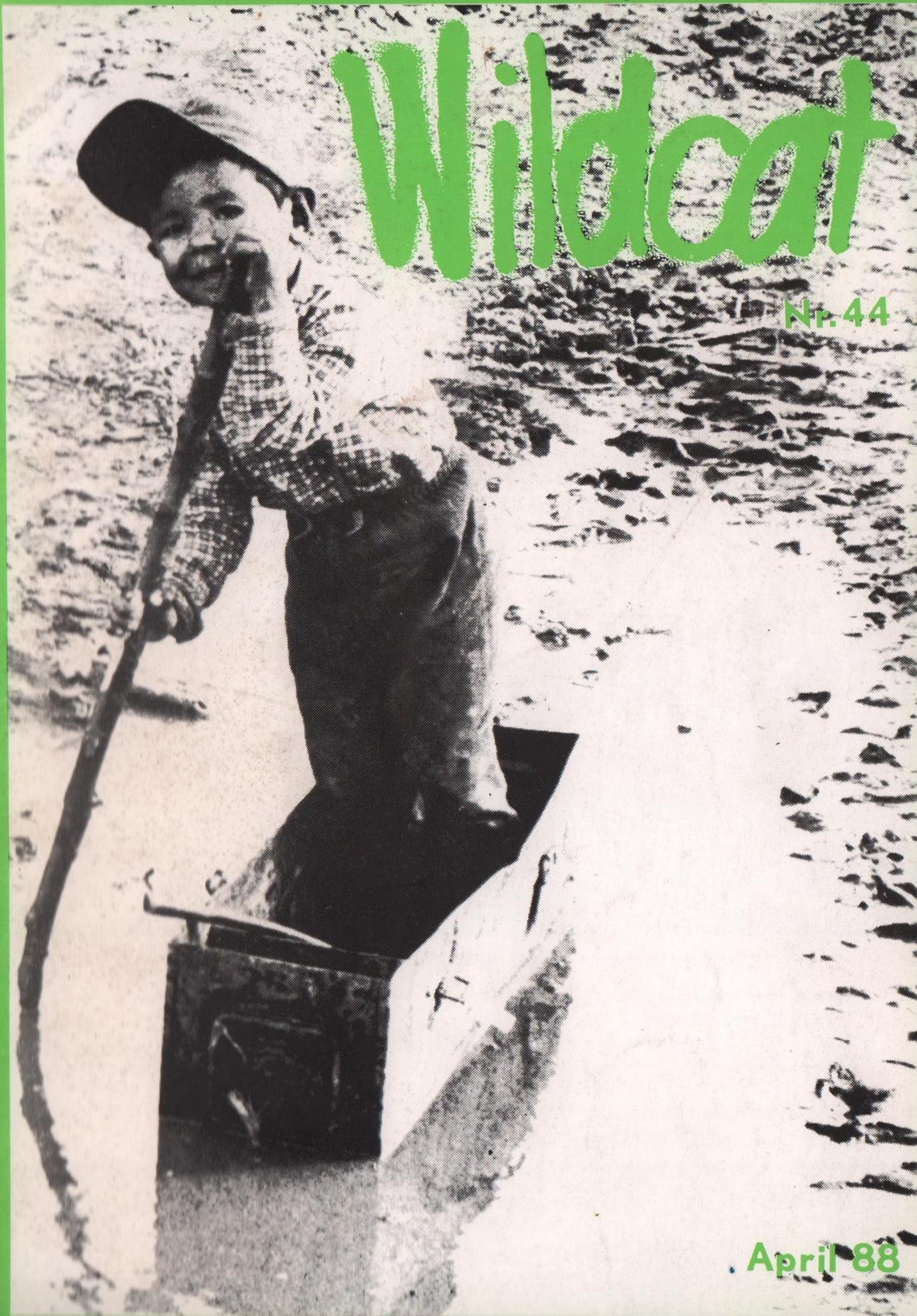


Arch W 3465

Wildcat

Nr. 44

- Inhalt:
- Militante Untersuchung in der Klinik
 - Beschwerdezentren: Zehn Jahre gegen die Psychiatrie
 - Rheinhausen: Der Kampf als Spektakel
 - Euskalduna: Drei Jahre nach der Schließung
 - Multinationale Arbeit in Hamburg
 - Flüchtlings-Ini im Ruhrgebiet
 - Thesen zur Migration



April 88

WILDCAT

Kontaktadressen:

Sisina, Postfach 360 527, 1000 Berlin 36
Sisina, Postfach 301 206, 5000 Köln 30
Info, Postfach 35 31, 3300 Braunschweig

Bestellungen durch Überweisung auf:
"Sonderkonto Zeitung" H.Dietrich
Kto.-Nr. 31 502-109, Postgiroamt Berlin
1 Heft 3,30 DM Abo: 10.-DM für vier Hefte

Buchbestellungen, Abos usw. an:
Sisina Postfach 360 527 1000 Berlin 36
Tel. 030/612 1848

Bestellungen für das **Info** nur noch über:
Info, Postfach 35 31, 3300 Braunschweig
Kto.-Nr. 1 263 882 01 J.Kuri,
Dresdner Bank Braunschweig, BLZ 270 800 60

V.i.S.de.P.ist J. Kuri

Inhalt:

- 1Editorial
- 3**Militante Untersuchung in der weißen Fabrik**
- 11Interview mit zwei KrankenhausarbeiterInnen
- 16BeschwerdeZentrum: 10 Jahre gegen die Psychiatrie
- 24Einleitung "Migrantenteil"
- 26Bericht: Multinationale Arbeit in Hamburg
- 34Erfahrungen aus einer Flüchtlings-Initiative
.....Vietnamesische Kontraktarbeiter in Polen
- 43Die Farbe der Ausbeutung (aus Zaria/Italien)
.....Europäische Migration
- 46Thesen zur weiteren politischen Arbeit
- 49Rheinhausen - Der Kampf als Spektakel
- 57Euskalduna - Drei Jahre nach der Schließung
- 62 "Marx, Arbeitskraft, Arbeiterklasse" (Rezension)
- 63Nochmal zur Hafenstraße

Zur Zeit können folgende Bücher bestellt werden:

- Rote Brigaden - **Fabrikguerilla** in Mailand 1980/818 Mark
- TheKla 5** zur MU (gekürzte Drittauflage)7 Mark
- TheKla 6** Arbeiteruntersuchung der Quaderni Rossi7 Mark
- TheKla 8** Reader zur militanten Untersuchung 83-867 Mark
- TheKla 9** Mario Tronti: Erste Thesen9 Mark
- Rebind** - alle Nummern der Wildcat von 36 bis 4212 Mark

Bestellungen durch Überweisen aufs Konto (Preise inkl. Porto + Verpackung)

(alle Sachen, die hier nicht aufgeführt sind, sind vergriffen!!)

EDITORIAL

Das Editorial der letzten Nummer hat scheinbar die meisten Diskussionen ausgelöst. Und das unserer Ansicht nach ganz zu Unrecht. Wir hätten gern einen Artikel/Interview oder was ähnliches zu den Ereignissen in der Hamburger Barrikadenwoche gemacht. Unserer Ansicht nach war da unterhalb der autonomen Verlautbarungen und Geklirrs einiges abgelaufen, das wir für wichtig hielten. Wir haben mehrmals darüber diskutiert, aber letztlich fühlten sich die Hamburger Genossen nicht in der Lage, einen eigenständigen Artikel dazu zu schreiben (einen Neuaufguß der Thesen zum Berliner Mai wollten wir keinesfalls machen). Stattdessen haben sie dann einen Absatz fürs Editorial geschrieben. Der wurde dann eingebaut, mehrmals kritisiert, diskutiert, umgestellt. Schon da war klar, daß wir nicht allen würden gerecht werden können. Naja erschienen ist dann was, hinter dem wir inhaltlich zwar nach wie vor stehen, das aber nach allen Seiten Mißverständnisse ausgelöst hat.

Wir denken, das beleuchtet auf zwei Ebenen aktuelle Schwierigkeiten der Wildcat.

Erstens: in ner Phase wie der gegenwärtigen halten wir es für nötig, die festgefahrene Debatte aus den alten Gleisen rauszuholen, Thesen zu formulieren, die eine Diskussion strukturieren können, Hypothesen aufzustellen, die eine militante Untersuchungsarbeit anleiten können. Wir machen aber ständig die Erfahrung, daß GenossInnen solche Thesen dann schon wieder für gegessen halten, als Fakt nehmen - anstatt als Denkanstoß oder als Hinweis auf die Notwendigkeit der Untersuchung. Diesem Mißverständnis leisten wir oft Vorschub, wenn wir in Artikeln allgemeine Formulierungen und abstrakte Begriffe benutzen, anstatt beispielsweise einfach mal zu schreiben: "Ich denke, das ist so und so ..." oder "meiner Ansicht nach sollten wir ...".

Zweitens: das Verhältnis zwischen Artikeln, die von einzelnen geschrieben worden sind, und der Entwicklung kollektiver Einschätzungen steht bei uns zur Zeit auf dem Kopf. Ganz oft kommen die vorwärtsweisenden Thesen aus individuellen Ausarbeitungen und werden dann gemeinsam "diskutiert", sehr selten erreicht die kollektive Debatte den Punkt, wo sie in neue

Schritte umschlägt. Das hat in letzter Zeit auch dazu geführt, daß die Hefte eher ne Ansammlung von einzelnen Artikeln geworden sind, als daß sie noch ne durchgängige Prägung, ein "Gesicht" gehabt hätten.

Gefahr erkannt - Gefahr gebannt?

Wir haben uns jetzt prinzipiell und pragmatisch zwei Sachen vorgenommen:

Erstens wollen wir in Zukunft wieder so vorgehen, daß wir die Arbeit der Wildcat kollektiv entwerfen, einzelne Hefte im voraus bestimmen und dann arbeitsteilig erarbeiten. Für die nächsten Hefte heißt das eine genauere Beschäftigung mit der Umstrukturierung des Sozialstaats und der Entwicklung des europäischen Binnenmarkts (also "Freizügigkeit für Arbeitskraft und Kapital" ab 1992): Steuerreform, "Kostendämpfung, Arbeitsmärkte, Rolle der Gewerkschaften - und natürlich die Klassenkämpfe in Westeuropa!

Zweitens haben wir beschlossen, daß die Wildcat ab jetzt maximal 64 Seiten hat. Dies ist auch finanziell dringend nötig, wenn wir den Preis halten wollen. Bei der Umstellung auf das kleine Format hatten wir eigentlich mit 60 Seiten kalkuliert, in letzter Zeit waren es regelmäßig 80. Wir möchten auch nochmal alle, die es sich finanziell leisten können, dazu aufrufen, n Förder-Abo zu machen. 64 Seiten heißt für diese Nummer, daß zwei Artikel nur zur Hälfte erscheinen und in der nächsten Nummer fortgesetzt werden (der zur "weißen Fabrik" und der zum "BeschwerdeZentrum"). Denn gleichzeitig haben wir beschlossen, daß ab jetzt kein Artikel mehr länger als acht Seiten sein soll. Längere Sachen, Materialien, Dossiers usw. wollen wir verstärkt ins "Info" oder ins "TheKla" tun.

ZU DEN ARTIKELN:

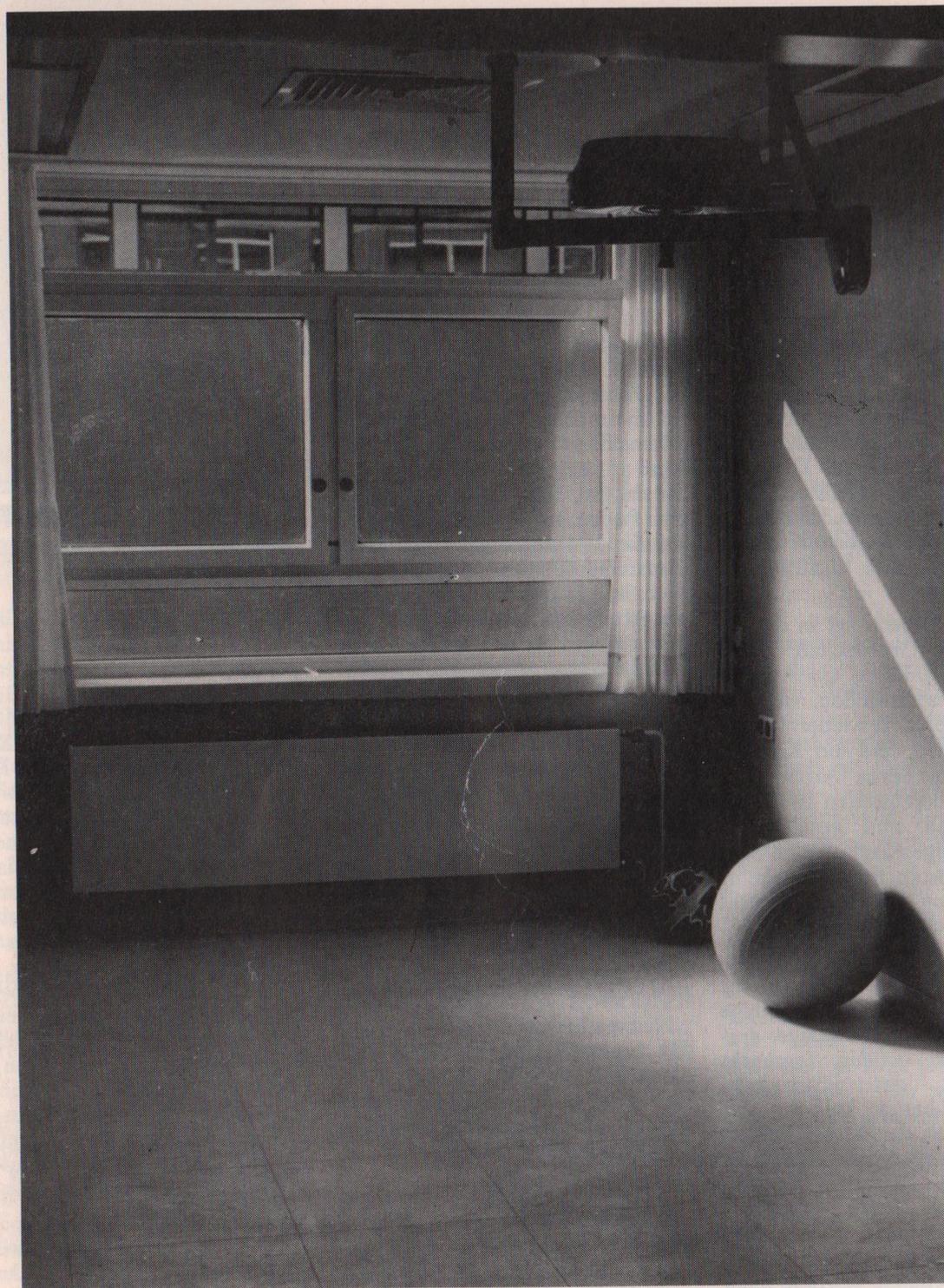
Zunächst beschreibt ein Genosse die "**weiße Fabrik**", in der er arbeitet. Wir haben vor Jahren behauptet, daß die sogenannte Tertiarisierung in Wirklichkeit eine Proletarisierung bedeutet: erst die neuen Verhaltensweisen der GesundheitsarbeiterInnen, die Kämpfe in Großbritannien, den USA, Israel, Italien und Norwegen treten den Beweis für diese These an. Auch die zwei Genosse/in, mit denen wir ein Interview über ihre Arbeit im Krankenhaus gemacht haben, kommen zu der Feststellung, daß sie zum ersten Mal seit Jahren das Gefühl haben, daß dort was brodelt. Der Bericht zum Kampf gegen die Psychiatrie kommt erst mal zur ernüchternden Feststellung, daß zehn Jahre **BeschwerdeZentrum** den Reformpsychiatern gerade den Tritt gegeben haben, den sie noch brauchten, um die Klapsen zu modernisieren.

In beiden Artikeln fehlt noch die Dimension einer radikalen Kritik an der Medizin. Auch in "autonomen" Diskussionskreisen kannst du kaum mal die Ärzte und die Medizin radikal kritisieren, ohne daß dir jemand entgegenhält: "Aber was soll ich machen, wenn mein Kumpel austickt?" oder "wohin soll ich gehen, wenn ich mir den Arm breche?" Irgendwie sitzt die Hoffnung noch total tief, daß die Medizin unser Leben verbessern könne. Und auch in den Kämpfen der GesundheitsarbeiterInnen selber tritt das Problem auf, daß "Kampf gegen die weiße Fabrik" nicht nur Lohnkampf ein kann. Zu diesem Komplex werden die beiden Artikel in der nächsten Nummer fortgesetzt.

Der nächste Schwerpunkt dreht sich um die **proletarischen Wanderungsbewegungen**. Kern sind **zwei Erfahrungsberichte aus Hamburg und Köln**. Die meisten "Flüchtlings-Initiativen" haben sich inzwischen aufgelöst. Viele dieser Inis haben aber so wichtige Erfahrungen gemacht (gerade auch ihr Scheitern kann für die Zukunft wichtig sein), daß wir daraus wichtige Anhaltspunkte gewinnen können. Ein Stück weit gilt das ja für alle unsere Versuche der letzten Jahre: von der Fabrikintervention über Jobber-Erfahrungen bis zu Erwerbslosen- und Sozi-Initiativen, Flüchtlingsgruppen usw.; wir haben ein breites Spektrum proletarischer Situationen kennengelernt - wir mußten aber oft auch vor der Widersprüchlichkeit der Situationen kapitulieren, gerade wenn wir keinen Avantgardepartei-Ansatz vertreten und gerade wenn wir uns nicht in autonomer Beliebigkeit von Einpunkt zu Einpunkt bewegen.

Zum Schluß kommen dann noch zwei Berichte über die **Kämpfe in den traditionellen Arbeiterhochburgen** Stahl und Schiffsbau. Seit zehn Jahren erleben wir in ganz Europa solche Abwehrkämpfe auf allen Ebenen der Militanz. Beim Bergarbeiterstreik in England waren wir ja auch unter denen mit ganz hoffnungsvollen Thesen. Die haben sich damals aber nicht bestätigt. Heute ist es vielleicht wichtiger, die Grenzen solcher Kämpfe rauszuarbeiten (etwa in Euskalduna) - ohne allerdings die Vermischungen und Diskussionen zu übersehen, die sich in solchen Kämpfen "am Rand" ergeben.

So, ansonsten sind noch ein paar kleinere Sachen drin - die werdet Ihr aber schon nicht übersehen! Viel Spaß beim Lesen!



MILITANTE UNTERSUCHUNG IN DER WEISSEN FABRIK

Der folgende Artikel beschränkt sich auf die "weiße Fabrik", auf die Klinik als Ort von Klassenzusammensetzung. Er impliziert die These, daß die Umstrukturierung im Gesundheitssystem weit über die Propaganda von "Kostendämpfung" hinaus einen Angriff auf die dort Beschäftigten bedeutet. Aber die Ausarbeitung und Vertiefung dieser These anhand der anstehenden "Reform des Gesundheitswesens", sowie zumindest zwei weitere Themenbereiche fehlen dabei noch: Die gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Gesundheitssystems und eine grundsätzliche Kritik des kapitalistischen Krankheitsbegriffes. Dies kommt im zweiten Teil des Artikels in der nächsten Nummer. Daß "Tertiarisierung" Industrialisierung der Dienstleistung bedeutet, haben unsere Feinde schon lange begriffen: ihre Reformen zielen darauf, die aus der Fabrikisierung entstehenden ArbeiterInnenverhaltensweisen von neuem einzuschließen. Wir halten es für dringend notwendig, die Diskussion über diesen Bereich kapitalistischer Reproduktion aufzunehmen und auch hier eine Praxis zu entwickeln von militanter Untersuchung und Intervention.

DIE WEISSE FABRIK

KrankenhausarbeiterInnenstreiks in Israel, USA und zuletzt in Großbritannien und Norwegen haben wieder bewußt gemacht, daß das Krankenhaus auch Ort von Klassenauseinandersetzung ist. Über ihre Funktion als Dienstleistungsbetrieb oder gar ihre Mystifizierung als soziale Errungenschaft hinaus ist die Klinik ein Ort der Mehrwert- und Profitproduktion geworden.

Das Krankenhaus hat in der kapitalistischen Gesellschaft schon immer die Funktion, die Arbeitskraft wiederherzustellen, sie dem Produktionsprozeß wieder verfügbar zu machen, und die Kranken auszusondern, deren Arbeitskraft nicht wiederherzustellen ist. Krankenhauskosten sind gesellschaftlich notwendige Kosten. Eine Senkung der Kosten trägt umgekehrt zur Anhebung der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate bei.

Die Klinik ist der Ort, in dem sich die politische Spaltung der Klasse in Gesunde/Arbeitsfähige und Kranke/Arbeitsunfähige ausdrückt. Wer unfähig (gemacht worden) ist, das mörderische Tempo mitzuhalten, soll von den übrigen Teilen der Klasse isoliert werden, eben damit die Krankheit Vereinzelung, Einsamkeit bedeutet und nicht zur Waffe umgedreht werden kann. Dem widerspricht nicht, daß immer wieder Mittel und Wege gefunden werden, auch Behinderte wieder in den Produktionszyklus zu integrieren. Die extrem niedrigen Löhne für Heimarbeit und in Behindertenwerkstätten machen es ja auch sehr interessant.

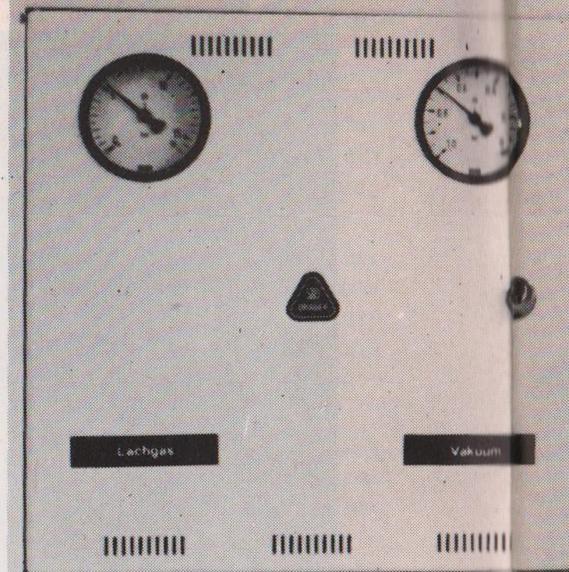
In den letzten zehn Jahren sind im Gesundheitswesen mehr Arbeitsplätze entstanden, als etwa im Baugewerbe verloren gingen. Das heißt, die Klasse wurde mit einem Schub in den Dienstleistungssektor von oben neu zusammengesetzt.

Wie die Fabrik als entwickeltster Punkt der produktiven Kooperation höchste Mehrwertraten ermöglicht, so erlaubt auch die Klinik die rationellste Produktion von "Gesundheit" - und das höchste Maß an sozialer Kontrolle. Wie an jedem Ort von Mehrwertproduktion finden wir auch in der weißen Fabrik Versuche, die organische Zusammensetzung und damit die technische Zusammensetzung der ausgebeuteten Arbeitskraft zu verändern und voranzutreiben. Die Kranken sind dabei Verbraucher von Medikamenten, Pflegehilfsmitteln und Dienstleistungen, andererseits auch das Material, an dem sich die Produktion von "Gesundheit" realisiert. Im ambulanten Bereich wird schon lange an der Produktion von "Gesundheit" verdient. Jeder weiß, wie gut etwa Ärzte und Zahnärzte verdienen, aber auch die ambulanten Krankenpflegedienste, die oft schon auf Subunternehmerbasis arbeiten, sind wahre Profitquellen.

Nun enthüllen die Kämpfe und das zugrundeliegende ArbeiterInnenverhalten in den Krankenhäusern den Kern des "Gesundheitswesens" als Industrialisierung, die Klinik als weiße Fabrik.

Diskutiert werden muß zunächst die Frage: wie ist die technische Zusammensetzung und wie wird sie verändert? wo finden wir Brüche zu einer politischen Neuzusammensetzung?

Ich will im folgenden versuchen, die "Schichten der Klinik", besonders des Pflegepersonals, zu untersuchen und die Neustrukturierung der Klinik zu umreißen. Beides als Diskussionsgrundlage für die militante Untersuchung, die im eigentlichen Sinne erst noch aufgenommen werden muß.



DIE SCHICHTEN

Grob wird in einer Klinik in ärztliches, medizinisch-technisches, pflegerisches und zuarbeitendes Personal unterteilt. In dem Bericht aus den USA (Wildcat 43) wird deutlich, daß der Streik bei Kaiser im wesentlichen von den MedizintechnikerInnen getragen wurde. Sie haben stärker mit der technischen und weniger mit der medizinischen oder gar pflegerischen Seite der Klinik zu tun, dementsprechend schwächer ausgebildet sind bei ihnen die Mythen vom "Beruf als Berufung" oder, daß Kämpfen und Pflegen ein Widerspruch sei. In den technischen Bereichen der Klinik findet sich am ehesten und deutlichsten ein normales ArbeiterInnenverhalten: die Ablehnung der Arbeit. Umso interessanter sind die Kämpfe in Großbritannien, die sehr stark von ArbeiterInnen aus dem Pflegebereich getragen wurden.

Im Pflegebereich treffen wir auf verschiedene Eigentümlichkeiten. Erstmal wird die Krankenpflege immer noch als typischer Frauenberuf, gerade auch mit der dafür gängigen niedrigen Bezahlung, gehandhabt. Es sind überwiegend junge Frauen, älter als 40 sind in der Klinik wenige. Einige haben auch Kinder, die sie häufig alleine mitdurchziehen haben. Gerade die ganz Jungen haben meist die Vorstellung, irgendwann zu heiraten, dann Kinder zu kriegen und mindestens vorübergehend, wenn's Geld reicht, die Klinik zu verlas-



DER KLINIK

sen. Die meisten bleiben zwischen zwei und fünf, wenige bis zu zehn Jahren, gehen dann aus dem Beruf raus oder wechseln zumindest die Klinik. Ein paar wenige gehen in die Pflegedienstleitung (PDL), an die Schulen oder in die Gemeindepflege. Ist die Mobilität nach außen schon hoch, wird's zusammen mit der Mobilität innerhalb der Klinik zu einem rasenden Wechsel; Stationen, die man nach einem Jahr wieder besucht, sind oft zur Hälfte neu besetzt.

Gearbeitet wird üblicherweise im Zwei- oder Drei-Schicht-System, jedes zweite Wochenende, Feiertage sowieso. Überstunden fallen in Massen an. Pro Schicht muß mindestens eine Examierte auf Station sein, sie trägt die Verantwortung für die Station, muß die Visite machen, ausarbeiten und den ganzen Verwaltungskram erledigen. Die Stationsleitung und die übrigen Examierten, soweit es welche gibt, sind im wesentlichen für die Behandlungspflege, für Verbände, Spritzen und Infusionen zuständig. Das wird auch von Schülern aus höheren Kursen gemacht, gehört aber eigentlich zu den Aufgaben der Ärzte. Die machen's aber nur in Ausnahmefällen. Ohne diese Übernahme von Arbeiten, die nicht in den Zuständigkeitsbereich des Pflegepersonals fallen, ist ein Klinikbetrieb nicht aufrechtzuerhalten. Vor ein paar Jahren gab's bei uns auf einer Station einen "Spritzenstreik" und

innerhalb von zwei Stunden waren Ärzte, Pflegedienstleitung und Verwaltungsspitze in einer Krisensitzung. Es gelang ihnen, den Streik zu unterlaufen. Aufgrund der hohen Fluktuation und der Abschottung der Stationen untereinander sprechen sich solche Konflikte bisher aber kaum rum und werden dann schnell zu einer individuellen Anekdote.

Offiziell wird jede Station von einer Stationschwester geleitet, die andere Schicht von einer Seitenschwester; informell machen's alle Examierten. Das führt zu einer gewissen Kollegialität, aber auch dazu, daß viele eine Menge verkraften und einstecken, weil sie dafür durch eine Leitungsfunktion entschädigt werden. Durch diese Vermischung verschwimmt die hierarchische Funktion der Stationschwester; in Analysen der Krankenhausverwaltungen ist von der "Krise des unteren Managements" die Rede, dessen "demokratischer" Stil kritisiert wird. Genau das deutet auch auf die Probleme hin, die wir eher positiv, als Bruch einschätzen. Im "unteren Management" muß die Managerposition erst wieder durchgesetzt werden.

Es gibt ganz grob zwei Verhaltensweisen von Examierten, die sich am deutlichsten in der Stationsleitung zeigen. Die einen sehen ihre Rolle als Mittler zwischen Arzt und Patient/Angehörigen. Sie versuchen, ihre Arbeit der des Arztes anzugleichen. Sei es in pflegerischer Hinsicht oder daß sie sich auf den Büro- und Verwaltungsbereich zurückziehen. Auf ihren Stationen findet man oft eine bedingungslose Unterwürfigkeit unter die Ärzte, und der Druck auf die übrigen ArbeiterInnen ist sehr hoch.

Die zweite Verhaltensweise ist wesentlich häufiger. Sie findet sich bei Examierten, die häufig auf Station mitarbeiten, mit Karten und Kurven nicht viel anfangen können und ihr Verständnis aus der Krankenpflege herleiten. Das wird natürlich ganz stark benutzt, um über moralischen Druck immer noch mehr unbezahlte Mehrarbeit rauszuholen. Andererseits herrscht auf solchen Stationen

aber auch ein relativ angenehmer Umgang untereinander, die innere Struktur setzt einen nicht so unter Druck. Dies ist den Verwaltern ein Dorn im Auge; denn damit sind diese Stationen für sie nicht beliebig steuerbar, der Schritt zur kollektiven Verweigerung liegt in der Luft. Diese Verhaltensweise ist aber sehr ambivalent, da sie den Mythos der Krankenpflege transportiert.

Oberflächlich betrachtet taucht dieser Mythos bei fast allen Examierten auf, die in den letzten zehn Jahren in die Klinik gekommen und dageblieben sind, denn in der Ausbildung hat man ihnen viel von "ganzheitlicher Pflege" erzählt. Diese Konzeption von "ganzheitlicher Pflege" speist sich aus drei Quellen: Zum einen ist sie verknüpft mit der Geschichte der Krankenpflegekader; sie versuchen, die Selbständigkeit der Pflegearbeit durchzusetzen und machen das an einer Betonung ihres Gebrauchswertes fest, die schon moralisch ist. Genau das wird in der Aus- und Weiterbildung gepowert - und die, die das powern, machen meist schnell Karriere in den Kaderschulen und sind irgendwann gar nicht mehr in der Klinik oder auf Station zu finden. Zweitens erleichtert es dir der Mythos von der ganzheitlichen Pflege (als Pflege, die den Gebrauchswert für die Patienten erhöht) auch, die Unzufriedenheit, den Streß und die vielfältigen Anforderungen in der weißen Fabrik zu ertragen. Und drittens wissen alle, daß die neuen Pflegesysteme nur mit mehr Personal realisiert werden können. Manche hoffen noch auf die daraus resultierenden besseren Arbeitsbedingungen. Aber die tägliche Realität beweist das Gegenteil: Hier liegt der Widerspruch, aus dem viele ihre Kritik an der Patientenversorgung und an der Fabrikisierung der Pflege entwickeln. Eine Kritik, aus der, wenn auch oft noch individuell, auf kleine Kollektive begrenzt, temporär und defensiv die Verweigerung der "Fabrikarbeit" entsteht. Hier ist auch die größte Offenheit für eine Diskussion des Pfleger-Patient-Verhältnisses zu finden.



wechselt man den Arbeitsplatz mindestens sechsmal, ist oft nur 2-3 Monate auf einer Station - hat also kaum Zeit, die KollegInnen überhaupt kennenzulernen.

Die nächste Schicht sind die **KrankenpflegehelferInnen (Kph)**; sie haben eine einjährige Ausbildung und sind meist schon ewig auf der Station. Ihre Chancen zu wechseln sind gleich null, weil es inzwischen dermaßen viele Schwestern und Pfleger gibt, im Vergleich zu denen ihre Ausbildung einfach zu schlecht ist. In den 70er-Jahren wurden sie massenhaft ausgebildet, vor allem Frauen, die ihre Kinder schon großgezogen hatten, um schnell billige Arbeitskräfte in die Kliniken zu kriegen. Im realen Arbeitsprozeß auf Station merkt man allerdings kaum, wer das Examen hat und wer "nur" die Kph-Ausbildung. Wer mehr als zehn Jahre auf einer Station arbeitet, führt jeden Tag aufs Neue den Mythos von der formalen Qualifikation ad absurdum. Aber zehn Jahre auf Station und nie am Schreibtisch, sondern immer am Malochen in den Zimmern führt oft auch zu einer zynischen Distanz zur Arbeit, da ist kein Anspruch von Pflege mehr zu finden. Nur das bloße Durchziehen von Sachen, die zu sehen sind, die dokumentiert werden müssen, ohne noch irgendwie auf Patienten zu achten, ermöglicht den Ablauf auf 30-Betten-Stationen mit 3-4 ArbeiterInnen in der Schicht. Die Arbeit wird gemacht und fertig. Diese zynische Distanz ist auch eine breite Verweigerung, auf der Ebene der Pflege zur Entwicklung der Klinik beizutragen.

Eine Schicht tiefer stehen die **SchülerInnen**. Kaum eine Klinik kann ohne SchülerInnen arbeiten. Manche von ihnen haben vorher gejobbt oder studiert, aber alle haben schon im Pflegebereich gearbeitet. Während der Ausbildung

Ganz deutlich ist in der Ausbildung der Einsatz als billige Arbeitskraft. Meist besteht gar nicht die Möglichkeit, viel zu lernen, dafür ist in der Klinik weder Zeit noch Personal. Es wird halt mal was nebenbei beigebracht, aber da muß man schon Glück haben. Die meiste Zeit haben SchülerInnen das zu machen, was sie eh schon können. Für den Schichtdienst, Wochenenddienst usw. kriegen sie 600,- bis 800,-DM ausbezahlt. Vor zwei Jahren wurde versucht, die Ausbildungskohle um 50% zu kürzen, daraufhin kam's an vielen Schulen zum Schulboykott, die Kürzung wurde dann bis auf 10% zurückgenommen. Heute ist von den Aktionen und denen, die sie trugen, nichts mehr zu spüren.

Einige hören sofort nach der Ausbildung auf, feiern schon vorher krank bis an die Grenze (wer während der Ausbildung mehr als 80 Tage krank ist, muß ein halbes Jahr länger machen). Sie hatten andere Vorstellungen von der Arbeit und haben jetzt von der Unmöglichkeit eine vernünftige Krankenpflege zu machen und/oder den beschissenen Arbeitsbedingungen die Schnauze voll.

Manchmal gelingt es, aus dem Zusammenhang "Schule" heraus Gruppen zu entwickeln, die eine intensive Diskussion über die Klinik führen. Ihre Existenz ist aber oft mit dem Examen beendet. Bei denen, die bleiben, entwickelt sich schon kurz vor Ende der Ausbildung und in den ersten Monaten danach ein ganz verrücktes Verhältnis zu ihrer Arbeit, vermittelt über ihre "Qualifikation". Da

kommen sie erstmals in die Situation, daß sie mal Schichtleitung machen, daß sie relativ selbständig arbeiten können, daß es ihnen gelingt, sich einen Raum auf Station zu schaffen. Dieses Gefühl von Qualifikation, verknüpft mit dem selbständigen Arbeiten und der Faszination der Leitung, wird dann langsam durch die Fabrik und die Hierarchie zertrümmert, doch das dauert. Oder sie entwickeln sich zu Pflegekadern und qualifizieren sich weiter, bis sie als Unterrichtschwester und -pfleger der Fabrikorganisation entronnen sind oder ihren Platz in der Hierarchie als PDL gefunden haben.

Und dann sind da noch die **Extrawachen**, ohne die keine Klinik mehr auskommt. Prekarisierte Arbeit in Reinform werden sie manchmal erst eine Stunde vor Dienstbeginn von der Pflegedienstleitung oder von der Station angerufen. Meistens sind es MedizinstudentInnen, in zunehmender Zahl Examinierte, immer seltener Ungelernte. Sie werden schwerpunktmäßig im Pflegebereich eingesetzt, manchmal auch als Stationshilfen. Sie haben keine feste Stundenzahl im Monat, selbstverständlich keinerlei Versicherung. In manchen Kliniken ist ihre Zahl sehr hoch, z. B. bei 500 Betten regelmäßig 20-30 in der Nacht, genauso viel wie fest Angestellte. Dazu kommt oft noch ihr Einsatz an Wochenenden, um die Kiste am Laufen zu halten. Wenn sie formal als "Sitzwache" bestellt und so über die Krankenkasse abgerechnet werden, ist ihr Einsatz für die Klinik gratis.

Besonders die StudentInnen unter den Extrawachen wehren sich nicht gegen die beschissenen Arbeitsbedingungen, sie ziehen die Arbeit durch, malochen ganz schön und ruhen sich dann wieder 'ne Weile aus. Zum Teil werden sie auch ganz gezielt zur Spaltung eingesetzt. In den meisten Krankenhäusern gibt es so was wie "feste Extrawachen", die fast ständig malochen; unter ihnen sind auch ausgebildete PflegerInnen, die sogar als Stationswache eingesetzt werden.

Auf Druck der Kostenträger wird beinahe regelmäßig versucht, Extra- und Sitzwachen zu streichen. Das geht aber nie sehr lange, entweder weil der Betrieb gar nicht mehr anders aufrechtzuerhalten ist, oder weil es auf den Stationen zu Konflikten kommt, wenn z.B. Schwestern die weitere Verantwortung für die Station ablehnen oder keine Botengänge mehr machen. Wo es durchsetzbar ist, wird die Arbeit auf die Station abgewälzt, über neue Schichtpläne, vermehrten Einsatz von SchülerInnen und Überstunden. Das hängt sowohl von der Stärke der ArbeiterInnen und der Anzahl der notwendigen Wachen ab als auch vom Zusammenhalt untereinander: Je länger Wachen da sind und je häufiger sie auf einer Station sind, desto besser kommen die KollegInnen mit ihnen zurecht. Als in unserem Krankenhaus neulich die

Zahl der Extrawachen gekürzt werden sollten, haben sich einige dieser Stationswachen geweigert, allein Nachtwache auf Station zu machen. Sie wurden dafür auch gleich auf eine schwarze Liste gesetzt, aber immerhin hat die Spaltung nicht hingehauen. Extrawachen, die nahezu regelmäßig arbeiten, haben begonnen, ihren Einsatz selbst zu organisieren, so kommt jedeR auf die Stundenzahl, die sie/er braucht oder machen will, und zu den Zeiten, wo s paßt.

Zu den untersten Schichten im Krankenhaus gehören die **Träger**, die nur noch in wenigen Kliniken zu finden sind, weil ihre Aufgaben mehr und mehr durch Zentralisierung und Auslagerung verschwinden (TransportarbeiterInnen gibt es natürlich nach wie vor evtl. in Zukunft sogar mehr, aber eben nicht mehr in der Form des Trägers). Ich habe früher selber als Träger gearbeitet, meine Kollegen leisteten meistens ihren Sozialdienst (anstelle des Zivildienstes) für 2 1/2 Jahre in der Klinik ab.

Wie der Name schon sagt, müssen Träger Patienten, Ware usw. hin- und hertragen. Der Arbeitsanfall ist dabei völlig unterschiedlich. Mal ist keine Pause drin, mal ist bis zu fünf Stunden in der Schicht Zeit zum Essen, Lesen, Bier trinken. Gerade die Spätschicht hat gegen Abend viel Ruhe. Die Träger haben einen Pieper, mit dem sie von allen Stationen erreicht werden können. D.h. sie können sich sonstwo aufhalten und werden dann angepiept. Das hat natürlich den Vorteil, daß niemand weiß, wieviel wirklich gearbeitet wird. An arbeitsintensiven Tagen kommt man allerdings den Anforderungen der Stationen kaum nach. Gerade dann knallt's immer, und besonders zwischen denen, die eh genug zu tun haben und der Arbeit nicht mehr hinterherkommen. Die Reibungen, die auf den Stationen durch Arbeitsorganisation, Anordnungen, Arbeitsanfall etc. entstehen, werden auf die Träger abgewälzt.



Wenn die Arbeitsintensität unerträglich wird, kommt es schon mal vor, daß die Hälfte der Träger gleichzeitig krank macht. Auch anderweitig finden die Träger immer wieder Lücken in der Arbeitsorganisation, die sie ausnutzen können. Auf ihre Weigerung, die Patienten auch noch beim Röntgen zu halten und dabei Strahlung abzukriegen, wurden ihnen Dosimeter ausgehändigt. Die hängen sie sich jetzt über die Bleischürze und haben so bald die Höchstdosis zusammen.

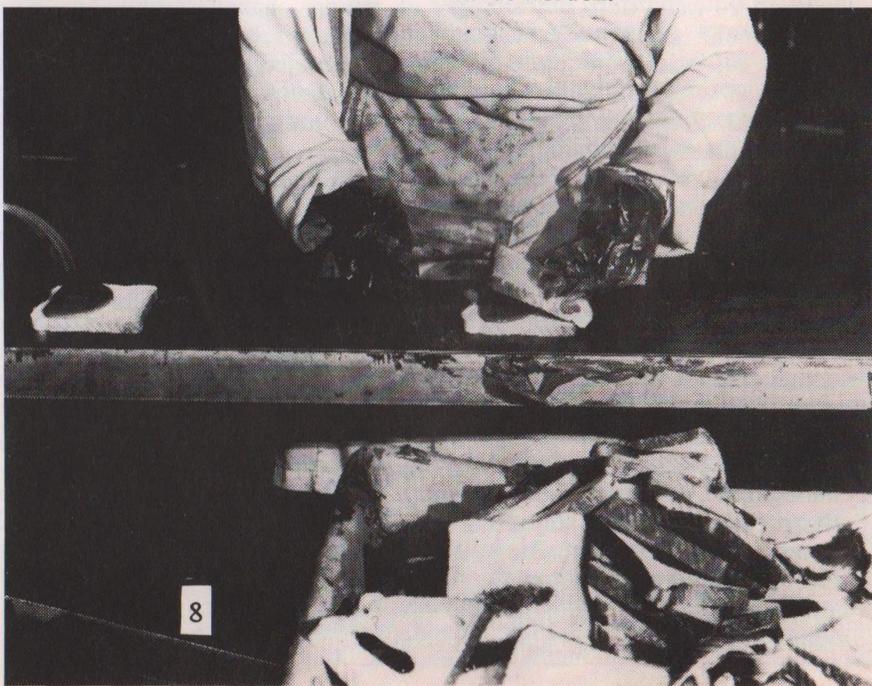
Gerade bei diesen kleinen Konflikten wird die Vermittlungsfunktion der **Pflegedienstleitung (PDL)** deutlich, die das immer wieder aufgefangen hat: "Ja, ich kann Sie ja verstehen, ich werd's bei der nächsten Sitzung vortragen ...", die gleichen Sprüche, die man von ihr immer wieder auch auf Station zu hören bekommt. Dann kriegt man vielleicht noch ne Extrawache, um das Größte aufzufangen. Diese Vermittlungsfunktion kann sich in den kleinen Kliniken zusätzlich darauf stützen, daß sich alle untereinander kennen, die PDL früher Schwester war und man schon des öfteren mit ihr zusammengearbeitet hat. In großen Kliniken kommt die Vermittlerrolle mehr aus den objektiven Gegebenheiten. Die PDL ist auch hier eine weitergebildete Examiniererte, kennt also den Bereich sehr genau. Sie kann deshalb als Vertreterin der Pflege gegenüber der Verwaltung und den Ärzten auftreten - und muß andererseits deren Anforderungen nach unten durchsetzen.

Mit der zunehmenden Fabrikisierung gerät die traditionelle Art der Vermittlung in die Krise. In den kleinen Häusern haben sich die PDL immer stärker als Schwestern denn als "Leiter" des Pflegebereichs verstanden - und konnten gerade darüber ihre motivierende und integrierende Funktion erfüllen. In der "weißen Fabrik" tritt dir die PDL mehr und mehr als Vertreterin des Arbeitszwangs, der anderen Seite gegenüber, niemand käme mehr auf die Idee, mit all seinen Problemen zu ihr zu rennen.

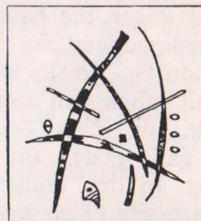
LINIEN DER UMSTRUKTURIERUNG

Trotz der teilweise unerträglichen, zerstörerischen Arbeitsbedingungen ist der Arbeitsprozeß in der Klinik bisher eben noch nicht dem in einer Fabrik gleichzusetzen. Sei es die Unvorhersehbarkeit des Arbeitsanfalls, die Unkontrollierbarkeit der Arbeiten, die mangelnde Motivation mancher Stationschwester, dich zur Arbeit anzutreiben, immer wieder findest du Freiräume, kannst manchmal über Wochen ne ruhige Kugel schieben. Das alles steht natürlich einer profitablen Klinik im Weg. Es werden verschiedene Angriffe gefahren, um die Arbeitsintensität zu steigern und über die gesamte Arbeitszeit gleichmäßig hoch zu halten.

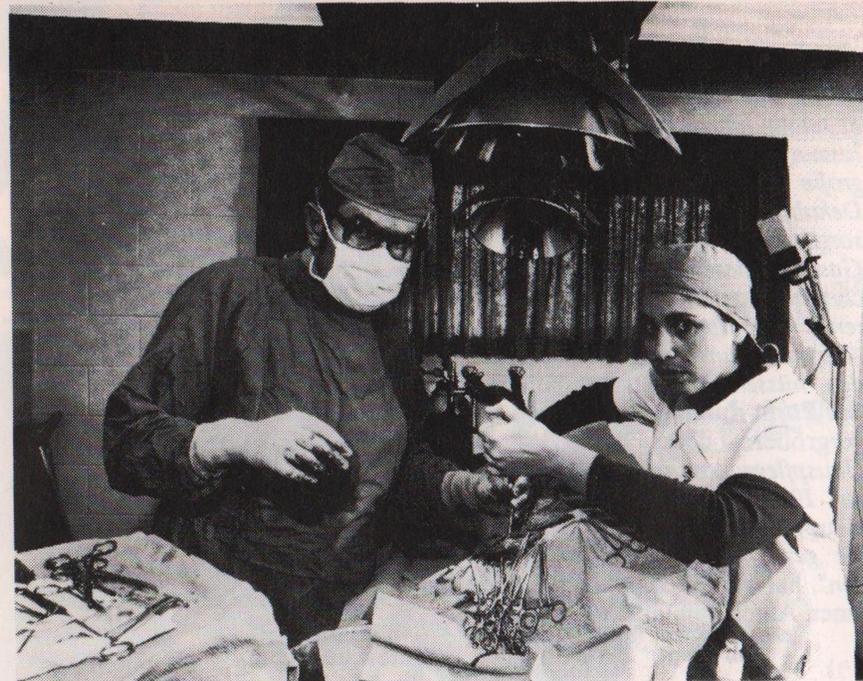
Die erste Linie ist die **RATIONALISIERUNG DES UNMITTELBAREN ARBEITSPROZESSES**. Die Arbeit im Krankenhaus wird in ihrer Gesamtheit als **"PFLEGEPROZESS"** definiert und organisiert, du sollst als PflegerIn nicht mehr auf Beschwerden oder klinikbedingte Erkrankungen des Patienten reagieren, sondern aktiv planen. Die gleichzeitig einzuführende **PFLEGEDOKUMENTATION** soll eine umfassende Kontrolle über sämtliche Arbeitsschritte und sogar deine dabei angestellten Überlegungen bringen. Insgesamt wird dadurch die Pflege zum ersten Mal standardisierbar, eine unabdingbare Notwendigkeit, um Klinikarbeit zu industrialisieren.



Die zweite Linie ist die **ZENTRALISIERUNG DER ZUARBEITENDEN FUNKTIONEN**. Dies geschieht zum einen im Innern: durch Bettenzentralen, Tablettsystem usw. werden Putz-, Küchen- und andere Zuarbeiten abgespalten und zentralisiert. Das führt zu fließbandartigen Arbeitsprozessen, etwa wenn alle Betten eines Krankenhauses in einem Keller gereinigt und frisch bezogen werden. Politisch bezweckt dies eine Aufspaltung der Arbeitskraft in höherqualifizierte KrankenpflegerInnen und "Reinigungs- und Küchenpersonal". Ähnlich funktioniert die Dezentralisierung nach außen: seit Jahren werden klinikeigene Wäschereien, Reinigungsdienste, Küchen privatisiert. Wie beschissen die Arbeitsbedingungen in solchen zuliefernden Klitschen und Putzfirmen sind, ist ja bekannt.



Eine dritte Linie ist die **PRIVATISIERUNG** der Kliniken selber. Auch das ist seit Jahren im Falle von Pflegeheimen und spezialisierten Kliniken bekannt und hieß bisher, daß "Private" sich die profitablen Bereiche geschnappt haben. In Zukunft sollen nun solche Prinzipien auf breiter Front angewandt werden.



EINE VORLÄUFIGE KAPITALISTISCHE SYNTHESE: DIE FALLPAUSCHALE

Zusammenfassend betrachtet erkennen wir zwei parallele und widersprüchliche Schienen von Rationalisierung, die parallel und widersprüchlich sein müssen, weil das ArbeiterInnenverhalten, das sie angreifen und neu integrieren müssen, die gleiche Widersprüchlichkeit in sich trägt: Auf der einen Seite gegen den Haß auf die Arbeit eine Leistungsverdichtung und Zergliederung des Arbeitsprozesses zu setzen (Flexibilisierung Neuorganisation, neue Berufsgruppen, Ausgliederung); auf der anderen Seite ist kaum eine Arbeit so stark von "Nützlichkeit", "HelferInnenmythos", auferlegter Moral und Ethos geprägt wie die Krankenpflege, da wird dann versucht, Mehrarbeit über Motivationssteigerung (Zimmerpflege, Pflegeprozeß) zu erreichen. Die Widersprüchlichkeit läßt sich exemplarisch an der oben erwähnten "Krise des unteren Managements" diskutieren: einerseits sollen die "inneren Strukturen" zersetzt werden, in denen die Stationschwester wurzeln, andererseits müssen sie benutzt oder sogar aufgewertet werden, um neue Motivation zu erzeugen. Das Kapital kritisiert den "demokratischen Stil" dieser Stationschwester, will aber seine motivierenden Elemente bewahren und sie mit einem neu durchzusetzenden hierarchischen Stil zu koppeln.

Eine fürs Kapital sinnvolle Kombination von Rationalisierung und Motivationssteigerung ist ihnen in der USA gelungen. Dort wurden 1983 die "DRG" (Diagnosis Related Groups) eingeführt und damit eine fallbezogene Pauschalbezahlung. Grundlage für die Kostenrechnung im Krankenhaus ist nicht mehr ein Tagessatz oder tatsächlich erbrachte Leistungen, sondern ein Pauschalsatz je nach diagnostizierter Erkrankung. Hier greifen ökonomische und patientenorientierte Pflegekonzeptionen ineinander.

Der Beitrag, aus dem die folgenden Zitate stammen, repräsentiert einen Teil der Diskussionen darüber, auf welche Weise leistungs- und produktivitätsbezogene Bezahlung in bundesdeutschen Kliniken eingeführt werden kann. Neben einigen Modellversuchen wird empfohlen, das System erst langsam für einige Diagnosen, einige Leistungen, einige Kliniken einzuführen, um es so den Erfordernissen anzupassen.

DRG sind "Fallpauschalen, (sie) stellen ein Klassifikationssystem dar, das Patienten bei der stationären Aufnahme, je nach Diagnose, in bestimmte Diagnosegruppen einordnet, ein prospektives Vergütungs-

system, das eine im vornhinein festgelegte Pauschale pro Diagnosegruppe zusichert."

"Wird der Patient vor Ausschöpfung dieser Summe entlassen, kann das Krankenhaus die Differenz einbehalten." Also auch entsprechend Profit aus dem Verkauf der Ware "Gesundheit" ziehen, denn "dieses System sieht Krankenhäuser als Multiproduktbetriebe, deren Produktion die Anzahl und Art der behandelten Patienten ist."

Zudem "zwingt es die Krankenhaushausleitung, sich an marktwirtschaftlichen Prinzipien zu orientieren. Diese Management-Behandlungsstrategie bewirkt sowohl die Verkürzung der Verweildauer als auch den Rückgang der Belegungsrate, erhöht aber die Pflegeintensität." Daher "bedarf es nicht weniger, sondern zumindest einer ähnlichen, unter Umständen sogar einer höheren Anzahl qualifizierter Vollschwestern." Aber so einfach gibt es nicht mehr Planstellen oder gar besetzte Stellen, "aufgrund der reduzierten Belegung ist es für die Krankenhausverwaltung wirtschaftlich gesehen naheliegender den Pflegesektor kritisch zu überprüfen." Das Ziel ist die erhöhte Pflegeintensität mit höherer Arbeitsintensität zu bewältigen.

"Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg des Pflegedienstes ist der rationelle Einsatz von Personen, Zeit und Material."

"Der neue wirtschaftliche Hintergrund bestimmt den temporären Einsatz von Pflegenden auf einer Nachbarstation." Und damit's jeder begreift, wird "den Pflegenden die wirtschaftliche Bedeutung von Fehlzeiten erläutert." Weil mit Erklärungen nicht viel zu holen ist, wird das Projekt arbeitswissenschaftlich abgesichert.

Gerade die vieldiskutierte Einführung von Pflegeprozeß und Pflegedokumentation kommt hier zu ihrer vollen Entfaltung. "Die Pflegedokumentation bildet die unverzichtbare Datenbasis für eine realistische Pflegeadministration." Denn "auf den aus der Pflegedokumentation gewonnenen Daten basiert der Produktivitäts- und Qualitätsnachweis. Die von der Basis der Pflegearbeit stammenden Daten bilden die Grundlage für die Managemententscheidungen der Pflegedienstleitungen, um den Personal-

und Mehraufwand den veränderten Situationen wirtschaftlich effizient angleichen zu können." Und endlich ist es möglich, "die Arbeit der Pflege für die Gesamtproduktion des Krankenhauses darzustellen. Aber der Produktivitätsnachweis macht keine Aussage über die Pflegequalität." Schließlich soll nicht nur die Produktivität, sondern auch die Qualität kontrolliert werden.

"Allgemein wird nach Entlassung der Patienten für ausgewählte Diagnosegruppen ein Pflege-Audit, eine Pflegekontrolle, von einer dafür delegierten Vollschwestergruppe vorgenommen. Das hundertprozentige Erreichen der Kriterien wird angestrebt. Diejenigen Krankenakten, die darunterliegen, werden detailliert untersucht. Je nach Ursachen der Nichterreichung der Pflegekriterien werden Maßnahmen oder Fortbildungsprogramme zur Mängelbehebung eingeleitet." Aber "die vielschichtigen Veränderungen kann die Pflegedienstleitung allein nicht bewältigen. Sie muß daher alle in der Pflege Tätigen mobilisieren und sie durch Aufklärungsarbeit emotional und rational für die neue Realität sensibilisieren." Und "dabei ist es wichtig, die berufliche Herausforderung der einzelnen sowie die kollektive Chance der Pflegenden, produktiv am wirtschaftlichen Erfolg des Pflegedienstes im engeren und des Krankenhauses im erweiterten Sinn mitwirken zu können, hervorzuheben." Und dazu wird "jede Pflegeeinheit von der Verwaltung als Kostenstelle (cost centre) eingerichtet. Leistungserfassungslisten, (die den) Leistungsstand monetär ausdrücken, sind unentbehrliche Instrumente für ein wirtschaftlich effizientes Management."

Und auch den Patienten fällt nicht nur die Rolle des zu bearbeitenden Produkts zu, "zufriedene Patienten sind die wirksamste und billigste Werbung." Deshalb sollen die ArbeiterInnen "sich mit ihrem Krankenhaus identifizieren, das Qualität zu bieten und zu vermarkten hat." Ob sie das ausreichend tun, wird "durch Auswertung der Patientenzufriedenheitsbögen statistisch erfaßt." Diese "sind wegweisend für korrigierendes Handeln."

Soweit zu Auswirkungen der DRG in der Klinik, "Folge ist, daß Patienten schneller und kränker als

früher entlassen werden. So kommt es relativ häufig vor, daß nach Entlassung aus dem Krankenhaus große Wunden behandelt, multiple Dekubiti <Druckgeschwüre> versorgt, Ernährung per Magen- oder Gastrostomiesonde fortgeführt, Tracheostomien <künstliche Luftröhren> abgesaugt und Infusionen überwacht und ausgewechselt werden müssen." Und damit läßt sich der Profit durch den Patienten nur vergrößern, denn "die Zahl der Hauspflegeagenturen (ist) von 1984 auf 1985 um 25% gestiegen." Die Gruppe der "Proprietary Agenturen, die gewinnstrebend betrieben werden", hat bei 5343 Agenturen 1985 einen Anteil von fast 20%.

(alle Zitate aus "Die Schwester Der Pfleger" 2/88)

KLINIK, PATIENT UND KLASSENKAMPF

Haben wir bis hierher die Klinik als weiße Fabrik analysiert, mit dem ganzen dazugehörenden Angriff auf die Klassenzusammensetzung, mit der ganzen Umstrukturierung zum profitablen Dienstleistungssektor, müssen wir nun auf eine wesentliche Differenz zur Fabrik eingehen. Ein Unterschied, der die Kämpfe wesentlich schwieriger gestaltet: Das "Material", das die KrankenhausarbeiterInnen bearbeiten, sind die Patienten, Menschen, die ihren Anspruch auf Hilfe und Linderung, ihren Anspruch auf Menschsein eingelöst haben wollen. Deshalb sind gängige Kampfformen in der Dienstleistungsfabrik erstmal nicht anwendbar. Natürlich kann man hier und da Teile vernichten, Pflegematerial zocken, die Verwaltung sabotieren, aber die Sabotage an der Maschine und am Produkt ist erstmal nicht möglich. Es gab härteste Streiks in Israel, wo zum Schluß sogar Notaufnahmen verweigert wurden, aber das ist eine Ausnahme.

Und im Gegensatz zur gewöhnlichen Fabrik wird vom "Material" auch noch Druck auf einen ausgeübt. Die Patienten haben Wünsche und Bedürfnisse, ganz abgesehen von Notwendigkeiten, die erfüllt werden müssen. Das heißt, sie vermehren erstmal die Arbeit,

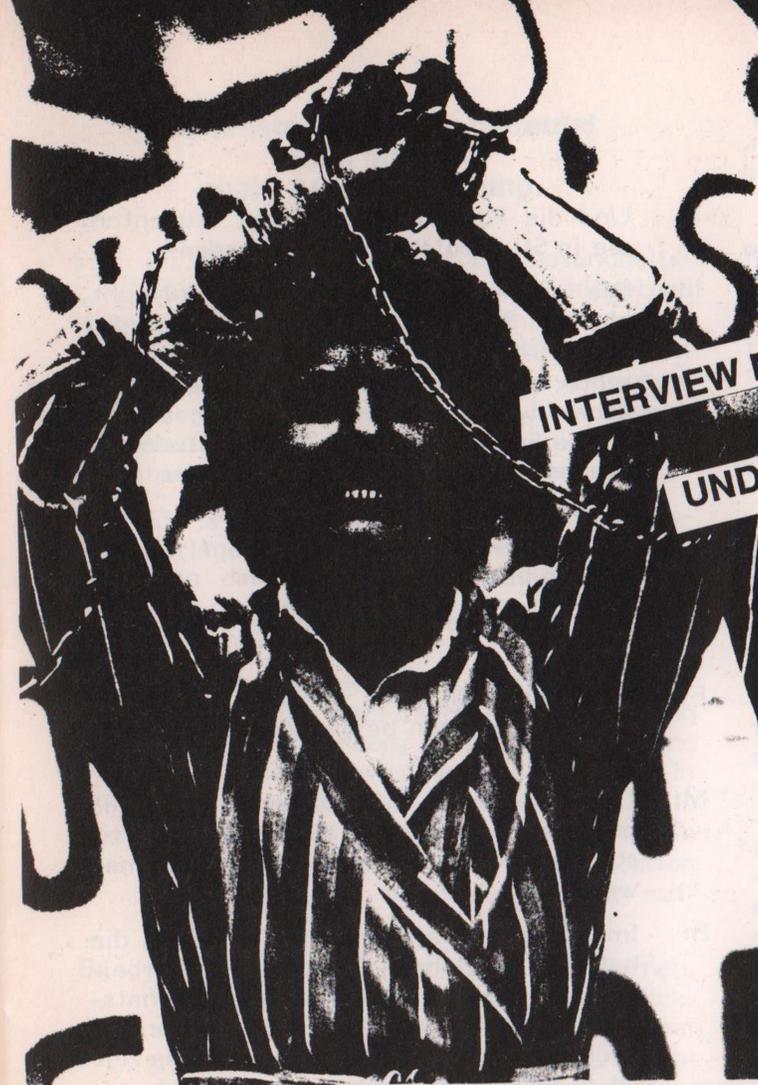
was bei vielen PflegerInnen dazu führt, daß sie den Patienten mehr oder weniger offen die Schuld für einen Scheißtag zuschieben, daß sie Haß auf Patienten entwickeln, anstatt die Arbeitsorganisation, also die wirklichen Ursachen, zu kritisieren. Das führt zu der absurden Situation, daß die PflegerInnen die Patienten ihre Macht spüren lassen: Das Ruhigstellen unbequemer Patienten oder unnötige Katheterisierung sind Maßnahmen gegen den Patienten, die umso gängiger sind, je mehr Arbeit auf Station anfällt.

Drittens hat das Pflegepersonal die Unvereinbarkeiten von Heilerwartungen auf seiten der Patienten und dem Heilsterror seitens der Medizin auszugleichen und zu vermitteln. Viele Patienten wollen Hilfe und Schmerzlinderung und setzen ihr ganzes Vertrauen immer wieder in die hierarchische, selektierende Medizin. Aus dieser Einstellung heraus nehmen sie manchmal den totalen Ärzteterror bis hin zu Experimenten an ihnen hin und sind gegenüber den Ärzten, aus Angst oder Respekt, still. Wenn, dann wehren sie sich erst gegenüber dem durchführendem Pflegepersonal. Oft ist man dann in der Situation, Patienten fixieren zu müssen, gewaltsam die Untersuchung durchsetzen zu müssen, oder, auf niedrigerem Niveau, die Fragen der Patienten beantworten zu müssen, die eigentlich der Arzt hätte klären müssen.

Eine gemeinsame Front von Pflegenden und Patienten kann nur hergestellt werden, wenn die Patienten ihre Krankheit selbst angehen, und das Pflegepersonal seine Macht über die Patienten rumdreht.

Solange die KrankenhausarbeiterInnen in ihren Kämpfen Krankheit nicht revolutionär thematisieren, werden sie immer wieder in der Ambivalenz zwischen Verweigerung der Arbeit und Gebrauchswert der Arbeit eingeschlossen. Und in dieser Ambivalenz werden sie immer wieder nur die Entwicklung der weißen Fabrik vorantreiben.

Hier wird noch viel Arbeit zu leisten sein.



Demo in Italien Ende der 70er: eine Krankenschwester hat sich als "Patient verkleidet"; Kämpfe der KrankenhausarbeiterInnen gehen nicht gegen sondern mit den Patienten!

INTERVIEW MIT EINER KRANKENSCHWESTER (B) UND EINEM KRANKENPFLEGER (M)

B: Ich bin nicht im Roten Kreuz und es ist inzwischen auch nicht mehr Bedingung, daß Du eintrittst, wenn Du bei denen als Krankenschwester arbeitest. Aber wenn Du eintrittst: die Mitgliedschaft schließt eine Gewerkschaftsmitgliedschaft aus. Deshalb gibt's einen Teil von Schwestern, die in der ÖTV gewerkschaftlich organisiert sind und einen Teil, die Mitglieder in dem Schwesternbund sind, das ist aber mittlerweile die Minderheit, das sind meistens ältere, die haben noch ein ganz bestimmtes Berufsbild; der Verein ist ja auch ganz durchmilitarisiert, mit Trachten und Broschen als Abzeichen ...

Der "Durchlauf wird immer größer und damit halt auch die Arbeit

F: Wo im Gesundheitssektor hast du schon überall gearbeitet?

B: Früher hab ich aushilfsweise in Krankenhäusern als Schwesterhelferin gearbeitet, und da war das noch eine ganz andere Situation als später in der Ausbildung - die hab ich in Berlin in einem Krankenhaus gemacht. Nach der Ausbildung war ich dann im Jüdischen Krankenhaus auf der Inneren Station - das war das mieseste, in dem ich bis jetzt war - da hab ich nach einem halben Jahr aufgehört und war dann über einen Sklavenhändler Betriebskrankenschwester in verschiedenen Betrieben insgesamt ein halbes Jahr beschäftigt. Und jetzt bin ich als Krankenschwester in einem Krankenhaus vom Roten Kreuz.

M: Du hast erzählt, Du kriegst Tarif bezahlt? Denn normalerweise war's ja beim Roten Kreuz so, daß Du in so ne Schwestern- oder Bruderschaft eintreten mußt; und dadurch unterlagst Du nicht mehr dem Arbeitsrecht.

F: Wenn Du sagst, im "Jüdischen" war es besonders mies, worauf beziehst du das?

B: Mit dem Personalmangel und den ganzen Kürzungen ist es zur Zeit ja überall das gleiche. Dazu kommt, daß Liegezeiten von den Patienten gekürzt worden sind, daß die Durchkapitalisierung total voranschreitet. Die Leute werden immer kränker, müßten länger drin bleiben, kommen aber früher raus, der "Durchlauf" wird immer größer und damit halt auch die Arbeit. Im Jüdischen war die Personalsituation noch viel schlimmer, so was hab ich noch nie erlebt: eine Station mit 48 Leuten und wir waren zum Teil zu zweit im Spätdienst, meistens noch eine Schwester plus eine Schülerin oder PraktikantIn. Außerdem müßten wir

nachmittags noch die Küche mitmachen, da hast du echt kein Land mehr gesehen. Und zudem war ich auf ner Station, wo jedeR gegen jedeN war.

M: Ich arbeite auf der Intensivstation. Zu uns kommen die Patienten nach der Operation, dann werden die 12 Stunden lang überwacht, aber das ist alles Routine, am nächsten Tag kommen die schon wieder auf Station. Das ist schon ein richtiges Fließbandsystem. Die Routine wird nur bei Komplikationen durchbrochen, wenn die Patienten z.B. anfangen nachzubluteten. Solange alles routinemäßig abläuft, ist es recht easy. Nur so langzeitbeatmete Patienten, die nehmen dich natürlich mehr in Anspruch. Die wollen nicht mehr da drin liegen, sind z.T. vollkommen fertig, wollen auch nicht mehr, verweigern sich der Behandlung. Da wird's dann schwierig. Ich hab bisher meist auf Intensiv gearbeitet, hatte aber auch Zeitverträge für Frauenstationen z.B., das war auch recht pflegeintensiv. Dann habe ich oft KAPOVAZ gearbeitet, auf Abruf. Die haben da ein ganzes Kontingent von Leuten, meist Studenten, die sie im Bedarf anrufen. Die müssen aber dann nicht kommen, sind nicht verpflichtet wie sonst bei Kapovaz. Dieser Bereich ist in den letzten Jahren stark ausgebaut worden. D.h. sie haben freigewordene Stellen nicht mehr besetzt, sondern geben den Stationen Extrawachen.

Die haben da ein ganzes Kontingent von Leuten, die sie im Bedarf anrufen.

B: Aber wenn z.B. morgens eine Kollegin anruft und sich krankmeldet, dann kannst du am selben Tag niemand mehr kriegen. Die Hauptarbeit fällt ja morgens ab sechs Uhr an: die Leute waschen, anziehen, raussetzen, für die Untersuchung vorbereiten. D.h. die Arbeit wird auf die verbliebenen drei Frauen verlagert, erst am nächsten oder übernächsten Tag kommt dann eine Aushilfe. Mittlerweile organisieren die Stationen den Austausch untereinander. Heute morgen gab es bei uns total Krach, weil sie auf der Station über uns nur zu zweit waren, wir aber keine abgeben wollten, da wir auch nur vier waren.

F: Und die Kapovaz-Leute sind Studenten, die in Stundenlohn bezahlt werden?

M: Die kriegen um die 100 Mark pro Nacht, also für 9 Stunden, das bleibt dann unter der 420-Mark Grenze. Dieser Bereich ist schon seit Mitte der 70er Jahre ausgedehnt worden. Fachkräfte wie examinierte Schwestern oder Medizinstudenten kriegen 16 Mark die Stunde, aber eben alles ohne Sozialversicherung.

F: Waren die Arbeitsverträge auf Deinen Wunsch hin befristet?

M: Ja, ich wollte nicht solange dort arbeiten.

F: Das geschieht nicht von denen aus, daß die z.B. nur noch befristete Verträge abschließen?

M: Doch. Im Urban z.B. stellen sie seit '85 grundsätzlich erstmal für ein Jahr befristet ein, dann kannst du übernommen werden.

B: Im Jüdischen hatte ich eine Kollegin, die hat seit eineinhalb Jahren dort gearbeitet und zwar immer nur mit 3-Monatsverträgen, die dann verlängert wurden. Früher gab's das gar nicht. Die Probezeit ist ja auch schon lang, sechs Monate, das ist ja das gleiche wie ein Sechsimonatsvertrag.

F: Wieviel verdienst Du jetzt?

B: 2100,- netto, das kommt vor allem von dem hohen Ortszuschlag für Berlin, der Berlinzulage und der Schichtzulage. Mein Grundgehalt wäre 1900 Mark. Für die Arbeit ist das einfach zu wenig, vergleich das doch mal mit nem Facharbeiterlohn. Die permanente Schichterei macht dich fertig, es ist auf jeden Fall zu wenig Geld.

F: Ich hab noch nie soviel verdient. In der Industrie bin ich als Arbeiterin auch mit Schichtzulage nicht über 1400, maximal 1600 gekommen. - Könnt Ihr sonst noch was sagen zur "Dezentralisierung" im Gesundheitswesen? Gibt es mehr und mehr Leute, die über Sklavenhändler in den Krankenhäusern eingesetzt werden?

B: Die eine Gebäudereinigungsfirma, die sind über Sklavenhändler. Es gibt auch Krankenhäuser, wo Pfleger über Sklavenhändler malochen. Hauptsächlich spielen die bisher eine Rolle in Altenheimen und Krankenheimen.

Die Umstrukturierung bedeutet auch für uns mehr Arbeitsbelastung.

M: Zu der Aufsplitterung im Gesundheitswesen gehört auch noch die Auslagerung und Privatisierung, in kirchliche Heime z.B., wo die Leute schlechter bezahlt sind. Die sind alle nur tarifangeleglich, aber du bekommst z.B. kein Urlaubsgeld, bestimmte Leistungen gibt's nicht. Deshalb geschieht ja die Privatisierung

B: Ein wesentlicher Teil ist auch die Rückverlagerung der Pflege ins Haus, zu Lasten der Frauen. Was früher bezahlte Arbeit war, ist heute schlecht oder gar nicht bezahlt.

F: Wie sieht es eigentlich mit der Rationalisierung des Arbeitsprozesses, Spaltung der ArbeiterInnen, Höherqualifizierung der Krankenschwestern aus? Werden in Zukunft ausländische Frauen im Keller in Fließbandarbeit die Betten putzen, die Tabletts füllen usw., während auf Station der "Beruf" der Krankenschwester aufgewertet wird?

B: Was die in der Ausbildung alle lernen, "Pflegeplanung" und den ganzen Schnickschnack, das hat mit der Praxis nachher gar nix zu tun, weil das einfach gar nicht durchführbar ist von der Personalsituation her. Und das andere ist, daß ein Teil der Umstrukturierung auch für uns mehr Arbeitsbelastung bedeutet; früher gab's die festen Putzfrauen auf Station und die Küchenfrauen, die gibt's bei uns nicht mehr. Auch wenn was dreckig wird, müssen wir's jetzt putzen, weil halt die Gebäudereinigungsfirmen nur zu bestimmten Zeiten kommen. Es sind beide Tendenzen angelegt.

F: Wie weit ist bei Euch die Umstrukturierung vorangeschritten, Computereinsatz, Pflegeplanung ...?

M: Bei uns sind sie seit zwei, drei Jahren dabei, so n Computersystem für die ganze Patientendokumentation zu erarbeiten; auf jeder Station hast du dann n Terminal und gibst alle Patientendaten ein: was dem verordnet wird, was dem gegeben wird usw., um ne Kostentransparenz über jeden einzelnen zu erstellen. Aber außerdem soll das Terminal dann n Pflegeprogramm rauspucken, was Du in jedem Fall zu machen hast. Die ÖTV findet das sehr gut, aus dem Grund, daß da eben viele Leute arbeiten, die nicht Bescheid wissen, Studenten, Aushilfen usw..

Das ist natürlich im Endeffekt die Grundlage, um die ganzen Pflegeberufe zu dequalifizieren, daß sie gar keine ausgebildeten Leute mehr brauchen, denen sie so und so viel zahlen müssen...

Bei uns sind sie dabel, so n Computersystem für die Patientendokumentation zu erarbeiten

B: Bei uns kamen jetzt die ersten Vorschläge, sie wollen eine Stationssekretärin einstellen, die dann die ganze Bürokratie macht, die kriegt dann so n Kleincomputer, und daß wir dann nur noch für die Pflege verantwortlich sind und die ganze Pflegedokumentation soll dann die machen, so ist es geplant und das ist ein absoluter Hammer, denn damit wird uns ja alles aus der Hand genommen! Und die Daten dienen ja dann auch zu unserer Überwachung.

M: Wir haben auch oft darüber geredet bei uns, daß es härter wird. Aber erst mal gehen dann halt auch viele weg, die Fluktuation ist unheimlich hoch. Viele suchen n anderes Krankenhaus, viele Krankenschwestern machen n Studium auf dem Zweiten Bildungsweg.

F: Das hat ja auch zwei Seiten, so ne Fluktuation: Zum einen gehen Leute weg und es kommt kein Kampf zustande, zum anderen kommen die Leute aber auch viel rum und sehen, es ist überall das gleiche, individuelle Flucht bringt nix. Du arbeitest schon seit 14 Jahren in dem Bereich und Du hast total viele Situationen mitgekriegt, könnt Ihr aufgrund Eurer Erfahrungen einschätzen, ob sich da wirklich was entwickelt und verändert in letzter Zeit?

M: Es gibt schon Anzeichen, daß die Leute die Schnauze voll haben, zum Beispiel hab ich mitgekriegt, auf einer Station haben die ganzen Krankenschwestern auf einen Schlag gekündigt, haben krankgemacht und alle auf einen Schlag gekündigt; oder überhaupt, daß das Krankmachen immer mehr zunimmt. Oder dann halt, wenn zufälligerweise die Gewerkschaft so ne Art Warnstreik organisiert, daß dann die Leute keinen Bock haben, wieder zurückzugehen. Winter '85, als die ganzen Pläne rausgekommen sind, was sie vorhaben mit dem Gesundheitswesen, da hat's so Aktionen gegeben, daß die Leute Ketten um die Krankenhäuser rum gemacht haben usw.

F: Dann waren das neulich gar nicht die ersten Warnstreiks im Krankenhaus, hat's das schon früher gegeben?

M: Das sind die ersten Warnstreiks während Tarifverhandlungen, aber im Winter '85 gab's in mehreren Krankenhäusern in Berlin spontane Streiks, Arbeitsniederlegungen, Demos zum Gesundheitssenator usw. Bei uns haben sich die Leute dann gegenseitig auf den Stationen angerufen, das lief also schon über ÖTV-Kontakte, also so Anrufe: wir wollen was machen, wir treffen uns in ner halben Stunde vor dem Haupteingang, dann haben wir die Straße blockiert.

Wir haben durchgesetzt, daß wir einmal im Monat Besprechungen machen, wo alle kommen.

F: Daß die ÖTV jetzt Warnstreiks in den Krankenhäusern macht, würd ich ja so interpretieren, daß die schon merken, daß es rumort, und sie wollen dem zuvorkommen, daß sich da selbstorganisiert was tut....

M: Ja schon, aber mit der Selbstorganisation ist das so ne Sache. Das könnt ich mir nur vorstellen auf Stationen, wo die KollegInnen unheimlich gut miteinander klarkommen, wo die individuelle Flexibilität noch nicht so hoch ist. Da könnt ich mir vorstellen, daß die Leute spontan sagen, wir übernehmen keine Verantwortung mehr. Aber ich hab bisher noch keine Verbindungen von Leuten untereinander außerhalb der Gewerkschaft mitgekriegt, die auf mehrere Stationen verteilt sind und versuchen, was zu erreichen. Bei uns ist auch so, dadurch daß fast die Hälfte der Leute Teilzeit arbeitet und zudem Schichtdienst ist, sehen sich die Leute nicht so oft, es sei denn, sie kriegen außerhalb im Privatbereich Kontakt.

B: Wir haben das jetzt durchgesetzt, daß wir einmal im Monat Besprechungen machen, wo alle kommen, innerhalb der Arbeitszeit. Da wollten erst auch die Ärzte mitmachen, da haben wir aber gesagt, nee. Diese Besprechung gibt's jetzt seit zwei Monaten und das läuft unheimlich gut. - Ich glaub, daß es einfach an der Personalknappheit liegt, daß es da rumort. Das ist ja ne Spirale, daß immer mehr Leute weggehen, weil die Bedingungen so beschissen sind und dadurch

wird es ja immer schlimmer. Die werden sich da jetzt was einfallen lassen, wie sie Leute halten können in den einzelnen Häusern. Die müssen Kompromisse machen.

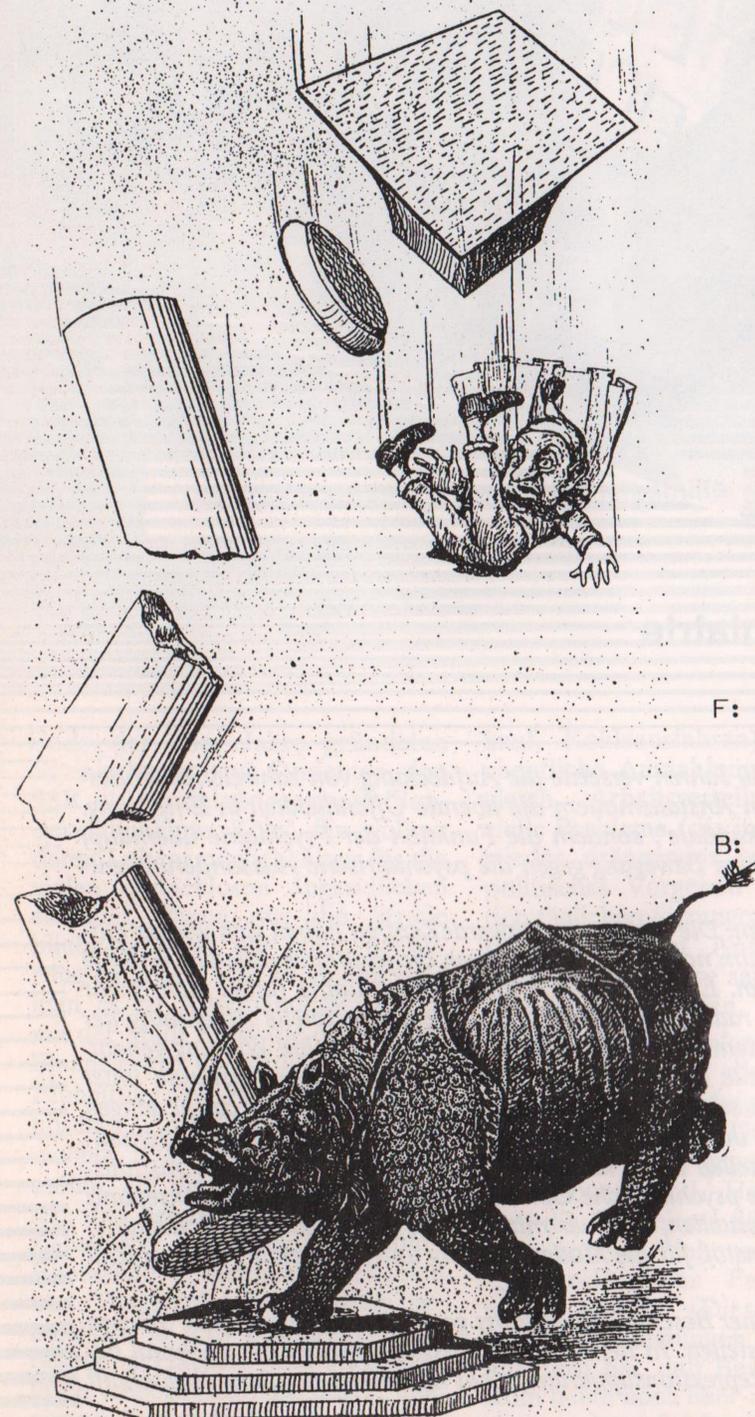
... die Arbeiten verweigern, die du normalerweise für die Ärzte mitmachst.

M: Ich weiß noch von so Sachen, daß PflegerInnen mehr und mehr auch die Arbeiten verweigern, die Du normalerweise für die Ärzte mitmachst. Also zum Beispiel, daß PflegerInnen sagen, wir nehmen kein Blut mehr ab. So ne Art Bummelstreik, Dienst nach Vorschrift.

B: Das haben wir auch gemacht. Zum Beispiel haben wir abgemacht, wenn wir morgens weniger als fünf Leute auf der Station sind, geht niemand zur Visite mit; das ist ja eh sinnlos, weil die dir sowieso nicht zuhören, das ist manchmal, als wenn du gegen ne Wand redest. Und dann gab's halt Krach. Da waren wir morgens zu dritt und haben uns hingeworfen zum Frühstück und da kam der Stationsarzt "wer geht denn heute mit zur Visite?", und wir: "Niemand". Da war der total baff "Wie bitte?" und wir "Wir sind ja nur zu dritt und wollen jetzt erst mal frühstücken". Und da gab's Gefetze, da ist er raus und war stinkig, zehn Minuten später kam er wieder rein, hochrot - aber wir haben uns geweigert. Die Stationschwester ist sowieso gut drauf, die hat gemeint, das wär ja das allerletzte... Ich hab das Gefühl, daß es jetzt brodelt und daß die Leute sich jetzt nicht mehr alles gefallen lassen. Konkret weiß ich das aber erst mal nur von meiner Station, von der Station kommst Du kaum weg, wir essen auch auf Station, es läuft eigentlich alles innerhalb ab. auf Station, es läuft eigentlich alles innerhalb ab.

M: Da hab ich auch so Sachen mitgekriegt, wie die Arbeitsmoral total abschafft. Wenn du krank machst, mußt Du das ja der Stationschwester sagen, bei uns hat einer angerufen, er fühlt sich schlecht und so, da hat die ihm gesagt, ich weiß nen guten Arzt, da gehst Du hin, der schreibt Dich zwei Wochen krank. Die Stationschwester müßten Dich ja eigentlich beaufsichtigen und disziplinieren! Die haben aber einfach keinen Bock mehr, da ne Legitimation für die ganze

Scheiße, die abläuft, aufrechtzuerhalten, die Fassade aufrechtzuerhalten, n Pflege-Ethos hochzuhalten, wo sie ja genau wissen, daß das keinen Hintergrund mehr hat - das wird auch ganz offen diskutiert zwischen den Leuten, die unsere Vorarbeiter spielen.



Ich hab das Gefühl, daß es brodelt und daß die Leute sich nicht mehr alles gefallen lassen.

B: Bei uns ist das Treffen gerade dadurch entstanden, daß die Station völlig neu besetzt worden ist, n Haufen Leute neu angefangen haben, da lief am Anfang viel schief. Da haben wir uns erst mal zusammengesetzt, um zu bereden, wie wir das alles regeln können mit der Arbeit, den organisatorischen Ablauf usw.. Und im Verlauf von dem Gespräch kam dann viel hoch von den ganzen Leuten. Und da haben wir beschlossen, daß es total notwendig ist, daß wir uns weiterhin treffen. Und dann haben wir gesagt, wir gehen jetzt erstmal zur Pflegedienstleitung und sagen, wir arbeiten nicht weiter, wenn wir die Stellen nicht kriegen. Da sind dann drei hin und haben gesagt, wir wollen mindestens die zwei Stellen, und da meinte die "Ja.", also da waren wir ja total geplättet. Und das ging dann weiter, daß ich Nachtwache hatte und es war viel Arbeit, da hab ich gesagt, so mach ich nicht weiter, die sollen noch jemand schicken. Und abends saß dann schon n Student da, ich hab gedacht, ich seh nicht recht! Das gab's noch nie vorher, daß wir nachts zu zweit waren.

F: Das heißt, wenn Ihr ä bissle was fordert, daß Ihr Euch ganz schnell durchsetzen könnt. Das hört man ja in letzter Zeit aus mehreren Städten.

B: Ich glaub schon, daß das auch mit der angespannten Personalsituation zu tun hat, daß die jetzt versuchen müssen, die Leute zu halten. Ich möcht das nicht so optimistisch darstellen, es ist jetzt echt das erste Mal, daß ich n besseres Gefühl hab zu der Sache da drin. Und das ist auch subjektiv, weil halt das Arbeitsklima bei uns viel besser ist. Ob das so die allgemeine Tendenz ist, da krieg ich halt immer nur das Gefluhe mit, daß es auf anderen Stationen zum Teil noch schlimmer ist als bei uns. Und da gibt's ja jetzt jeden Morgen Streit, weil die Stationen sich gegenseitig anrufen und Leute ausleihen wollen - und da weigern sich immer alle: "Sie haben uns letzte Woche auch keinen geschickt!"



- 10 Jahre gegen die Psychiatrie

Um die Psychiatrie ist es still geworden. Vor 10 Jahren versetzte die Aufdeckung von zahlreichen Todesfällen und grausamen Verhältnissen hinter den Anstaltsmauern die liberale Öffentlichkeit in Empörung. In vielen Gruppen wurden nicht nur diese "Skandale", sondern die Funktion der Psychiatrie überhaupt diskutiert. Es sah so aus, als könnte eine stärkere Bewegung gegen die psychiatrische Aussonderung entstehen.

Heute ist davon nicht mehr viel übriggeblieben. Die meisten BeschwerdeZentren haben sich wieder aufgelöst; die letzten isolierten Grüppchen sind kaum noch in der Lage, gegen die fortbestehende alte und die verstreute neue Psychiatrie wirksam vorzugehen. Eine Diskussion um die Psychiatrie findet nicht mehr statt, vor allem keine politische. Selbst in der radikalen Linken stößt unsere prinzipielle Ablehnung der Psychiatrie häufig auf Unverständnis. Die Modernisierung der letzten Jahre hat hier ihre Wirkung gehabt. Nachdem die Verantwortlichen durch die breite Empörung über die mittelalterlichen Zustände unter Druck geraten sind, haben sie angefangen, die schlimmsten "Mißstände" in den Anstalten zu beseitigen und mit dem Aufbau von neuen Einrichtungen ihren Einflußbereich noch zu vergrößern. Diese "Alternativen" (Ambulanzen, Tageskliniken, Beratungsstellen usw.) können weit besser als die finsternen Anstaltsgemäuer als Hilfsangebote verkauft werden. Die psychiatrische Gewalt ist weniger sichtbar - die Akzeptanz wieder gestiegen. Wir müssen rückblickend feststellen, daß wir mit unseren Aktionen dem Psychiatriesystem den Tritt gegeben haben, der ihm als Anstoß für die Modernisierung und Ausweitung noch gefehlt hat ...

Wir wollen hier zunächst den Kampf des Kölner Beschwerde zentrums gegen die Psychiatrie, die Stärken und Schwächen in den einzelnen Phasen, darstellen. In der nächsten Ausgabe werden wir nochmal begründen, warum die Psychiatrie als Teil des Repressionsapparates nicht reformiert, sondern abgeschafft gehört.



Vom Sozialarbeiterprojekt zur Selbsthilfe

Ende der 60er Jahre gründeten Sozialarbeiter und Studenten den SSK als "Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln". Sie wollten damit Lebensmöglichkeiten für die vielen obdachlosen Jugendlichen schaffen, denen nur die Straße blieb, wenn sie der Heimverwahrung entgehen wollten. Schon bald kam es zu Auseinandersetzungen mit der Stadt Köln, die die weitere Finanzierung des Projekts von der Einhaltung von Auflagen und politischer Zurückhaltung abhängig machte. Der SSK beschloß daraufhin, auf die Gelder zu verzichten, und benannte sich um in "Sozialistische Selbsthilfe Köln". Ehemalige SozialarbeiterInnen und "Betreute" leben seitdem gemeinsam in teils gemieteten, teils besetzten Häusern und verdienen ihren Lebensunterhalt durch eine eigene Firma (Umzüge, Entrümpelungen, Gebrauchtmöbelver-

kauf, Kohleausfahren). Die wöchentliche Auszahlung ist für alle gleich. Arbeitsverteilung, finanzielle Probleme (die in letzter Zeit wieder drängender werden) und politisches Vorgehen werden auf den täglichen Sitzungen, bei denen (zumindest vom Anspruch her) jede/r gleichviel zu sagen hat, gemeinsam beschlossen.

Neben der Heimkampagne war der Kampf gegen die Sanierung schon bald ein wichtiger Bestandteil der SSK-Politik: Unterstützung von MieterInnen gegen drohende Vertreibung und Hausbesetzungen, die für weitere SSK-Gruppen oder andere Wohnungssuchende, z.B. ausländische Familien, gemacht wurden. (Diese Tradition von Hausbesetzungen trägt sicher mit dazu bei, daß Besetzungen in Köln heute noch eher möglich sind als in anderen Städten).

BeschwerdeZentren

Im Laufe der Jahre kamen immer mehr Menschen zum SSK, denen die Flucht aus den Klapsen gelungen war. Sie berichteten, wie sie in diesen Krankenhäusern mit Dämpfungsmitteln, Fesseln und Schlägen fertiggemacht worden waren, und auch von zahlreichen Todesfällen durch die psychiatrische Behandlung. All dies war damals draußen weitgehend unbekannt. Um auch andere Leute am Kampf gegen die Psychiatrie zu beteiligen, gründete der SSK 1977 auf einer Veranstaltung das erste BeschwerdeZentrum, eine "Initiative gegen Verbrechen in Landeskrankenhäusern". Das BZ machte es sich zur Aufgabe, Anstaltsinsassen bei der Durchsetzung ihrer Menschenrechte zu unterstützen und die Verhältnisse hinter den Mauern an die Öffentlichkeit zu bringen.

Der Kontakt nach drinnen wird durch regelmäßige Fahrten in die rheinischen Klapsen, durch Besuche von Insassen und Flugblattaktionen aufrechterhalten. Es sind immer wieder dieselben Beschwerden: Zwangsunterbringung, Zwangsbehandlung mit Psychogiften, Schikanen und Mißhandlungen durch das Personal und Zwangsarbeit für Pfenniglöhne. Rechtsanwälte unterstützen Psychiatrisierte bei der Durchsetzung ihrer Minimalrechte. Oft versagt aber der Rechtsweg, denn die meisten Unterdrückungsmaßnahmen in der Klappe sind völlig legal. Für die Internierten ist es sehr schwer, sich zu wehren. Mit ihren Dämpfungsmitteln haben die Psychiater eine wirksame Waffe in der Hand, mit der sie Widerstand schnell "ruhigstellen" können. Um Forderungen der Menschen in den Klapsen zu unterstützen, haben die BZs immer wieder mit Aktionen von außen Druck gemacht: Demos, Besetzungen von Stationen und Büros, Störung von Elendsverwaltern und Sitzungen im LVR (=Landschaftsverband Rheinland, Träger der Klapsen) usw.

Viele, die sich an das BZ wenden, wollen vor allem eins: raus aus der Klappe. Sie können das kaum alleine schaffen, weil sie z.B. keine Wohnung mehr haben, oder weil sie nicht offiziell entlassen werden und keine guten Freunde haben, bei denen sie nach einer Flucht längere Zeit illegal und ohne Geld untertauchen können. Der SSK ist so für viele zur ersten greifbaren Möglichkeit geworden, dem Kreislauf von Klappe und Straße zu entkommen. Hier finden sie erstmal Wohnung, ein (wenn auch minimales) Einkommen, relative Sicherheit vor Behörden und Bullen, und sind nicht mehr allein - auch wenn manche mit diesem Gemeinschaftsleben nicht klar kommen, andere Lebensvorstellungen haben und nach einiger Zeit wieder abhauen.

Bis Anfang der 80er Jahre hatten sich auch in vielen anderen Städten Beschwerdezentren gegründet. Nur wenige in NRW wurden jedoch von Selbsthilfegruppen, ähnlich dem SSK, getragen. Die übrigen BZs standen immer wieder vor dem Problem, daß sie zwar bei der Flucht helfen und den Psychiatrie-Flüchtlingen vielleicht noch für kurze Zeit Unterkunft in einer Wohngemeinschaft geben konnten - aber eben keine längerfristigen Lebensmöglichkeiten. Es war in diesen eher studentischen Gruppen auch viel weniger möglich, einen gemeinsamen Kampf mit den Psychiatrisierten zu führen. Das Verhältnis Helfer/Opfer konnte in diesen Initiativen nie in dem Maße aufgehoben werden wie im Zusammenleben und -arbeiten des SSK. Diese verschiedene Zusammensetzung der Gruppen wirkte sich auch auf die Politik aus: Die Kritik an der Psychiatrie und die Aktionsformen waren beim SSK-Beschwerde-Zentrum meist radikaler als bei den studentischen Gruppen, die mehr über "Alternativen" diskutierten (und zum Teil schon ihre eigene Berufskarriere in der schönen neuen Müslipsychiatrie vorberiteten).

Im Laufe der Jahre hat es im BZ verschiedene Schwerpunkte gegeben: Aufdeckung von "Skandalen", Prozesse gegen Psychiater, Unterstützung von Menschen in den Klapsen und Agitation gegen Psychopharmaka. Wir stellen diese Punkte hier der Übersichtlichkeit halber getrennt dar. Es sind jedoch keine abgeschlossenen, voneinander getrennten Phasen gewesen: auch heute wird noch ab und zu eine Station oder ein Büro besetzt, um bestimmte Vorfälle bekannt zu machen, und die Unterstützung von Insassen und Psychiatrisierten war von Anfang an eine der wichtigsten Aufgaben. Der Kampf des BZ lebte gerade davon, daß wir in den Anstalten immer wieder Leute getroffen haben, die sich unter härtesten Bedingungen mit unglaublichem Mut und Entschlossenheit gegen ihre Unterdrücker gewehrt haben - und das dann von außen weiter machten, wenn ihnen die Flucht zum SSK geglückt war.

"Menschen wie Vieh gehalten"

Die Skandalpolitik...

Die ersten Jahre des BZ waren bestimmt von den "großen Skandalen". 1977-79 erfuhren wir immer wieder von Todesfällen in den Klapsen und brachten sie mit möglichst pressewirksamen Aktionen an die Öffentlichkeit. In Brauweiler waren Insassen mit Psychopharmaka vergiftet worden; in Düren von Pflegern totgeschlagen, in Zellen verbrannt, durch Psychogifte in den Selbstmord getrieben worden; in Bonn waren mehrere Menschen auf Alten- und Behindertenstationen elend verreckt. Auf diese "Mißstände" und die Leichen sprang die Presse gut an. Nach der Stationsbesetzung, mit der die Bonner Todesfälle bekanntgemacht wurden, erschienen bundesweit mehr als 150 Zeitungsartikel. Eine kleine Gruppe konnte so über die Mobilisierung der libe-

ralen Empörung spektakuläre Erfolge erreichen: Das LKH Brauweiler und verschiedene Stationen in anderen LKHs mußten geschlossen werden, Klinikleitungen flogen aus ihren Sesseln, die Verantwortlichen feinen Herren kamen auf öffentlichen Veranstaltungen gegenüber Irren und abgerissenen Gestalten ins Stottern und wußten nicht mehr, wie sie sich rechtfertigen sollten. Ihre Versuche, diese lästige Gruppe mit Hilfe der Justiz mundtot zu machen, scheiterten zunächst kläglich. Den Strafantrag wegen der Bonner Stationsbesetzung zogen sie mitten im Prozeß zurück, weil ihnen die Einlassungen und Beweisanträge der Angeklagten zu gefährlich wurden, weil sie dadurch weitere Skandale befürchten mußten. In einem jahrelangen Rechtsstreit um ein Flugblatt zur Schließung von Brauweiler gingen sie ebenfalls baden. Dort wurde die Schließung als raffinierte Vertuschungsaktion beschrieben: "Die feinen Herren vom Kennedyufer in Köln haben den Skandal gemacht, um die Katastrophe zu vermeiden. Der Skandal ist, daß Menschen wie Vieh gehalten werden können, mit Dämpfungsmitteln vollgestopft. Wer bei diesem Drogenmißbrauch stirbt, wird sang- und klanglos unter die Erde geschafft. Die Katastrophe wäre, wenn die ganze Wahrheit ans Tageslicht käme. Brauweiler ist nicht ein einzelner Mißstand, denn in keinem LKH ist es anders als dort. Dieser Mißstand hat System. Dabei sterben ständig in den LKHs Menschen auf zwielichtige Art und Weise, aber die "Aufsicht" des LVR nimmt diese Toten hin." Der Versuch des LVR, diese Äußerungen verbieten zu lassen, wurde schließlich 1983, 5 Jahre später, vom OLG Köln zunichte gemacht (das Urteil hat uns allerdings auch nicht mehr viel genützt...).

...und Ihre Grenzen

Im BZ wurde die Psychiatrie schon bald als politische Frage diskutiert: Die Verhältnisse sind krank, nicht die Menschen; es geht nicht darum, gegen einzelne Mißstände anzurennen, es geht nicht um bessere oder schlechtere Behandlungsmethoden, es geht gegen

das Psychiatriesystem als Repressions- und Aussonderungsapparat; die Psychiatrie gehört abgeschafft. (Genauerer dazu in der nächsten Wildcat). Es war aber höchstens in Ansätzen möglich, diese grundsätzlichere Diskussion zu verbreitern. Häufiger stießen die Abschaffungsforderungen am Ende der Flugblätter auf Unverständnis. Zartbesaitete Sozialarbeiter und Psychoklempner haben sich immer wieder über diese Forderungen, die drastische Sprache und die "undifferenzierte" Kritik aufgeregt. Trotzdem waren die Erfolge der Anfangszeit dadurch möglich, daß das Aufdecken und Anprangern von Skandalen gerade auch von solchen liberalen Kritikern und Reformern unterstützt wurde. Und darin liegt genau die Grenze dieser Politik. Auf der einen Seite erschöpft sich die Empörung über Skandale, wenn sie einmal bekannt sind und sich die Sensationsmeldungen nicht mehr ständig steigern. Wenn wir später mit Presse-Erklärungen zu Vorfällen in der Klappe ankamen, fragten uns die Redakteure enttäuscht, ob denn diesmal keiner daran gestorben wäre - und schrieben nichts mehr darüber. Auf der anderen Seite haben die Betreiber der Psychiatrie die Flucht nach vorn ergriffen. Nachdem die Verhältnisse hinter den Mauern nicht mehr zu vertuschen waren, fingen sie selbst an, von "System" zu reden, um ihre Unschuld zu beweisen und das Elend öffentlich zu machen, um so mehr Geld für den Ausbau ihres Machtapparats zu bekommen. Zum Beispiel Klaus Dörner, einer der Wortführer der Sozialpsychiatrie: Als der SSK 1979 auf einer Psychiatertagung die Ermordung von zwei Insassen im LKH Düren zur Sprache brachte, konterte er mit der Bemerkung "Ich könnte Sie den ganzen Abend und noch eine Nacht lang unterhalten, an wie vielen Todesfällen ich beteiligt war." Er gehört auch zu denjenigen, die in den letzten Jahren gerne Vergangenheitsbewältigung betreiben. In Veranstaltungen zur Psychiatrie im Faschismus beklagen sie die damalige planmäßige Vernichtung der Irren, geben zerknirscht zu, daß sie in dieser Tradition stehen und eine schwere Hypothek zu tragen haben, beken-

nen sich zur Gewalt, die sie in ihren Anstalten ausüben (garniert mit einigem Psychogefasel über die Gewaltbereitschaft gegenüber unlösbaren Problemen, die in uns allen steckt) - und benutzen das alles als Argument, die Politiker aufzufordern, ihnen noch mehr gemeindenaher Psychiatrie zur Verfügung zu stellen. Letztes Jahr gingen die Klinikchefs von Baden-Württemberg an die Öffentlichkeit. Sie selbst beschreiben jetzt das Elend in ihren Anstalten, die Verwahrung, das Abspritzen und Fesseln. Während die rheinischen Psychiater in den ersten Auseinandersetzungen mit dem SSK noch versuchten, Fesselung als medizinisch notwendige Maßnahme darzustellen, haben diese Psychiater jetzt erkannt, daß die Veröffentlichung der Gewalt ein Weg sein kann, um mehr Geld für Personal und die weitere Zementierung des Anstaltssystems in neuem Beton zu bekommen.

In den ersten Jahren haben wir vielleicht selbst zu oft auf solche internen Erklärungen wie Personalmangel, fehlende Kontrolle usw. zurückgegriffen. Da wir immer wieder mit dem LVR (Landschaftsverband Rheinland) als Träger aller rheinischen Anstalten konfrontiert waren, haben wir uns näher mit dieser merkwürdigen Institution beschäftigt und festgestellt, daß dieses Relikt der preußischen Provinzialverwaltung noch nicht mal den hier gängigen demokratischen Spielregeln entspricht, daß es noch besser als andere Bereiche gegen eine öffentliche Kontrolle abgesichert ist. Die Forderung nach Abschaffung des LVR ist jedoch nichts anderes als die Forderung nach einer besseren, "demokratisch kontrollierten" Psychiatrie - und das hatten wir eigentlich nicht gemeint. Ebenso problematisch sind sicher Forderungen nach "Sofortmaßnahmen" oder "Durchsetzung der Menschenrechte in der Psychiatrie". Der Hintergrund war zum einen die Hektik der sich überschlagenden Skandale: um die erfolgversprechende Mobilisierung der Öffentlichkeit weiter zu treiben,

waren immanente und moralische Argumentationen sicher besser geeignet als allgemeine Ausführungen übers System (die zwar auch oft genug gemacht, aber eben nicht weiter beachtet wurden). Außerdem mußten wir unsere Aktionen des öfteren vor Gericht verteidigen, und auch dort waren konkrete Beweise für Mißhandlungen und konkrete Ziele notwendig, um den LVR zu einem Rückzieher zu zwingen oder wenigstens die Einstellung des Verfahrens gegen uns zu erreichen.

Zum anderen waren die Aktionen gegen die Psychiatrie auch auf unserer Seite von Empörung und Wut getragen; Empörung bei denjenigen, die draußen zum ersten Mal von der Gewalt hinter den Mauern erfuhren und der Wut vieler Insassen, die sich von drinnen oder - nach gelungener Flucht - von draußen beteiligten. Es wurde viel über konkrete Vorfälle, über den Alltag in der Klappe und über die Funktion von bestimmten Maßnahmen und Institutionen diskutiert - um erstmal zu kapieren, wie dieses System im kleinen funktioniert. In dieser Phase kam die Stärke des Kampfs allerdings weniger aus der Analyse des Systems, als aus der Wut auf ganz konkrete Unterdrücker und Unterdrückungsmaßnahmen. Die Aktionen wurden oft sehr schnell und spontan geplant und durchgeführt, mit wesentlich größerer Überzeugung als heute: mit der Hoffnung, jetzt endlich mal zurückschlagen und gegen die Macht der Ärzte und Bürokraten wirklich etwas erreichen zu können. Von heute aus betrachtet haben die Erfolge des BZ letztlich mit dazu beigetragen, die Modernisierung und Ausweitung der Psychiatrie in Gang zu setzen. Daß es gelingen konnte, den Ruf der Halbgötter in Weiß so zu ruinieren und die Schließung ganzer Anstalten zu erzwingen, führte aber damals zu der Hoffnung (oder Illusion), auf diesem Weg die Psychiatrie zu-

"Die wahren Schuldigen"

Da die Psychiatrie wie jedes System nur über die Menschen funktioniert, die dort arbeiten und mitspielen, wurden sie vom BZ immer für ihr Handeln verantwortlich gemacht. Ärzte und Pfleger, die sich besonders durch Gewaltmaßnahmen hervortaten, wurden in Flugblättern namentlich angegriffen und angezeigt. Es gab immer auch Mitarbeiter, die die Arbeit des BZ unterstützt haben, indem sie Informationen rausgaben oder den Kontakt zu Insassen ermöglichten. In Einzelfällen haben wir wiederum Mitarbeiter unterstützt,

die vom LVR fertiggestellt wurden, weil sie sich für Insassen eingesetzt oder mit uns zusammengearbeitet hatten. Ein gemeinsamer Kampf war jedoch aufgrund der unterschiedlichen Ziele - Reformieren oder Abschaffen - kaum möglich.

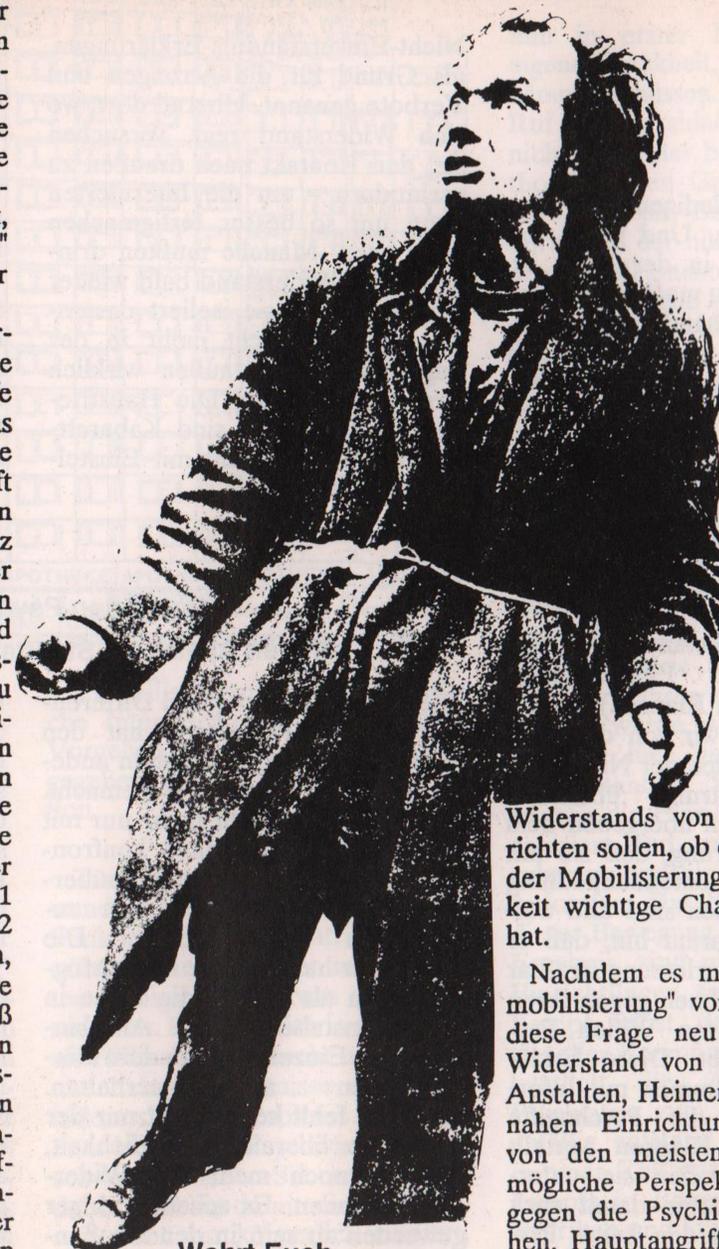
Die ersten Anzeigen wurden gegen besonders brutale Pfleger geschrieben, die Insassen zusammengeschlagen hatten. Schon bald kam dann die Diskussion auf, daß wir damit immer nur die kleinen

rückdrängen zu können. Von diesem Elan ist nicht mehr viel zu spüren, wenn heute Stationsbesetzungen geplant werden. Nicht-aufgeben-wollen statt Aufbruchsstimmung: da wird erstmal lange nach einem Termin gesucht, an dem man diese lästige Pflicht zwischen allen anderen Notwendigkeiten erfüllen kann



Unterdrücker am letzten Ende der Hierarchie treffen, die selbst unter miesesten Bedingungen arbeiten (was sie aber nicht aus der Verantwortung entläßt), während die Ärzte und Schreibtischtäter, die sich an den Anstalten eine goldene Nase verdienen, unbehelligt bleiben. Es wurde daraufhin versucht, auch diese "wahren Schuldigen" vor Gericht zu bringen und zur Rechenschaft zu ziehen.

Es ist schon ein ziemlich absurdes Unterfangen, ausgerechnet die Justiz gegen die Psychiatrie zu rufen. Kein Wunder, daß das BZ in diesen Fällen ständig die Funktion der Staatsanwaltschaft übernehmen und die Ermittlungen selbst führen mußte. Die Justiz stellte die Verfahren immer wieder ein und gab den Verantwortlichen reichlich Gelegenheit, Akten und Beweismittel verschwinden zu lassen oder Zeugen unter Druck zu setzen. Schließlich ist es bei einigen Prügelpflegern sowie den Ärzten und dem Klinikchef von Brauweiler gelungen, sie auf die Anklagebank zu bringen. Und sie wurden sogar verurteilt. Daß der Chefspsychiater Stockhausen 1981 für Todesfälle in seiner Klinik 2 Jahre (auf Bewährung) bekam, war schon außergewöhnlich. Die Urteile im Brauweiler-Prozeß hatten Signalwirkung und konnten in der Folgezeit von vielen Insassen benutzt werden. Vorher waren Psychiater selbstverständlich davon ausgegangen, daß das Strafrecht für sie nicht gilt, wenn sie Insassen mißhandeln, vergiften oder zu Tode behandeln. Nachdem nun ihre Kollegen verurteilt worden waren, wurden manche Ärzte vorsichtiger: wenn Insassen ihnen damit drohten, sich ans BZ zu wenden und Anzeigen zu machen, ließen sie öfters von Zwangsmaßnahmen ab. Und mehr als die Eindämmung der schlimmsten Körperverletzungen, die nicht mehr durch Gesetze gedeckt sind, ist mit der Justiz gegen die Psychiatrie auch nicht zu erreichen. Es werden zwar immer noch Anzeigen als Druckmittel geschrieben und ab und zu der Justiz mit Aktionen klagemacht, daß sie solche Anzeigen nicht einfach in der Schublade verschwinden lassen kann. Nach den großen Ärzteprozessen war aber auch klar, daß sich ein solcher Aufwand für uns kein zweites Mal lohnt.



Wehrt Euch Entwaffnet die Psychiater!

Meistens wenden sich Einzelne aus den LKHs oder Heimen ans BZ. Nur selten ist es gelungen, den Widerstand zu verbreitern, so daß sich mehr Menschen aus der Klappe an Aktionen zu bestimmten Forderungen beteiligen und die Unruhe in die Stationen und Therapien hineintragen. Dies war z.B. der Fall bei verschiedenen besonders üblen Stationen (vor allem Knaststationen) oder bei Aktionen gegen die Ausbeutung in der sogenannten Arbeitstherapie (Anlaß war, daß von den Pfenniglöhnen nun auch noch das Urlaubs- und Krankengeld gestrichen werden sollte). Es läßt sich im Nachhinein schwer sagen, ob wir mehr Augenmerk auf die Organisation des

Widerstands von drinnen hätten richten sollen, ob das BZ hier über der Mobilisierung der Öffentlichkeit wichtige Chancen übersehen hat.

Nachdem es mit der "Skandal-mobilisierung" vorbei war, wurde diese Frage neu diskutiert. Der Widerstand von drinnen, in den Anstalten, Heimen und gemeindenahen Einrichtungen, wird nun von den meisten als die einzig mögliche Perspektive im Kampf gegen die Psychiatisierung gesehen. Hauptangriffspunkt muß dabei die brutalste Waffe der Psychiater sein: die Psychopharmaka. Es muß darum gehen, eine breite Verweigerung zu organisieren: gegen die ärztliche Behandlung des Leidens an gesellschaftlichen Verhältnissen und die Ruhigstellung von Widerstand durch die chemische Zwangsjacke.

Solange sich nur Einzelne wehren, gerät das Beschwerde-Zentrum immer wieder in die Gefahr, Sozialarbeit und Stellvertreterpolitik zu betreiben. Schon öfters wurden Menschen, die den Psychiatern zu unbequem waren, regelrecht zum SSK abgeschoben - auch wenn sie dort gar nicht hin wollten. Die Sozialarbeiter versuchen auf diesem Weg, ihre Aufgabe, den Entlassenen eine Wohnung zu besorgen und den Behör-

denkram zu erledigen, auf den SSK abzuwälzen. Und wenn das BZ nicht mehr in der Lage ist, wirklich Druck zu machen, kann es in absurde Verhandlungssituationen geraten. So wurde schon um die Dämpfungsmittel-Dosis wie auf dem Basar gefeilscht: der Gefangene will gar keine Psychopharmaka, der Arzt will ihn völlig volldröhnen, das BZ mischt sich ein - und nach längeren Verhandlungen kommt schließlich eine mittlere Dosis heraus.

Um den Widerstand gegen die Vergiftung mit Psychodrogen (zunächst in den Klapsen) zu verbreitern, haben wir von der Patientenfront die Idee der Nicht-Einverständnis-Erklärung übernommen: die Insassen übergeben dem Arzt eine Erklärung, daß sie mit der Medikamentenbehandlung nicht einverstanden sind und weisen ihn darin darauf hin, daß er sich der Körperverletzung strafbar macht, wenn er ihnen gegen ihren schriftlich erklärten Willen Psychopharmaka gibt. Diese Erklärungen sind zusammen mit Informationen über die Psychogifte häufig in den Klapsen verteilt worden. Viele haben sie unterschrieben und hatten damit auch Erfolg: Ihnen wurden keine Psychopharmaka mehr verabreicht und manche wurden sogar plötzlich entlassen, weil den Psychiatern diese Verweigerer zu un bequem wurden, weil sie eine Verbreiterung des Widerstands gegen die Dämpfungsmittel befürchteten. Zu einem breiteren Medikamentenstreik ist es im Rheinland jedoch noch nicht gekommen.

Diese Kampagne hat aber auch die Schwäche des BZ gezeigt. Ohne eine breite Mobilisierung im Rücken ist es für eine so kleine Gruppe schwer, den Widerstand drinnen wirksam zu unterstützen oder überhaupt in die Klapsen reinzukommen. Unsere Besuchs-, Haus-, Stations-, Geländeverbote und Hausfriedensbruchanzeigen können wir inzwischen kaum noch zählen. Oft wurden gerade die

Nicht-Einverständnis-Erklärungen als Grund für die Anzeigen und Verbote genannt. Überall dort, wo sich Widerstand regt, versuchen sie, den Kontakt nach draußen zu verhindern - um die Internierten dann um so besser fertig machen zu können. Manche mußten drinnen ihren Widerstand bald wieder aufgeben: weil sie isoliert dastanden und wir nicht mehr in der Lage waren, von außen wirklich Druck zu machen. Die Hausfriedensbruchprozesse sind Kabarettstücke und enden oft mit Einstel-

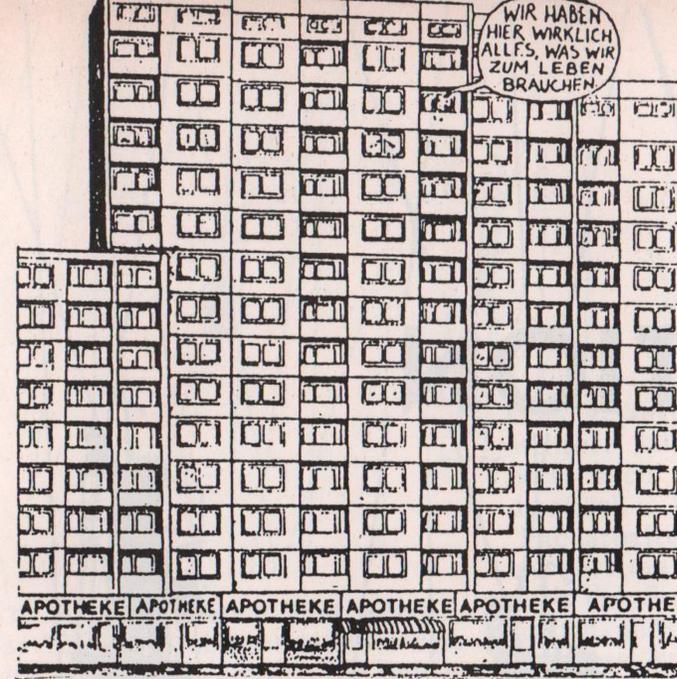
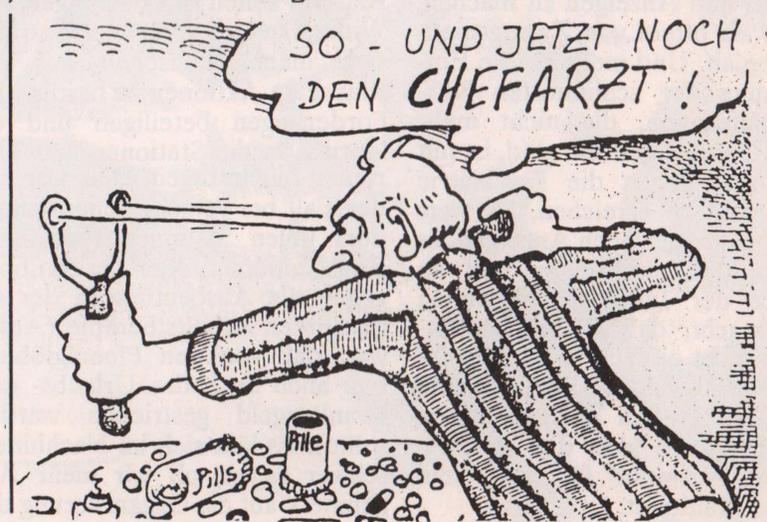
lung oder sogar Freispruch; manche generellen Geländeverbote wurden vom Gericht für unzulässig erklärt. Trotzdem ist es ihnen damit gelungen, die Abschottung wieder dichter zu machen, uns mit nervenden Prozessen beschäftigt zu halten und die Gefangenen wieder mehr zu isolieren. Wenn mal wieder ein Streifenwagen reicht, um uns vom Gelände zu scheuchen, können wir nur davon träumen, mit 3000 Leuten wiederzukommen und die Mauern einzureißen...

Kampf den Psychodrogen - in den Anstalten, Stadtteilen und Fabriken

Die Modernisierung und Differenzierung der Psychiatrie hat den Widerstand dagegen noch in anderer Hinsicht schwieriger gemacht. Wir sind heute nicht mehr nur mit den alten Großanstalten konfrontiert, sondern mit einem unübersichtlichen Spinnennetz von zusätzlichen Einrichtungen. Die Psychiater haben heute mehr Möglichkeiten als früher, die Ruhe in ihren Anstalten durch Abschiebung von Einzelnen in andere Einrichtungen aufrechtzuerhalten. Dem BZ fehlt heute nicht nur der Schutz der liberalen Öffentlichkeit, sondern noch mehr der Widerstand drinnen. Es scheint ruhiger geworden zu sein in den Großanstalten. In manchen LKHs besucht das BZ nur noch die Leute, die es dort seit Jahren kennt, es kommen keine weiteren mehr hinzu. Manche, die sich entschlossen gewehrt

haben, wurden in Nacht- und Nebel-Aktionen in Kleinstheime verfrachtet. Diese Abschiebeheime sind noch besser abgeschottet als die Großanstalten. Während man sich in einem LKH-Gelände trotz Hausverbot noch ganz gut bewegen kann, ist es fast unmöglich, Leute in den "Waldesruh-" und "Abendfrieden"-Heimen zu besuchen - man fällt in dieser Friedhofsruhe schon auf, wenn man sich nur auf 100 Meter einem solchen Heim nähert. Außerdem ist es bei der Vereinzelung und den Entfernungen kaum noch möglich, überall die Kontakte zu halten und auch noch Unterstützung zu organisieren.

Die moderne Psychiatrie wird vor allem im Vorfeld von Abschiebeanstalten und -heimen aufgebaut; sie tastet sich immer weiter



in die verschiedenen Lebensbereiche vor. Die Psychodrogen sind allgegenwärtig: in unzähligen Arztpraxen und Einrichtungen werden sie verteilt, in Fabriken, Schulen Büros, und Wohnknästen tonnenweise geschluckt. In dieser verstreuten "Alternativpsychiatrie" haben wir wenig Erfahrungen gemacht. Es war sicher ein Fehler, diesen Bereich so lange außer Acht zu lassen und sich nur weiter auf die alten Klapsen zu konzentrieren - was jetzt geändert werden soll. Allerdings wird es sicher sehr schwierig sein, dort Widerstand zu organisieren, nicht nur wegen der verstreuten Lage, sondern auch wegen der Situation in den Einrichtungen. Von "Freiwilligen Patienten", die auf die Hilfe ihres Psychiaters schwören, über unsichtbaren Zwang bis hin zur direkten Gewalt und Zwangseinweisungen gegen

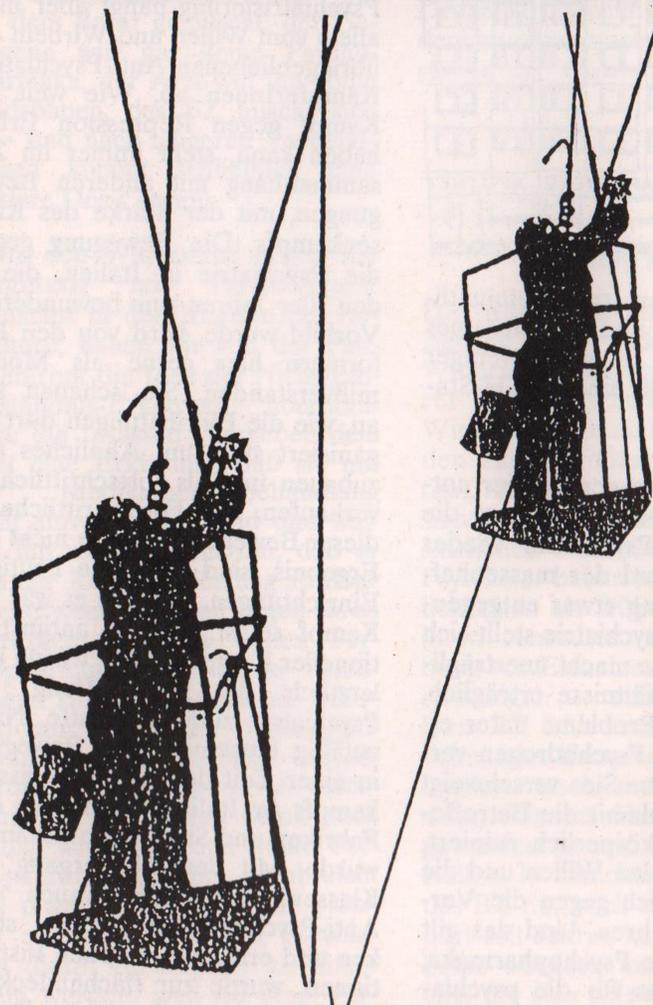
die rebellischsten Irren - einheitliche Interessen und gemeinsames Vorgehen sind da noch weniger gegeben als auf einer LKH-Station.

Trotzdem ist es gerade hier notwendig, die Diskussion um die Funktion der Psychiatrie wieder aufzunehmen und der massenhaften Ruhigstellung etwas entgegenzusetzen. Die Psychiatrie stellt sich als Hilfe dar: sie macht unerträgliche Lebensverhältnisse erträglich, indem sie alle Probleme unter einem Nebel von Psychodrogen verschwinden läßt. Sie verschweigt dabei, daß sie damit die Betroffenen nicht nur körperlich ruiniert, sondern ihnen den Willen und die Kraft nimmt, sich gegen die Verhältnisse zu wehren. Und das gilt nicht nur für die Psychopharmaka, sondern genauso für die psychiatrischen Diagnosen, mit denen Menschen eingeredet wird, daß sie

Damit sind viele Fragen aufgeworfen über die Psychiatriereform in der BRD, die Funktion der Psychiatrie überhaupt, Behandlungsmethoden (vor allem Pharmaterror), wie die Psychiatriereform auf effizientere und ganze gesellschaftliche Bereiche erfassende Art den Arbeitszwang neu durchsetzt, sowie die Diskussion des Krankheitsbegriffs überhaupt... Darüber geht Teil II in der nächsten Nummer.



MIGRATION



Seit es sie gibt, ist die BRD ein Einwanderungsland. Dennoch tauchen in der linken Debatte die multinationalen Teile der Arbeiterklasse höchstens als angebliche Randerscheinungen eines sowieso kaum bekannten Proletariats auf. Versuche, multinationale Klassenpolitik zu machen, gab es nur zwischen Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre. Die stark "antiimperialistische" Prägung der westdeutschen Linken hieß seither eher "Beschäftigung mit weit entfernten Ländern". Unter dem Schock der Flutkampagne und der Verschärfung des Asylrechts seit Anfang der 80er - zuerst gegen die Türken, dann gegen die Flüchtlinge - bildeten sich in den letzten Jahren wieder Initiativen, die sich praktisch wie theoretisch mit den Flüchtlingen und Ausländern hier beschäftigen wollten.

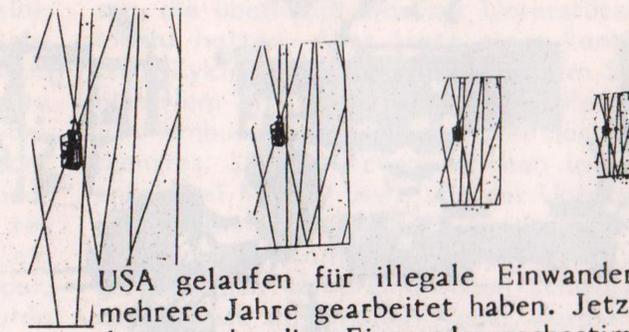
Diese Initiativen hatten sich mit zwei Handicaps herumzuschlagen, die uns auch in den nächsten Jahren noch zu schaffen machen werden: Zum einen ist das Terrain anscheinend bereits besetzt, und zwar von Sozialarbeitern, Rechtsanwälten und humanitären Vereinen. Zum anderen erwiesen sich auf dem neuen Gelände theoretische Versatzstücke eines "neuen Internationalismus" häufig als wenig hilfreich für die Praxis. Erfahrungen mit Flüchtlingsinitiativen, internationalen Treffs und Aktionen auf dem Sozialamt werfen eher neue Fragen auf, als daß sie wie aus einem Guß zu einer fertigen Theorie passen würden.

Die beiden folgenden Texte stellen praktische Erfahrungen auf diesem Feld zur Diskussion. Sie machen eine Schwierigkeit deutlich, die über jene "Handicaps" rausgeht: Beiden Gruppen waren die Probleme des Reformismus bereits bei ihrer Entstehung politisch klar, beide haben versucht, in der Auseinandersetzung mit Flüchtlingen und Ausländern eine Praxis von Klassenkampf zu entwickeln, beide haben die Eingrenzung auf "Flüchtlinge" abgelehnt und zu überwinden versucht. Sie haben damit wichtige Erfahrungen gesammelt, sind aber trotzdem nicht über Anfangserfolge rausgekommen. Es ist ihnen ein bißchen so gegangen, wie allen "autonomen", "sozialrevolutionären" oder klassenpolitischen Ansätzen in den letzten Jahren: Sie sind zwar sehr schnell auf die Klasse gestoßen, aber in ihrer inneren Widersprüchlichkeit; an diesen Widersprüchen haben sich viele Gruppen aufgerieben. "Die Klasse" ist kein homogenes Gebilde, das den politischen Initiativen naturwüchsige Kontinui-

tät garantiert. Wir haben auch kein Rezept, stellen uns das Verhältnis aber andersrum vor: die Klasse wird mit ihren Kämpfen die politische Szene neu zusammensetzen, nicht umgekehrt. Die Kämpfe gegen die Arbeit und für Einkommen in den Metropolen und in den drei Kontinenten, die selbstbestimmte Mobilität, die "Abstimmung mit den Füßen", bis zur Flucht vor dem Tod ... all diese (Klassen-)Erfahrungen müssen in unsere Theorie und Praxis einfließen.

Die Frage ist nur: wie soll das praktisch gehen? Es ist symptomatisch für den momentanen Stand, daß die folgenden Texte erstmal von Einzelnen geschrieben sind. Wir verfügen noch nicht über politische Zusammenhänge, die die Erfahrungen der letzten Jahre kollektiv aufarbeiten und nutzbar machen könnten. Das steht aber unmittelbar an, und wir hoffen, daß das Zustandekommen und die Veröffentlichung der beiden Beiträge ein Schritt in diese Richtung ist.

Gleichzeitig müssen wir auch unsere Analysen aktualisieren und vertiefen, denn der Klassenfeind pennt ja nicht. Während SPD und Gewerkschaften noch über die Massenarbeitslosigkeit streiten, diskutiert der CDU-Arbeitskreis Ausländerpolitik bereits, wie man neue Gastarbeiter ins Land holen könnte. In der letzten Zeit häufen sich Zeitungsmeldungen, die in diese Richtung gehen: die Bauindustrie braucht, obwohl weniger gebaut wird, auf längere Sicht neue Arbeitskräfte aus dem Süden - weil der Beruf angeblich nicht mehr attraktiv genug ist. Es wird überlegt, länger hier ansässige Asylbewerber in den offiziellen Arbeitsmarkt einzugliedern usw.. Hier kommt einiges Neues auf uns zu - auch im Weltmaßstab, die Entwicklung in anderen Industriestaaten verläuft ähnlich: Der italienische Staat hat letztes Jahr eine Legalisierungskampagne gestartet (siehe den Artikel "Die Farbe der Ausbeutung"), ähnliches ist in den



USA gelaufen für illegale Einwanderer, die mehrere Jahre gearbeitet haben. Jetzt sollen dort auch die Einwanderungsbestimmungen drastisch geändert werden, um einen "Facharbeitermangel" auszugleichen. Und für uns erstmal verblüffend, aber folgerichtig: auch die Staaten des realen Sozialismus versuchen, ihre Probleme mit der Arbeiterklasse auf diese Art zu lösen: durch Import von vietnamesischen Kontraktarbeitern - dazu haben wir einen Artikel aus einer polnischen Zeitschrift gefunden.

Bei diesen "bevölkerungspolitischen" Maßnahmen geht es nie um einen rein quantitativen Bedarf an Arbeitskraft, sondern um die Zersetzung eines Verweigerungsverhaltens breiter Teile der Klasse. Deshalb sind Massenarbeitslosigkeit und neue Gastarbeiter kein Widerspruch. Was hier anstände, wäre eine "militante Untersuchung im Weltmaßstab". In wesentlich breiter gefaßtem Rahmen als bisher müßten wir versuchen, die weltweite Neuzusammensetzung der Klasse zu kapieren, die riesigen Migrationsströme genauso wie die neuen Zentren der Verwertung - im praktischen Bezug auf die multinationale Zusammensetzung der Klasse hier.

Ob wir dabei weiterkommen, ist eine Frage von Aufarbeitung und neuen praktischen Ansätzen. Die "Wildcat" kann das nicht vorwegnehmen, sondern bestenfalls befördern. Was wir hier zusammengestellt haben, ist also noch recht unübersichtlich und macht es vielleicht nicht ganz einfach, sich durchzubeißen und dabei den roten Faden im Auge zu behalten. Das liegt zum größten Teil eben am Stand der Aufarbeitungen, einfacher stellen sich die Sachen erst dann wieder dar, wenn die Erfahrungen sich zu einem neuen praktischen Ansatz verdichten.

- Die Texte kommen in dieser Reihenfolge:
- Multinationale Arbeit in Hamburg
 - Erfahrungen aus einer Flüchtlingsinitiative
 - Vietnamesen nach Polen?
 - Die Farbe der Ausbeutung /Italien
 - Material zur europäischen Migration
 - Thesen zur weiteren politischen Arbeit

Viel Spaß beim Durchbeißen!



MULTINATIONALE ARBEIT IN HAMBURG

BERICHT EINES GENOSSEN DER HAMBURGER ERWERBSLOSEN- UND JOBBERINITIATIVEN

DIE VORGESCHICHTE

Das Charakteristische bei uns war, daß die Gründung des Projekts oder der Initiative sich auch personell aus verschiedenen Strängen gespeist hat; einerseits waren das Leute, die im engeren Sinn Arbeitslosen-Arbeit gemacht hatten, dann waren's Leute, die aus anderen politischen Zusammenhängen kamen, und daß von Anfang an Ausländer dabei waren. Also nicht abstrakt internationale Soli-Arbeit, die alle irgendwie beanspruchen oder machen, sondern Soli-Arbeit direkt zu den Leuten hier, wo sich nicht mal die ausländischen Gruppen drum kümmern. Das hat auch immer wieder zu Auseinandersetzungen mit diesen Gruppen

geführt darüber, welches Verhältnis haben die eigentlich zu ihren eigenen Leuten hier. Also bei den Kurden war das eindeutig, daß die sagten, das interessiert uns gar nicht, die sollen so schnell wie möglich wieder zurück nach Kurdistan. Die Existenz hier (ob das jetzt n Job ist oder der Status als Asylant oder Arbeitsloser) als Klassenkampfterrain zu begreifen, da sind wir bei den ausländischen Gruppen auf Mauern gestoßen, es waren immer nur Einzelpersonen, mit denen wir zusammenarbeiten konnten.

Mit denen allen ist eine Zusammenarbeit entstanden am **Essensstreik in Kollow 1982** (einem kleinen Dorf in Schleswig-Holstein). Darauf gekommen sind wir eigentlich eher zufällig: So n paar Schwarzafrikaner, ich glaub aus Ghana, haben zufällig zwei, drei Leute hier in der Stadt kennengelernt; die hatten ansonsten überhaupt keinen Bezugspunkt, weder persönlicher noch politischer Art. Ein paar Leute sind dann hingefahren und haben die regelmäßig besucht. Und dann haben die ein selbstorganisiertes Lagerkomitee gegründet, und die waren dann im Austausch mit Leuten von uns, wir haben dann extra so ne Untergruppe gebildet. Und die sind direkt zu denen ins Lager oder haben in der ganzen Gegend in Schwarzenbek Soli-Arbeit gemacht. Das Problem war aber, daß ziemlich schnell die Grenzen klargeworden sind: Welche weitergehende Perspektive für den Kampf hier hat das eigentlich mit Leuten, die häufig einen ziemlich vorübergehenden Status haben oder minoritär sind, so daß du es eben mit Individuen zu tun hast, die jetzt nur an einem Punkt gemeinsam gekämpft haben.

Wir hatten also eine zwiespältige Erfahrung gemacht: Wir waren die einzigen gewesen, die überhaupt was zur Unterstützung gemacht hatten. Aber trotz eines kontinuierlichen Zyklus' von Aktionen (vor dem Sozialministerium in Kiel, Besetzung der Petri-Kirche in Hamburg während des Weihnachtsgottesdienstes, Unterstützungsaktionen in Schwarzenbek bei Kollow usw.) und der Unterstützung eines selbstorganisierten Lagerkomitees durch uns, hing der Kampf von innen heraus an einigen wenigen kampferfahrenen Schwarzafrikanern. Diese informellen Kader wurden gezielt ausgewiesen oder nacheinander in Knäste von Schleswig-Holstein und Hamburg gesteckt. Hier zeigte sich die eine Grenze unserer politischen Arbeit, bei anderen Aktionen im Ausländerbereich sollten wir immer wieder damit konfrontiert werden: wir hatten keine praktische Antwort auf die repressive Kontrolle des Lager-Hausmeisters und die Ausweisung und Kriminalisierung der kämpferischen Kader. Andererseits wurde uns klar, daß solche Flüchtlingsunterstützungsarbeit alleine noch keine weitergehende Perspektive bringt. Will



Im Nachhinein haben wir bei vielen Ghanesen auch festgestellt, daß es zwar Leute sind, die dort oppositionell orientiert sind, die aber eher zu so ner Mittelschicht oder Intelligenz gehören, die unter dem dortigen System n bißchen rausgekippt worden sind, denen entscheidende Posten an der Macht weggenommen worden sind, von daher zum Teil auch ziemlich dubiose Leute. Also kann man jetzt nicht sagen, bloß weil sie dort oppositionell sind, daß die jetzt revolutionär wären oder ne Klassenlinie drauf hätten. Mit diesem Widerspruch gab's immer wieder Probleme: Von unserer Bestimmung und Analyse der Klassenauseinandersetzung hier ist klar, daß sie verschubt werden und eigentlich ne Spitze von so ner Entwicklung sind. Aber subjektiv haben die Leute selber das nicht so gesehen - von Ausnahmen wie einzelnen Südafrikanern oder so abgesehen, gab's da keine Basis für ne gemeinsame Perspektive.

man nicht Caritas oder Sozialarbeit betreiben und auch keinem konventionellen Internationalismusverständnis anhängen, dann gehört da mehr dazu. Isolierte eigenständige Flüchtlingsarbeit, die nicht in ein umfassendes Klassenkampfkonzept eingebettet ist, hat auf Dauer keine Perspektive.

Wir haben das dann später auch immer bei anderen Initiativen und Gruppierungen erfahren, daß das ganz schnell in so ein karitatives, rechtsberaterisches, sozialarbeiterisches, moralisch anklagendes Fahrwasser rein geraten kann. Wir haben uns das mal ausgemalt: Da fehlt nur noch, daß sie sich als Verein einige ABM-Stellen beantragen und gemeinnützig, humanitär, hier ein Anwalt und da ein Sozialarbeiter, arbeiten. In solch ein Fahrwasser kann man ganz schnell geraten - was nicht dadurch ausgeglichen wird, daß ein paar politisch weitsichtigerer oder radikalere

Personen auf dem Papier dann irgendetwas über Ant imperialismus und weltweite Zusammenhänge reinpacken. Das kann so eine isolierte Arbeit nicht auffangen!

Als erfolgreiche politische Anstrengung dieser Phase ist noch zu erwähnen, daß 1982/83 im Zusammenhang mit der allgemeinen Verweigerungskampagne der Erwerbslosen und Jobber um die Balduinstraße auch die Zwangsarbeitsmaßnahmen für Asylbewerber in Hamburg erst gar nicht eingeführt wurden.

Auf der Grundlage gemeinsamer Erfahrungen kam es ab **Herbst 1983**, als der **Kemal Altun** aus dem Fenster gesprungen war, zu Ansätzen einer gemeinsamen multinationalen politischen Mobilisierung. Leute von uns, die das hier mitgekriegt hatten, haben spontane Aktionen und auch ne spontane Demo organisiert, da war gleichzeitig ne Innenministerkonferenz, und da gab's harte Bulleneinsätze und Leute sind festgenommen worden. Das war nochmal ein Anlaß, das alles aufzunehmen vom Essensboykott bis überhaupt Umgang mit Flüchtlingen. Im Hamburg gab's ja ne Menge Abschiebungen über den **Flughafen Fuhlsbüttel**, und da sind dann **Blockadeaktionen** gelaufen usw. Da haben sich dann immer regelmäßig Leute drum gekümmert und das zum ersten Mal genauer untersucht, wo laufen hier Abschiebungen, wie laufen hier Repressalien gegen Flüchtlinge usw. Und ständig ne Diskussion und Auseinandersetzung mit den ausländischen Gruppen: Wir sind bereit, hier was zu machen, aber ihr müßt euch einklinken - da haben dann aber wie schon gesagt, nur einzelne mitgemacht. Das gab also nochmal so nen Schub, der im **April '84** nochmal verlängert wurde durch den **Hungerstreik der politischen Gefangenen in der Türkei**. Da haben wir nochmal die Knastgeschichten thematisiert, also im Vergleich, und wie läuft das hier; es gab ja am Anfang auch den Versuch, Knastarbeit als Terrain von Klassenkampf zu thematisieren; also diese Drehscheibe: die Unterklassen zwischen Jobben und individueller Aneignung, die immer auch mit nem halben Fuß im Knast stehen. Also Klassenkampf draußen im Stadtteil und in der Maloche, Knastterrain und diese Flüchtlingsabschiebungen, das als Zusammenhang zu thematisieren, gab nochmal n Schub.

Es gab dann ne längere Phase von Diskussion und Aufarbeitung, was zur Folge hatte, daß ne Reihe von Leuten, die anfangs in der Gruppe mitgemacht hatten, im typischen Einpunkt-Stil ausgestiegen sind und sich anderen Sachen zugewendet haben. Und nur n paar wenige haben sich Gedanken gemacht, wie kann man so was systematisch als Bestandteil unserer Poli-

tik miteinbeziehen, gerade da die Flüchtlingspolitik sich als n Dauerbrenner abzeichnete. Wir haben versucht, unsere Erfahrungen aufzuarbeiten und zu der Zeit keine großen Aktionen gemacht. Wir waren zwar immer in Kontakt zu ausländischen Organisationen, aber es blieb dieses klassische Verhältnis: die wollten uns in Soli-Arbeit, Unterschriften für Flugis und Demos, in Komitees reinziehen usw., wo ihre Orientierung auf ihr Land n paar Deutsche brauchte, weil sie sonst allein arbeiten. Das haben wir teilweise auch mitgemacht, aber irgendwie fanden wir das unbefriedigend und wollten das aufgeben. Allerdings ist über diese Kontakte auf nem distanzierten Level zumindest an bestimmten Punkten (also wenn jemand verhaftet worden ist oder so) immer wieder ne Zusammenarbeit zustande gekommen. Aus dieser zunächst sehr lockeren Zusammenarbeit ist dann auch **der internationale Block am 1.Mai** entstanden. Programmatisch hat sich das schon vorher niedergeschlagen in dem ersten Flugblatt: "Jobber, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Ausländer", das den Anspruch klar macht, wenn wir nicht ne reine Arbeitslosen-Arbeit machen wollen, brauchen wir auch dafür ein umfassendes Konzept von multinationalem Kampf.

DIE AUSLÄNDER-ARBEITSGRUPPE

Wir haben '84 angefangen. In der ersten Phase waren wir so n interner Zirkel von drei, vier Leuten. Wir haben nicht so "Leute aufgenommen", da sind dann über Kontakte oder durch Aktionen Ausländer und andere Leute dazugekommen. Das war ein fester Arbeitszusammenhang, das war auch wichtig, wir waren über zwei Jahre der disziplinierteste Haufen, der theoretisch gearbeitet und diskutiert hat, arbeitsteilig Termine wahrgenommen und Aktionen vorbereitet hat.

Die Ausländer-Arbeitsgruppe war nicht angesiedelt in irgendeinem der Stadtteil-Läden (also Balduinladen), verstand sich aber als Teil des organisierten Zusammenhangs von den Erwerbslosen- und Jobber-Inis. Wir haben gesagt, wir müssen zusammenkriegen: Unsere Arbeit in der Maloche, unsere Arbeit als Sozialempfänger und Arbeitslose mit Ämtererfahrungen, Knastgeschichten, diese ganzen Antifa-, Antirassismus- und Internationalismusarbeit, die Flüchtlingsarbeit und dann diese multinationalen Teile der Klasse hier (wo ja die Flüchtlinge nur eine Facette von der viel spannenderen Geschichte der ganzen ausländischen Proletariat hier sind): deren Maloche, Wohnprobleme, Schikane auf den Ämtern, womit ja alle Ausländer konfrontiert

sind. Wir haben in dieser kleinen Gruppe ne intensivere analytische Phase eingeleitet, wir wollten davon wegkommen, immer diese hohle internationale Solidarität zu machen, wir wollten einen eigenen Ansatz: Wie sieht hier ne Perspektive von multinationalem Kampf aus, wo können hier Verbindungslinien sein?

Die türkischen GenossInnen waren aktiv am massivsten dabei, und wir kamen drauf, wenn wir wirklich so ne Klassenkampfperspektive haben, dann wird neben der Flüchtlingsfrage vor allem der hohe Anteil an Türken sowohl in Hamburg als auch in der BRD und auch mit der Perspektive Türkei und EG, dann muß das n entscheidender Schwerpunkt sein. Das war der Strang, wo wir die Flüchtlings-schiene als eine Facette in eine breitere Ausländer- oder multinationale Arbeit einbetten wollten. Es war aber klargeworden, wir stoßen auf Granit bei den türkischen Organisationen, die überhaupt bereit sind, sich auf so'n ein Gespräch einzulassen, das aber abblocken würden. Wir haben also gesagt: Im Grund genommen kann es uns nicht darum gehen, daß wir den Leuten ein paar Tips geben, wie sie ihre Knete bekommen, und ansonsten haben wir Kontakt zu diesen üblichen klassisch-traditionellen ausländischen Organisationen und Vereinen, sondern wir müssen weitergehen und ne weitergehende Perspektive vor allem mit dem **jugendlichen, multinationalen Proletariat** hier aufbauen, die hier zweisprachig aufwachsen, in der türkischen Familie, aber hier geboren sind oder seit ihrer Kindheit hier sind.

Das zweite war die **Knastschiene**. Da hatten wir einige Leute, die sich damit beschäftigt haben, dann aber in zeitlichen Abständen aber selber eingefahren sind und eine kontinuierliche Untersuchungsarbeit mit dem gefangenen multinationalen Proletariat nur eingeschränkt möglich war.

Ein dritter Strang war die **Ausländerbehörde**: Ob die Leute Flüchtlinge sind, ob sie als Ausländer hier schon zehn oder fünfzehn Jahre arbeiten, arbeitslos sind oder wieder zurückgehen, alles läuft über die Institution, da müssen alle hin. Von daher müssen wir die Ausländerbehörde als zentrales Scharnier thematisieren. Wir können darüber alle Ausländer erreichen, wenn wir nicht nur speziell Asylanten/Flüchtlings-Probleme ansprechen, sondern die ganzen Schikanen in der Maloche, mit Sklavenhändlern, Schwarzarbeit, Sozialamt, Arbeitsamt.

Außerdem hatten wir die Vorstellung, daß sich das alles nur zusammenbringen läßt, wenn wir gleichzeitig einen **Massenorganismus** aufbauen. Es hat ja bei der Flüchtlings-schiene keinen Sinn, diese Auf- und Abbewegungen

mitzumachen; es gibt ja immer Phasen, wo nix los ist und dann passiert mal was und alle Leute rennen hin und machen so ne Soli-Arbeit - und was kannst du da schon machen außer n bißchen Öffentlichkeitsarbeit und Caritas. Wir haben stattdessen gesagt, wir müssen einen Ansatz von ner Basisstruktur bilden, wo die Leute sich selber organisieren, wo Unorganisierte nen ständigen Anlaufpunkt haben, um ihre Isolation zu überwinden, gleich wissen, wo gibt's hier Informationen, wo gibt's hier Strukturen, wie krieg ich meine Knete, wie krieg ich ne Wohnung. Nur: wie so was aufbauen? Uns war klar, es kann nicht Ziel sein, daß wir wie früher die ML-Gruppen uns ein paar Ausländer in unsere Gruppe reinziehen und dann sagen "Wir sind der multinationale Kern", das sind wir nicht, dazu liegen wir wahrscheinlich noch viel zu sehr daneben, sondern wir können nur so ne Vorarbeit leisten von der Thematisierung und der Analyse, was allgemein passiert und so praktische Interventionsansätze machen, da wo's uns mit unseren Kräften möglich ist, wo wir sind, Erfahrungen sammeln, gucken, mit den Leuten, die wir da erreichen, daß aus den Kämpfen und Aktionen 'n Ansatz zu einem ersten selbstorganisierten multinationalen Kern entsteht, wir im Grund genommen nur so ne Geburtshelfer- oder Vorarbeitstruppe sind, das war unser Selbstverständnis. Also haben wir parallel zu unseren Untersuchungs- und Interventionsprojekten das "Internationale Cafe", einen 14tägigen Treff Sonntag nachmittags, aufgebaut. Das erste Flugblatt, mit dem wir dazu aufgerufen haben war Englisch, Deutsch, Türkisch, Arabisch, was ganz wichtig war.

DIE AUSLÄNDISCHEN JUGENDLICHEN UND DIE SELBSTVERTEIDIGUNGSKOMITEES

Wir hatten erstmal keine Vorstellung, wie wir unser Untersuchungsprojekt über und mit den ausländischen Jugendlichen anpacken sollten, wie wir da rankommen sollten. Weil bei denen ganz andere Sachen ne Rolle spielen, die zum Teil in so Cliques und Gangs organisiert sind und nicht in die traditionellen türkischen Organisationen reingehen, aber auch nicht in die deutschen Organisationen; bei denen das Klauen einfach dazugehört wie sich ne schicke Frisur beim Friseur machen zu lassen oder deutsche Frauen in Discos kennenzulernen. Also ne völlig andere Szenerie, wo der gegenkulturelle Aspekt, den's in der Szene so gibt, nochmal ne ganz andere Ausprägung hat, also alle machen Selbstverteidigung, erleben ne tagtägliche Auseinandersetzung mit Rassismus, haben aber n anderes Selbstbewußtsein, lassen sich nichts gefallen, sondern haben den anderen auch eine auf die Schnauze. Teilweise

haben die auch keinen Bock auf die Maloche, was u.a. auch eine Erklärung dafür ist, daß es n ziemlich hohen Prozentsatz von arbeitslosen ausländischen Jugendlichen gibt, die überall in so Ausbildungs-, Weiterbildungs- und sonstigen Scheißprojekten drinhängen und die sich auch von den linken Integrationisten nicht so ohne weiteres was vorsülzen lassen. Zum Teil aber auch totale Probleme mit ihren Alten haben, die das traditionelle Wertemuster von Familie draufhaben oder die Perspektive in die Türkei zurück. Wir haben über Einzelkontakte zu so Jugendlichen erfahren, daß es n ziemlich hohen Prozentsatz von so Jugendlichen gibt, die ausreißen, weil sie nicht zurück wollen in die Türkei, weil sie den traditionellen Scheiß nicht mitmachen wollen, die am liebsten ne eigene Wohnung oder mit Leuten in ner WG zusammenleben wollten, die dann aber immer mit Abschiebung und Zwangsgewalt zurück zu ihrer Familie in so nem halb illegalen Status sind, sich mit ihren Freunden so durchschlagen, nicht zum Militärdienst in der Türkei wollen, aber auch hier nicht Staatsbürger werden wollen, eigentlich mit dem Rücken zur Wand in ihrer Gang sich verteidigen, andere Werte drauf haben. Aber genau mit dem Projekt, das die Jugendlichen betrifft, sind wir letztendlich auch steckengeblieben, obwohl wir das nach wie vor perspektivisch für einen wichtigen Strang halten. Wir hatten Einzelkontakte mal im Stadtteil oder mal im Job, die aber immer wieder abgerissen sind. Zu diesen Gangs hatten wir auch keinen dauerhaften Zugang, die haben ganz andere Treffpunkte, andere Verhaltensweisen und so.

'86 war dann eigentlich das Aktionsjahr: Ende '85 gab's ne Reihe von rassistischen Attacken von Neonazis, Skinheads, FAPlern und so. Es gab hier in Hamburg mehrere Fälle, wo die brutalst Türken zusammengeschlagen haben aber auch Punks und so und bis hin zu Angriffen auf die Hafensstraße. Als dann der Ramasan Avci getötet wurde, gab's im Januar ne riesige Demo, wo wir nen eigenständigen internationalen Block gemacht haben, auf der Demo waren zehn-, fünfzehntausend Leute, mindestens. Und dann war die Frage, wie damit umgehen, es muß ne neue Ebene her.

Einige der multinationalen Jugendgangs haben sich in **Selbstverteidigungskomitees** umbenannt, und sich zum Teil dann auch, obwohl sie autonom waren, in den Vereinstäumen von den türkischen Organisationen getroffen. Es gab so n paar Gangs, die sich da plötzlich massiv hervorgetan haben. Eine Gruppe hat öfter mal auch sporadisch die Hafensstraße unterstützt; also immer wenn hier n Fußballspiel war und so Faschos im Anmarsch waren, dann war diese überwiegend türkische Gang mit ein



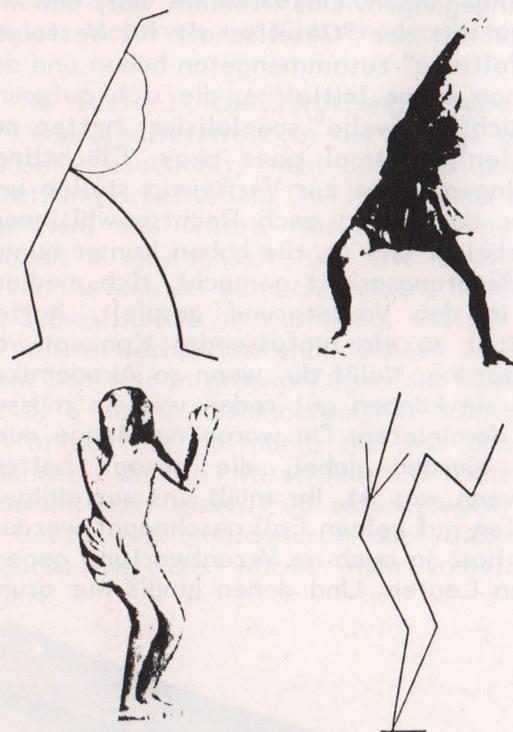
paar deutschen Mitgliedern zur Stelle zur Verteidigung der Hafensstraße. Die haben dann auch ein Treffen gemacht, wo sich andere multinationale Jugendgangs zusammengesetzt haben: Wir müssen in den Stadtteilen, wo wir sind, unsere Selbstverteidigungsstrukturen aufbauen, wo wir auf Faschos treffen, machen wir sie platt. Also in den Stadtteilen, wo wir präsent sind, kriegen die keinen Boden unter die Füße. Und die waren zum Teil auch ziemlich herb drauf. Die hatten natürlich ganz andere Connections in die Gettos als wir. Und unser Versuch war dann, mit diesen Gangs Kontakte aufzubauen.

Parallel dazu ist arbeitsteilig in der Baldunstraße eine **Antifa-Gruppe** entstanden, die aber nicht im alten Stil jetzt nur Antifa-Arbeit machen wollte, sondern **die Erfahrungen aus Aktionen auf Sozial- und Arbeitsämtern mit antirassistischer Arbeit verbinden wollte**. Gemeinsam mit unserer Arbeitsgruppe "Ausländerpolitik" versuchte die Antifa-Gruppe von einer anderen Seite her Interventionspunkte in der Kette von Razzien, Knast und Abschiebungen zu finden und gleichermaßen wie wir Kontakte in die Ghettos zu den Jugendgangs aufzubauen. Schwerpunkt ihrer Ämteragitation war das Sozialamt Billstedt.

Über unsere Kontakte zu türkischen Organisationen und über die Stadtteilarbeit unserer Inis sind wir dann intensiver mit türkischen Jugendlichen und Selbstverteidigungskomitees zusammengekommen. Gemeinsam haben wir zur Aneignungs-Thematik Nulltarif-Filme angeguckt und darüber diskutiert.

Die rassistischen Überfälle haben dann auch wieder abgenommen, weil die Faschos selber ziemlich Angst haben mußten, weil viele Jugendliche in diesen Gangs ne gnadenlose Auge-um-Auge, Zahn-um-Zahn-Einstellung hatten. In den Gettos da kennt auch jeder jeden und wenn du dann allein bist und die anderen in der Gruppe, dann wirst du niederge-

macht, eigentlich noch mal ne ganz andere Situation als in Altona, St. Pauli oder Eimsbüttel, wie sie sich dort bewegen; das war natürlich auch das Spannende für uns, da rein zu kommen. Und das floß ja auch ein in unsere Bemühungen, daß wir klar hatten, wir müssen aus den Szene-Stadtteilen rauskommen, das waren dann auch so Versuche, **in außengelegene Proletarierviertel und Hochhausgettos zu gehen**, weil uns klar war, da wo die linke Szene sowieso ist, ihre Kneipen, Buchläden und WGs hat, da alleine spielen sich nicht die entscheidenden Sachen ab. Das hat dann wieder Vorstöße in Bereiche gegeben, wo wir eigentlich nie gedacht hätten, daß wir es schaffen, da Leute zu organisieren.



DAS "INTERNATIONALE CAFE"

Parallel dazu haben wir, wie schon erwähnt, ein "Internationales Cafe" aufgebaut: Wir wollten keinen Treffpunkt einrichten, mit Beratung, Frühstück und so ner Scheiße, wo wir Caritas machen oder Sozialarbeit; wenn mit einzelnen Leuten, dann machen wir exemplarische Aktionen, bei denen wir immer Ausländer und Deutsche gemeinsam und immer in Gruppen vorgehen. Zudem müssen wir einen Massenorganismus aufbauen, einen Treffpunkt, wo die sich selber organisieren können. Das sollte eben das "Internationale Cafe" sein. Das war alle 14 Tage Sonntag nachmittags und immer mit nem gemeinsamen Essen, verschiedene Nationalitäten haben Essen gemacht. Und dann gab's ne Aufteilung: Leute, die konkrete Probleme haben, sollen das erzählen und da kann man dann zunächst allgemein was dazu

sagen und danach können sie sich in ne Ecke setzen und n paar Leute geben konkrete Infos und Unterstützung. Ansonsten war immer angesagt n politisches Thema, zum Beispiel ne Diskussion über die Türkei oder über Ghana oder nen aktuellen Hungerstreik. Über das "Internationale Cafe" ist auch die Frauenthematik wieder konkret hereingekommen. Die ganze Zeit über haben wir auch immer Flugis in den Lagern verteilt, dadurch sind dann Indier, Tamilen, Pakistani, Ghanesen, Chilenen, aber schwerpunktmäßig Türken, Kurden und Deutsche zu dem "Internationalen Cafe" gekommen. Was natürlich auch schwer ist, so n offener Organismus, wo ein paar Organisierte drin sind, die sich absprechen und irgendwie gucken, daß das ganze ne inhaltliche Richtung kriegt, aber trotzdem, das ganze menschliche Leid und die ganzen Vorstellungen, mal darüber zu diskutieren. Das war natürlich lebendig, aber es gab eben immer ne totale Fluktuation, das heißt mal waren 50-80 Leute da, manchmal nur 15!

Die Kontakte in die Lager liefen gut, wir haben über Betroffene auch Kontakte zu Sozialarbeitern, worüber wir ne Menge Infos bekommen haben. Und aufgrund dieser rassistischen Hetze haben ziemlich viele Ausländer, die in den Organisationen waren, gerade bei den Türken, ziemlich Schiß bekommen, wo klar wurde, sie kommen mit dieser klassischen, nur auf die Türkei orientierten Arbeit nicht weiter. Und das war der Durchbruch, wo wir mit zwei Gruppen, also mit DevGenc und Demrimci Isci, die auch mit diesen Selbstverteidigungskomitees eng zusammengearbeitet haben, mit denen hatten wir zum Beispiel einen engeren Kontakt und es gab eine Bereitschaft von Teilen der Gruppen hier in Hamburg, sich hier auf die Situation und Kämpfe einzulassen. Von daher hatten wir eine Reihe von Ausländern, die Übersetzungsarbeit machen konnten und auch bei Aktionen dabei waren. Eine exemplarische Aktion, das war eine der stärksten: Ein paar Genossinnen von der Antifa-Gruppe hatten in Billstedt (auch so ein knallhartes Getto, mit St. Pauli der höchste Anteil an Sozi-Empfängern) Flugblatt-Aktionen auf dem Sozialamt gemacht. Gleichzeitig hatten wir in so einem Hochhaus-Getto ganz weit im Osten draußen Massenarbeit unter Erwerbslosen gemacht, also mit ganz neuen Leuten, zum Teil älteren, 40-, 50jährigen, phasenweise totale Alkis, Soziempfänger, alleinstehende Frauen, ne ganz geile Mischung von Jungen und Alten, wo mehrere Jungen Verfahren am Hals haben wegen irgendwelcher Geschichten - eigentlich so Leute, die wir immer erreichen wollten.

Und die Leute haben dann auch mitgemacht bei ner **Aktion auf dem Sozialamt Billstedt**. Da ging's um nen türkischen Genossen, der hierhergekommen ist mit seiner Familie und den sie schikaniert haben. Und da haben wir auf dem Sozi mit über 30 Leuten, aber das war nur ein Teil von uns, und hauptsächlich so "neue Leute", weißt du so ältere, mit Diplomatentasche und so. Und wo die gemerkt haben, daß wir kein Schiß haben, wenn Bullen kommen, sind die total offensiv geworden, überall Flugis verteilt und mit allen Leuten geredet. Die Leute haben natürlich gemerkt, das sind keine intellektuellen Schwätzer, das sind Leute wie wir, auch wenn da ein paar mit schwarzen Lederjacken dabei waren, das sind stinknormale Peoples. Und das hat nen wahn-sinnigen Solidarisierungseffekt im ganzen Sozialamt gegeben, da waren hunderte von Leuten. Die Bullen haben Schiß gehabt, daß das ganze Ding auseinandergelockt wird. Der Leiter hat zwar die Bullen geholt, die haben aber gesagt: Wir sind zwar verpflichtet, hier zu räumen, wenn der mit Hausrecht kommt, aber das ist total unklug, wenn wir jetzt räumen, schlagen die das ganze Amt platt. Da war so n Solidarisierungseffekt. Und das haben wir dann bekannt gemacht über die Presse und so und haben auch die Schweinereien der einzelnen Sachbearbeiter öffentlich gemacht. Wir hatten uns schon vorher über den betreffenden Sachbearbeiter Infos geholt, wie der auf seinen Posten gekommen war, geschmiert worden war, Knete durch Versicherungsverkäufe gemacht hat und so. Wir haben den richtig fertig gemacht. Und das alles haben wir mit dem Türken und ein paar Freunden von ihm durchgezogen, nicht einmal seine Organisation hatte ihn unterstützt. Nach der Aktion haben sich Sozi-EmpfängerInnen in Billstedt zusammengetan und versucht, eine Gruppe selbst aufzubauen. (siehe ausführlicher in der Schwarzen Katze/Hamburg Nr.4)

DIE AUSLÄNDERBEHÖRDE

Wir hatten schon Jahre zuvor durch Aktionen gegen den Bekleidungs-Konzern "C&A" die Abschaffung der diskriminierenden Waren-Gutscheinpraxis für Asylbewerber in Hamburg praktisch durchgesetzt, Jobber hatten gemeinsam mit Genossen von der "Arbeiterpolitik" und anderen einen Streik von türkischen ArbeiterInnen der Firma "Ncrddarm" unterstützt. Durch eine Kampagne hatten wir die Aufhebung des Sozialhilferegelsatzes für Asylbewerber in Hamburg erreicht usw. Wir waren nun an einem Punkt, wo wir gesagt haben: So, wir haben jetzt Aktionserfahrungen, wie wir das in multinationaler Besetzung auf-

ziehen können und jetzt gehen wir auf die Ausländerbehörde. Ein Stück weit war das auch eine notwendige Konzentration unserer Kräfte. Wir haben gesagt, wir müssen jetzt mal gucken, ne Untersuchungsarbeit machen, Infos kriegen, Kontaktleute, Aktionen machen, um mal zu sehen, wie reagieren die Betroffenen, die da sind. Im Vergleich zu den Sozial- und Arbeitsämtern war die Ausländerbehörde ein ganz harter Streifen. Da sitzen ja direkt im Haus immer die Bullen. Und dadurch daß die im Alltag total herbe mit den Ausländern umgehen, ist da ein ganz anderes Klima, die haben sofort die Bullen geholt, da gab's gleich Hauereien und so, und da gibt's jetzt auch Prozesse. Wir sind mit über 100 Leuten mehrfach reingegangen. Das Problem war, daß wir uns dazu mit der "Gesellschaft für Verfolgte und Gefolterte" zusammengetan haben und das war genau so ne Initiative, die sich aufgrund der "Flüchtlingswelle" spezialisiert hatten auf "Asylanten"; erstmal ganz okay, Flüchtlinge unterbringen, Infos zur Verfügung stellen und so; aber das waren auch Rechtsanwältinnen, Sozialarbeiter und so; die haben immer humanitäre Beratungsarbeit gemacht, sich medienmäßig in den Vordergrund gespielt, hatten eben nicht so ein umfassendes Konzept von Organisation. Weißt du, wenn so Akademiker denken, sie können gut reden und sie müssen überall dominieren. Da waren ne Menge auch illegale Kurden dabei, die gesagt hatten, Leute wenn was ist, ihr müßt uns verteidigen, wir dürfen auf keinen Fall geschnappt werden, also du hast ja auch ne Verantwortung gegenüber den Leuten. Und denen ging's nur drum,

spektakulärer Fall, Medienereignis und Caritas, und das gab tierische Auseinandersetzungen, weil da Leute verheizt worden sind. Wegen der unverlässlichen Bündnispolitik war das ein Bruch, obwohl die auch viele Ausländer dabei hatten und zu Aktionen bereit waren, dadurch waren die ja für uns interessant geworden, aber die hatten eben einen ganz anderen Ansatz drauf und es war klar geworden, das kann man nicht vermischen. Das war für uns auch so ne Entscheidung, daß wir die Kontakte zu diesen ganzen "Pro-Asyl"-Gruppen auf Sparflamme halten, weil das so Einpunkt-Geschichten sind, also entweder machen die das aus ihren beruflichen Interessen, Öffentlichkeitsarbeit oder auch mal ne Broschüre, aber ansonsten ist da kein Konzept dahinter, schon gar nicht von ner Klassenorganisation.

'87 sind z.B. **Unterstützungsarbeiten für den Lederarbeiterstreik in der Türkei gelaufen**, Geld gesammelt, mehr oder weniger Unterstützungsarbeit eben. Das hängt auch damit zusammen, daß unsere Ausländergruppe sich personell ausgewechselt hat. Die Leute, die das von Anfang an gemacht haben, haben andere Schwerpunkte übernommen, wie ich jetzt z.B. mit Erwerbslosen und Jobbern was aufbauen. Das war in groben Zügen ein Überblick über 5, 6 Jahre Ausländerpolitik. Wir hatten auch immer die Hoffnung, daß wir über die Ausländer, die in verschiedenen Betrieben malochen, dort einen Fuß rein kriegen, oder daß Leute von uns dadurch dort einen Job kriegen. Aber das waren mehr individuelle Dinger.

Das große Manko ist natürlich, daß der Ansatz mit der Maloche nicht richtig gelaufen ist. Ich denk, wenn 's da ein paar Leute gäb, die kollektiv reingehen, könnt da irre zusammen was laufen. Denn grad aufgrund der Verästelung in den Stadtteilstrukturen, die wir haben, könnten wir ziemlich gute Bindeglieder herstellen zwischen Betriebsituation und Stadt. Und den Schluß kriegen wir einfach nicht hin, weil die ganzen Leute, die in der Fabrik oder beim Sklavenhändler sind, das individuell machen.

Wir haben in vielen Punkten Konzepte und Rangehensweisen entwickelt. Wir haben an vielen Punkten rumgepiekst, mal erfolgreich, es gab aber immer wieder Abbrüche. Insgesamt kriegst du schon ne Vorstellung davon, was drin steckt, du hast nicht den klaren Erfolg, an dem du weitermachen kannst, aber die Erfahrungen sind ziemlich wertvoll, weil die Autonomen so was einfach nicht sehen, die haben ihre Streetfighter-Mentalität und da ihr Hausprojekt und da ihre Demo und ihre Befreiungsorganisation XY, aber nicht so n Verständnis, wie so Umstrukturierungen Lebens- und Arbeitsverhältnisses berühren, woraus dann plötzlich auch Kämpfe mit ner Stärke und Entschlossenheit entstehen; dann gibt's höchstens so ne Abfahrersolidarität, aber kein Verständnis dafür, woher kommen diese Kämpfe. Von daher fänd ich's total wichtig, daß wir ne Aufarbeitung machen, was an Erfahrungen die ganzen letzten Jahre gelaufen ist, in den Stadtteilen, auf den Ämtern, in den Fabriken und der Maloche, mit den Ausländern. Also genau diese Glieder zusammenzubringen, denn bei allen konzeptionellen Überlegungen ist das noch kein einheitlicher Guß, sind das brüchige Teile, die noch viel kompakter zusammenpassen könnten zu einem einheitlichen Rangehen.



Eine Reihe von Leuten, die bei Aktionen beteiligt waren, haben Prozesse gekriegt. Einige haben inzwischen mit hohen Geldstrafen geendet, einige stehen noch aus. Die Prozeßtermine findet Ihr in der TAZ, im Balduinladen und in linken Buchläden. Kommt zu den Prozessen, unterstützt die Aktionen gegen die Ausländerbehörde, spendet!



ERFAHRUNGEN AUS EINER FLÜCHTLINGSINITIATIVE

Vorgeschichte

Die Gruppe entstand in Köln im Herbst 86 vor dem Hintergrund der "Flutkampagne" von Zimmermann & Co. gegen die Asylbewerber. Ausgangspunkt war eine Aktion, die der Rest der in Auflösung befindlichen 'Initiative gegen Zwangsarbeit' auf dem Sozialamt machte: Einem türkischen Asylbewerber, der in einem besetzten Haus wohnte war die Einrichtungsbeihilfe für Möbel, Teppich usw. verweigert worden. Bei dieser Entscheidung kam zweierlei zusammen: erstens gibt es schon seit längerem in Köln eine Dienstanweisung, nach der Leuten in besetzten Häusern keine Einrichtungsbeihilfen gezahlt werden. Zweitens wurde wie gegenüber Asylbewerbern üblich, die sich eine eigene Wohnung suchen, statt in die "möblierten" Lager oder Wohnheime (bzw. Hotels) zu gehen, so argumentiert: "... (wir) müssen ... Ihren Antrag ablehnen, da über Ihren Asylantrag noch nicht endgültig entschieden und daher Ihr weiterer Verbleib in der BRD ungesichert ist ...". Bei der Aktion - Frühstück mit 30 Leuten auf dem Sozialamt und Nerverei gegen die Sachbearbeiter - bezogen wir uns vor allem darauf, daß ihm das Geld wegen seines laufenden Asylantrags weggenommen wurde. Wir versuchten aber auch, gleichzeitig die alltäglichen Schikanen gegen alle möglichen Leute aufzugreifen und verteilten Kleidergeldanträge. Damit erreichten wir eine Stimmung auf dem Sozi, die nicht mehr von Rassismus, sondern von der gemeinsamen Wut gegen das Amt geprägt war.



Ich erzähle diese im Grunde nicht besonders erwähnenswerte Aktion deshalb so detailliert, weil sie von ihrer Konzeption her einen Fehler vermieden hat, der sich bei der späteren Arbeit als "Flüchtlingsinitiative" immer wieder eingeschlichen hat. Diese Aktion war eben nicht aus einer spezifischen "Flüchtlingsperspektive" heraus entstanden und durchgeführt worden, sondern im Zusammenhang mit den Aktionen gegen das Sozi, dem Konflikt um besetzte Häuser und dem in manchen Häusern alltäglichen Umgang mit den Problemen der ausländischen "Nachbarn". Durch die spätere Einengung auf "Flüchtlinge" verloren viele Themen, die wir schon einmal mit anderer praktischer Brisanz angepackt hatten, ihren Biß. Bisher hatten wir Sozialhilfe, Wohnungen, Zwangsarbeit, Prekarisierung von der proletarischen Einkommens- und Überlebensfrage aus thematisiert. Dabei griffen wir auch den Rassismus und die Einkommensbegrenzungen (durch Ausländerrecht wie durch geschlechtsspezifische Gesetzlichkeit) an, aber das war ein selbstverständliches Erfordernis im Kampf. Bei Initiativen auf dem Sozialamt, Mobilisierungen gegen die Wohnungsnot oder beim Kampf der Zwangsarbeiterkolonnen ging es immer darum, wie Rassismus und nationale Spaltungen überwunden werden können, indem die Maloche selbst angegriffen wird.

Die Gruppe entsteht als "autonome Flüchtlingsinitiative"

Die Gruppe entstand dann zunächst aus dem in autonomen Kreisen gestiegenen Bedürfnis, gemeinsam etwas gegen die Flutkampagne zu machen. Dabei kamen unterschiedliche Erfahrungen zusammen: neben der oben angedeuteten Praxis gegenüber den Ämtern hatten einzelne schon sehr lange gute Kontakte zu Ausländern, z.B. aus gemeinsamen Versuchen, in den (mittlerweile aufgelösten) Lagern eine Selbstorganisation (Lagerrat) aufzubauen.

In der ersten Phase versuchten wir eine theoretische Klärung und Selbstvergewisserung unseres Ansatzes. Konsens war die Ablehnung der traditionellen und sozialarbeiterischen Asylarbeit. Aber dies genügte nicht, um eine positive Bestimmung der eigenen "autonomen" Politik zu entwickeln. Andererseits blieben die Theoretisierungen, die auf die Einordnung der Flüchtlinge in eine neue internationale Klassendynamik zielten, zu allgemein und abstrakt, um daraus direkt eine kollektive Praxis zu entwickeln. Diese Diskussion sollte uns auch nicht davor schützen, die Fehler eines eingengten Flüchtlingsbegriffs und einer sozialarbeiterischen Praxis zu wiederholen.

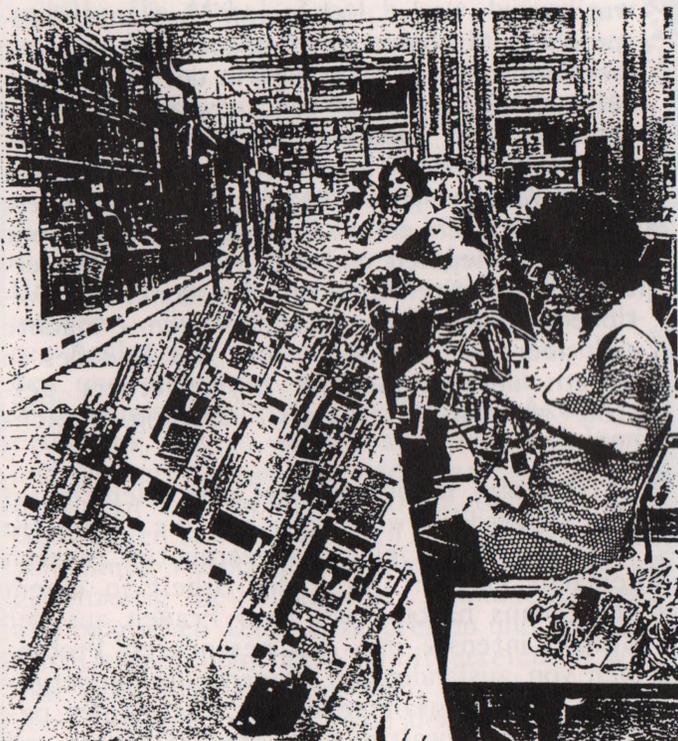
Unsere Überlegungen gingen dahin, die konkrete Praxis hier mit den Ansätzen eines "neuen Internationalismus" zu verbinden. Das hieß zunächst mal ganz schlicht, die vielfältigen Kontakte mit den Flüchtlingen aus aller Welt auch als Möglichkeit zur viel direkteren Beschäftigung mit den Situationen in der "Peripherie" wahrzunehmen. Dies ist uns aber nur sehr begrenzt gelungen - am stärksten noch da, wo es sich uns aus der Praxis heraus aufgedrängt hat, weil wir in der Unterstützung von Flüchtlingen zu den Kämpfen in anderen Ländern Stellung nehmen mußten (siehe weiter unten das Beispiel der Sikhs).

Trotz der Diskussion um einen umfassenden revolutionären Anspruch wurden wir mehr und mehr eine themenspezifische Gruppe. Wir blendeten selbst Sachen aus unserer täglichen Erfahrung und Praxis aus, weil sie nicht direkt in diesen "Bereich" fielen. Das führte auch dazu, daß wir zwar theoretisch die Einschränkung auf Flüchtlinge im Sinne von Asylbewerbern ablehnten, aber in den praktischen Versuchen doch immer wieder beim "politischen Asyl" landeten. Schon die Geschichte des Begriffs gibt zu denken: Bis vor wenigen Jahren wurde auch in der Linken von "Asylanten" gesprochen. Mit dem zunehmend negativen und diskriminierenden Gebrauch in der Öffentlichkeit - "Asylantenflut" usw. - wurde in einem sprachkritisch aufklärerischen Sinne der Begriff "Flüchtling" eingeführt. Im Prinzip sollte er die Verengung auf diejenigen durchbrechen, die tatsächlich einen Asylantrag stellen, und auch die Illegalen und die zwangsprostituierten Frauen miteinbeziehen. Bei konkreten Aktionen - z.B. gegen Abschiebungen - machte sich aber doch immer wieder das Bild des in Lagern untergebrachten Asylbewerbers geltend - nur daß er jetzt als Flüchtling bezeichnet wurde.

Erst später ist uns an zwei Beispielen richtig klar geworden, wie weit wir die Thematik "Flüchtlinge" zu einem abgetrennten Bereich gemacht hatten: Durch die Arbeit in einem Frauenhaus hatten sich zwei Frauen aus der Gruppe intensiv mit den besonderen Problemen von ausländischen Frauen auseinandergesetzt - dem Zusammenhang zwischen der patriarchalen Gewalt in ihren Heimatländern und ihrer Situation hier, dem besonderen Verhalten der Ämter gegenüber ausländischen Frauen, aber auch der Subjektivität dieser Frauen, die gleichzeitig aus ihren Ländern und vor ihren Männern fliehen. Die politische Praxis im Frauenhaus, die vom Widerstand gegen die Sozi-Zwangsarbeit bis zur Forderung und Durchsetzung eines eigenständigen Aufenthaltsstatus reichte, wurde aber dort nicht als

abgetrennte "Flüchtlingsfrage" behandelt - und blieb daher zuerst in der Flüchtlingsgruppe unbeachtet. "Dabei unterscheidet sich in bezug auf sexuelle Gewalt und Mißhandlung die Situation der ausländischen Frauen in keiner Weise von der Situation deutscher Frauen, die ins Frauenhaus kommen. Für die deutschen Frauen sind nur die Möglichkeiten größer, sich vom Mann zu trennen - wobei sie in aller Regel von Sozialhilfe abhängig sind. Daher können wir die Situation der ausländischen Frauen auch nicht allein unter dem Gesichtspunkt "Flüchtlingsfrauen" betrachten, da das Auffällige gerade die gemeinsame Betroffenheit von sexueller Gewalt als Frau ist." (Aus einem Papier zur Aufarbeitung der Frauenhauserfahrungen)

Ein anderes Beispiel sind die ständigen Erfahrungen und Kontakte, die wir bei der normalen Jobberei mit Ausländern machen, früher "Gastarbeiter" heute "Wirtschaftsflüchtlinge". Sie sind für uns in erster Linie "KollegenInnen", mit denen wir uns gemeinsam gegen die Ausbeutung verhalten wollen. In der Fabrik ist unmittelbar klar, daß nicht ihre Besonderheit als Ausländer oder Flüchtlinge das



Sprengende ist, sondern die Entwicklung gemeinsamer Kämpfe. Dabei können die innerbetrieblichen rassistischen Spaltungsversuche - genauso wie die sexistischen usw. - Ansatzpunkte für Kämpfe bieten, aber gerade um die Spaltungen zu überwinden.

Einerseits wollten wir uns also auf die Flüchtlingsfrage im Sinne einer internationalen Klassendynamik beziehen, die die Einkommensforderungen und Ansprüche der weltweiten Klasse über Fluchtbewegungen in die Metropolen spült. Andererseits blockierten wir uns selbst allzuoft durch die Einschränkung auf das politische Asyl, das von seiner Konstruktion her auf die politisch aktiven Mittelschichten zugeschnitten ist. Dieses Problem konnte noch am besten in den Fällen überwunden werden, wo Flüchtlinge selbst anfangen, kollektiv für ein Einkommen oder gegen den Arbeitszwang zu kämpfen.

Streik von Flüchtlingen gegen die Sozi-Zwangsarbeit

Während sich die Gruppe noch in ihrer theoretischen Klärungsphase befand, hörten wir Ende 86 zufällig von einem Streik von etwa 40 Asylbewerbern in Niederkassel, einer Kleinstadt bei Köln, der sich gegen die dort noch praktizierte Zwangsarbeit richtete. In Köln selbst, wie in den meisten anderen NRW-Großstädten, war die Zwangsarbeit mittlerweile abgeschafft und durch ABM-ähnliche Programme ersetzt worden. Zunächst waren wir ziemlich überrascht, denn bei den Initiativen gegen die Zwangsarbeit in Köln war es nie gelungen, einen kollektiven Streik zu organisieren, obwohl die individuelle Verweigerung stark verbreitet war. Durch die Unterstützung und die Kontakte zu den Streikenden ist uns dann klar geworden, warum es ausgerechnet in der Provinz zu der kollektiven Aktion kommen konnte.

Der Auslöser für den Streik war zum einen die ungleiche Behandlung der Flüchtlinge: Iraner, die neu in die Stadt gekommen waren, mußten - im Gegensatz zu Flüchtlingen aus anderen Ländern - keine Zwangsarbeit machen. Zum anderen sollten die Asylbewerber im Gegensatz zum Vorjahr dieses Jahr den ganzen Winter durcharbeiten. Nach diesem Streik kam es in einer anderen Kleinstadt (Meckenheim) zu einem Hungerstreik von kurdischen Flüchtlingen gegen die Zwangsarbeit, und in einer Reihe der umliegenden Gemeinden rumorte es auch. Die Flüchtlinge in Niederkassel waren über die Situation in anderen Städten bestens informiert: daß in Köln früher auch nur drei Monate Zwangsarbeit gemacht werden mußte, daß sie hier und in anderen

Städten mittlerweile abgeschafft war. Niederkassel war also auch ein Beispiel dafür, wie die zunehmende Wut aus den Großstädten auf die Provinz übergelassen war, wie die beabsichtigte Spaltung und Isolierung der Asylbewerber durch die Beraubung der freien Wohnortwahl von ihnen teilweise unterlaufen wurde.

In Niederkassel wohnten die Flüchtlinge zwar verstreut in verschiedenen Wohnungen und Häusern, hatten aber einen starken Zusammenhalt in drei Gruppen: den Schwarzafricanern, den Tamilen und den Bangladeshis. Von diesen drei Gruppen wurden der Streik und die damit verbundenen Aktionen aktiv getragen. Dabei blieben andere rassistische Spaltungen unter den Flüchtlingen bestehen. Zum Beispiel erzählten uns die Streikenden aus diesen drei Gruppen zunächst, daß die Polen und Iraner nicht mitmachen würden. Später stellte sich dann anläßlich einer Aktion gegen die Kürzung der Sozialhilfe heraus, daß auch diese Gruppen sich unbemerkt dem Streik angeschlossen hatten. Was die Flüchtlinge in dieser Auseinandersetzung verband, war ihre Ablehnung der Zwangsarbeit und darüber hinaus die Forderung nach einem höheren Einkommen und besseren Wohnungen. Die sozialen Perspektiven waren dabei sehr heterogen: ein schwarzafricanischer Arzt betonte immer, daß er nicht unter seiner Qualifikation arbeiten wolle, viele der Tamilen wollten in erster Linie in der BRD studieren, die Polen und einige Türken wollten hauptsächlich hier Geld verdienen. Diese Unterschiedlichkeit führte an einzelnen Punkten zu Spaltungen, wenn z.B. die Frau des schwarzafricanischen Arztes ihre Forderung nach mehr Sozialhilfe mit der "höheren" Qualifikation ihres Mannes begründete.

Es gab also keine weiterreichende soziale Identität als "Flüchtlinge", weshalb es nach dem Streik auch keine weitergehende Perspektive eines gemeinsamen Kampfes gab. Schon die Wohnungsfrage wurde anschließend auf der individuellen und sozialarbeiterischen Ebene "gelöst". Aber in der konkreten Forderung nach Abschaffung der Zwangsarbeit entwickelten die Flüchtlinge gerade deswegen eine Stärke, weil sie diesen Kampf selbst begonnen hatten und in der Hand behielten. Die Diakonie, die sich sehr schnell einschaltete, versuchte die Zielsetzung des Kampfes zu verwässern und die Leute mit Verweis auf ihre "Hilflosigkeit" zu bevormunden. Die professionellen Sozialarbeiter waren regelrecht aufgeschreckt durch die eigenständige Initiative derjenigen, die sie ständig zu passiven und hilfebedürftigen Opfern machen wollen. Die Auseinandersetzung spitzte sich vor allem an der Frage zu, wie sie auf die Androhungen der So-

zialhilfestreichung, die drei Tage nach Streikbeginn verschickt wurden, reagieren sollten. Die Diakonie legte ihnen nahe, einen Widerspruch einzulegen, in dem sie ihre prinzipielle Arbeitsbereitschaft erklären. Diesen Vorschlag wiesen die Flüchtlinge zurück. Stattdessen machten sie ein Go-in auf dem Sozialamt. Unsere lautstarke Unterstützung wurde von herbeigeeilten Diakonievvertretern und SPDlern scharf kritisiert - man erarbeite doch gerade Lösungen im Rat und in der Verwaltung, wir würden alles kaputt machen... Aber die Flüchtlinge fühlten sich durch die Aktion ermutigt, den Streik, der jetzt schon fünf Wochen dauerte, fortzusetzen. Nach sieben Wochen gab die Verwaltung nach: die "gemeinnützige Arbeit" wird nur noch als freiwilliges Arbeitsangebot praktiziert und der "Lohn" von einer auf zwei Mark erhöht. Zu dem Treffen, das für denselben Abend geplant war, kamen dann nur noch sieben Flüchtlinge. Diese Aktion zeigt sowohl den realen Druck, den die Einkommensforderungen der Flüchtlinge darstellen, als auch die Grenzen von Kämpfen als "Flüchtlinge":

Anfang der 80er Jahre hatte der Staat versucht, die Zwangsarbeit durch erste Versuche mit Asylbewerbern massenhaft gegen die Sozi-EmpfängerInnen einzusetzen. Außerdem versuchte er, die Einkommensansprüche der Asylbewerber vom üblichen Sozialhilfeniveau abzukoppeln, indem ihnen die Sozialhilfe in der sozialpolitischen "Operation 83" generell um 20% gekürzt wurde. Beide Versuche haben sich so nicht durchsetzen lassen. Die Sozialhilfekürzung war mit dem "niedrigeren Anspruchsniveau in den Herkunftsländern" begründet worden. Bei allen Kontakten haben wir mitgekriegt, daß die Flüchtlinge sich von dieser Argumentation nicht im mindesten beeindruckt lassen. Sie kommen schon mit dem klaren Bewußtsein und der Erwartung hierher, in der sozialstaatlichen Metropole ein besseres Leben zu finden, und beanspruchen für sich sofort ein Konsumniveau, das den hiesigen Verhältnissen entspricht. Und sie sind auch nicht bereit, aus lauter Dankbarkeit über das bißchen Geld ihre Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen. Die Zwangsarbeit scheiterte schließlich daran, daß auch die rassistische Spaltung nicht im notwendigen Ausmaß funktionierte. Die Ausweitung des Programms führte zu einer Homogenisierung zwischen den verschiedenen Ausbildungsniveaus, Jungen und Alten, Deutschen und Ausländern, die sich alle gegen diese Arbeit richteten. Aufgrund des Scheiterns der 20%igen Kürzung für Asylbewerber und der Ausweitung der Zwangsarbeit sollen jetzt die Einkommensansprüche der Flüchtlinge ganz aus der Sozialhilfe herausge-

nommen und gesondert geregelt werden. Solche Verschiebungen auf der sozialstaatlichen und gesetzlichen Ebene sind aber nicht einfach Projekte des Klassenkampfes von oben. Wir müssen sie entschlüsseln als Antworten auf den Druck von unten, also auch hier einen "Arbeiterstandpunkt" entwickeln, der von dem realen Kampfverhältnis ausgeht. Ansonsten laufen wir ständig Gefahr, uns selbst sozialarbeiterisch auf die "Opfer" der staatlichen Projekte zu beziehen oder stellvertretend für sie zu handeln.

Die Grenzen solcher kollektiven Aktionen liegen darin, daß sie sich nur daran vereinheitlichen, weil der Staat alle zu "Asylanten" macht und den gleichen Bedingungen unterwirft. Sind diese Bedingungen (z.B. Zwangsarbeit) durch den gemeinsamen Kampf abgeschafft, treten die Unterschiede voll heraus. "Flüchtling" ist kein homogenisierender Begriff; niemand betrachtet sich selbst in erster Linie als "Flüchtling". Die Flucht oder Auswanderung ist in der Regel ein sehr individueller Schritt, auch wenn er durch soziale Zusammenhänge ermöglicht wird. Dementsprechend individuell sind auch die Perspektiven hier. Gerade aus den überseeischen Regionen gelangen aufgrund der finanziellen und technischen Probleme bei der Einreise eher Leute aus dem Mittelstand hierher, die auf ihr politisches Asyl pochen. Unter diesen Bedingungen gerät der "thematische" Bezug auf Flüchtlinge immer wieder in Gegensatz zur theoretisch daran geknüpften Suche nach einer neuen revolutionären Subjektivität.

Über die "offiziellen Asylkanäle" - z.B. den Flüchtlingsrat, in dem die professionell mit dem Problem Befassten sitzen - erfuhren wir von der anstehenden Abschiebung von zwei Sikh-Familien. Wir besuchten sie und stellten fest, daß sie von sich aus zu sehr viel mehr bereit waren, als dem von Sozialarbeitern praktizierten Abwarten und Hoffen auf die guten Kontakte zum Ausländeramt. Sie warteten gewissermaßen nur auf ein Startzeichen von uns - auf diese Weise entstand ziemlich schnell und ohne große Vorüberlegung eine Aktion vor dem Rathaus. Außerdem beschlossen sie, in den Hungerstreik zu treten. Zunächst mal war es eine spannende Dynamik. Erst bei der Aktion wurde uns deutlich, in welchem Maße sie aus ihrem religiös-politischen Zusammenhang mobilisieren konnten. Es kam schnell zu einem ersten Erfolg: die Abschiebung der zwei Familien wurde zurückgestellt und soll erneut geprüft werden. Die Sikhs weiteten daraufhin die Forderung auf andere Sikhs in den Abschiebeknästen aus. Sie setzten ihren Hungerstreik in Düsseldorf vor dem Innenministerium fort, um einen generellen Abschiebestop für Sikhs in NRW zu erreichen. Wir machten dann während des Hungerstreiks noch mehrere gemeinsame Aktionen: Besetzung des SPD-Bezirksbüros in Düsseldorf, Kundgebung vor dem Abschiebeknast in Opladen, Aktion im Leverkusener Ausländeramt, Demo in Düsseldorf, zu der sie über 100 Sikhs mobilisierten - und Verhandlungen mit dem Innenministerium und Regierungspräsidenten. Ein Abschiebestop wurde nicht erreicht, es konnten aber noch mehrere geplante Abschiebungen durch die Aktionen verhindert werden.

standen wir bei den gemeinsamen Aktionen immer wieder ungewollt auch für die religiöse Organisation der Sikhs und ihre Forderung nach dem eigenen Staat Khalistan auf der Straße. Durch die Unterstützung einzelner Flüchtlinge waren wir in die Zusammenarbeit mit einer Organisation reingerutscht, mit der wir nicht zusammenarbeiten wollten. Die Sikh-Bewegung in Indien wird von einer wohlhabenden Bourgeoisie angeführt. Unsere Versuche, genauer mit den Sikhs über ihre Vorstellung von Khalistan, ihre Politik in Indien und im Ausland, über soziale Frage, Klassenkampf und Internationalismus zu diskutieren, brachte kaum eine Klärung oder Annäherung der Standpunkte. Und nachdem die gemeinsame Aktionsphase vorbei war, traten die verschiedenen Interessen wieder deutlicher zutage. Die Funktionäre der Sikhs stellten ihren religiösen Nationalismus wieder über die allgemeine Frage von Flüchtlingspolitik und wählten dementsprechend die "Fälle" aus: nachdem ein genereller Abschiebestop nicht durchsetzbar sei, sollten jetzt vor allem Aktionen gegen die Abschiebung von bestimmten Sikhs, die für die Organisation wichtig sind, gemacht werden.

Durch den konkreten Bezug auf die Sikhs haben wir uns selbst wieder auf die Argumentationen des politischen Asyls eingelassen, ohne die weitergehende Orientierung - Grenzen auf, keine Abschiebungen, freies Aufenthaltsrecht für alle Flüchtlinge - wirksam vermitteln zu können. Die Aktionsformen bekamen zum Teil appellativen Charakter oder führten zu Verhandlungen mit den Gegnern der Flüchtlinge.

Es klappte eine enorme Lücke zwischen der globalen Analyse einer neuen internationalen Klassensubjektivität und der Beschreibung der BRD-Realität aus der Optik des Staates: Verwaltung, Behandlung, Unterdrückung, Abschiebung... - die Flüchtlinge kamen hier als handelnde Subjekte gar nicht vor. Die Initiativen machten sich auf die Suche nach dem unterdrückten Flüchtling, nicht nach dem (Klassen-)Kampf um Einkommen - und übersahen so manchen Flüchtling in ihrem Alltag, bei der Arbeit. Sie gingen von einer definierten Gruppe aus und blieben dabei an der staatlichen Definition Asylant kleben. Die "Ausweitung des Flüchtlingsbegriffs" fand nur theoretisch statt.

Um Kontakte zu Flüchtlingen zu bekommen, wurde (trotz aller Abgrenzung) immer wieder auf die karitativen und halb-öffentlichen Institutionen des Asyls zurückgegriffen. Hier gab es Informationen und Anknüpfungspunkte. Bei diesen Institutionen hat aber bereits eine Selektion im Sinne des "politisch aktiven und verfolgten Flüchtlings" stattgefunden. Sie klammern die Einkommensforderung als Triebkraft für die "Flucht" bewußt aus, um die Asylforderung in der Öffentlichkeit besser darstellen zu können (oder Originalton: "die Fälle verkaufen zu können"). Wer sich "auf die Seite der Wirtschaftsflüchtlinge stellen" will, wird sie auf diesem Weg kaum finden. Schwierigkeiten gab es in dieser Hinsicht auch mit linken ausländischen Organisationen: sie lehnen Forderungen, die über das politische Asyl hinausgehen, ebenfalls ab, da die "Wirtschaftsflüchtlinge" nur ihr eigenes gutes Leben im Kopf haben und damit die Bedingungen für die verfolgten GenossInnen hier erschweren. Und

Die Unterstützung von Sikhs gegen ihre Abschiebung

Die bisher angesprochenen Probleme und Widersprüche haben sich dann bei weiteren Aktionen verdichtet. Wir wollten direkt gegen Abschiebungen vorgehen, da dies immer noch die massivste und oft brutalste Praxis des Staates ist, sich die Einkommensansprüche vom Hals zu schaffen.

Die ganze Kampagne blieb für uns jedoch sehr widersprüchlich. Einerseits waren die Sikhs durchaus bereit, allgemein über die BRD-Flüchtlingspolitik zu diskutieren, mit Flüchtlingen aus anderen Ländern zusammenzuarbeiten und unabhängig von ihrer Ideologie Bündnisse einzugehen. So fuhren sie z.B. mit uns nach Bochum zu einer Demo, um den Hungerstreik von iranischen Flüchtlingen gegen die Lagerunterbringung zu unterstützen, oder sie solidarisierten sich mit einem Hungerstreik, den türkische Genossen aus Solidarität mit hungerstreikenden Gefangenen in türkischen Knästen durchführten. Andererseits

Fehler ...

In ähnliche Widersprüche sind auch andere Flüchtlingsinitiativen geraten. Die an die weltweiten Flüchtlingsbewegungen und Einkommensforderungen geknüpften revolutionstheoretischen Hoffnungen wurden in der eigenen Praxis und Erfahrung mit Flüchtlingen hier ständig enttäuscht. Diese Enttäuschungen waren durch eine widersprüchliche Herangehensweise teilweise vorprogrammiert: zum einen suchten wir auf falschen Wegen Kontakte, zum anderen war schon die Sichtweise, mit der wir die Flüchtlingsfrage angingen, verkehrt.

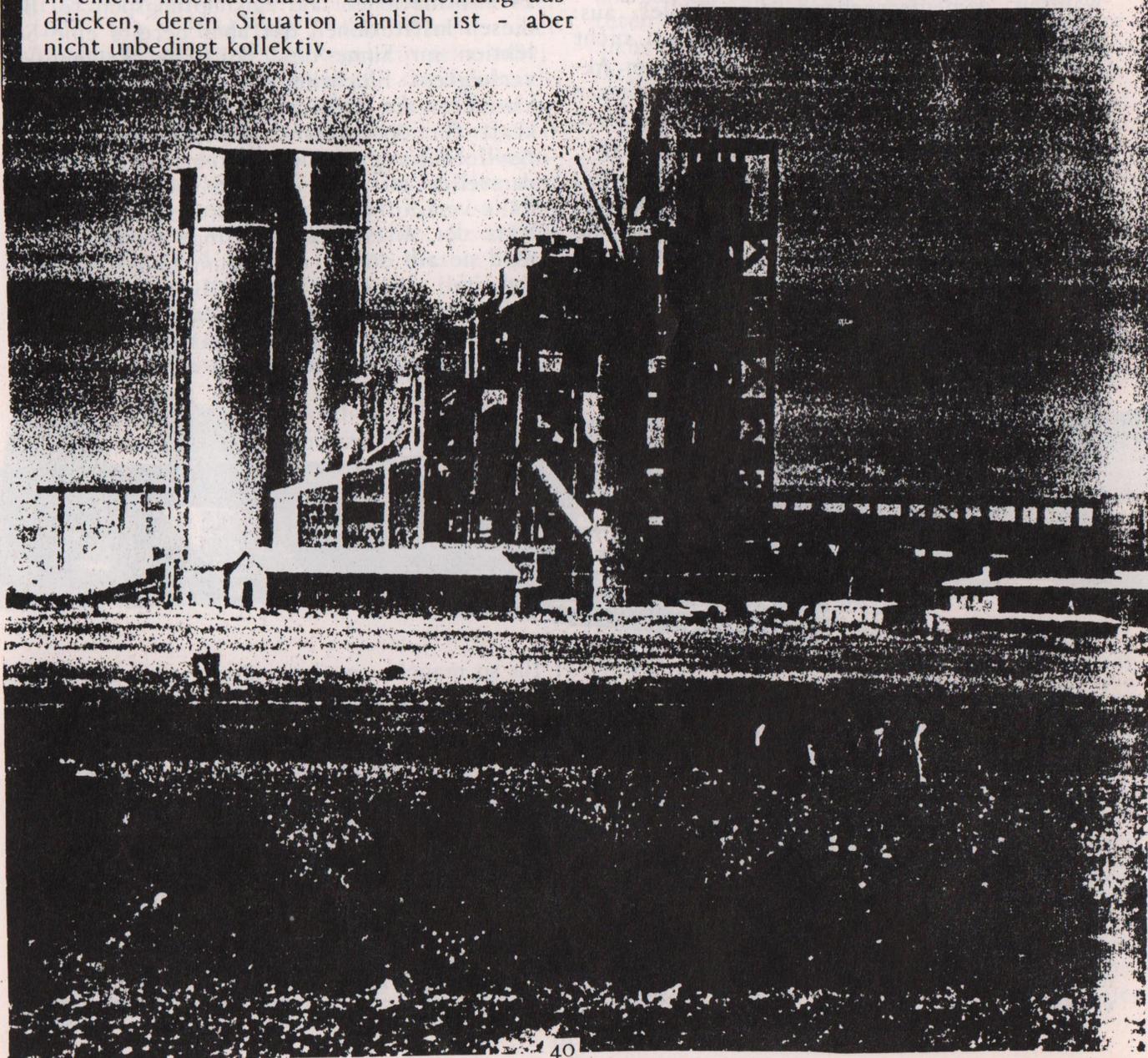
für so manche revolutionäre Organisation, mit der man große Debatten führen und über den Klassenkampf in ihrem Land diskutieren kann, ist es überhaupt kein Thema, wie ihre GenossInnen hier ausgebeutet werden und wie sie da kämpfen können. Das Einkommen ist Privatsache und hat mit der Organisation nichts zu tun.

Durch diese Schwierigkeiten in der Praxis gerieten die Initiativen in die Fallstricke eines "positiven Rassismus" und verhedderten sich in Sozialarbeit. Aus mehrfachen Enttäuschungen darüber, die "falschen Flüchtlinge" getroffen zu haben: die tamilischen Lehrer, indischen

Kaufleute, afrikanischen Ärzte oder iranischen Monarchisten... zogen einige Initiativen die Konsequenz, auf die praktische Zusammenarbeit mit Flüchtlingen zu verzichten und nur noch autonome Politik zur Flüchtlingsfrage zu machen: Aktionen gegen Verwaltungsinstitutionen, gegen Ausbeutung und Abschiebung von Flüchtlingen.

Die Lösung des Widerspruchs zwischen den in aller Regel individualistischen Fluchtbewegungen und der Hoffnung auf Kämpfe in diesem Bereich stellt sich zunächst einmal als Untersuchungsaufgabe: Wie entwickeln sich Kämpfe mit neuer Sprengkraft aus den Bewegungen vieler Einzelner, die in der überwiegenden Mehrheit tatsächlich Einkommensforderungen in einem internationalen Zusammenhang ausdrücken, deren Situation ähnlich ist - aber nicht unbedingt kollektiv.

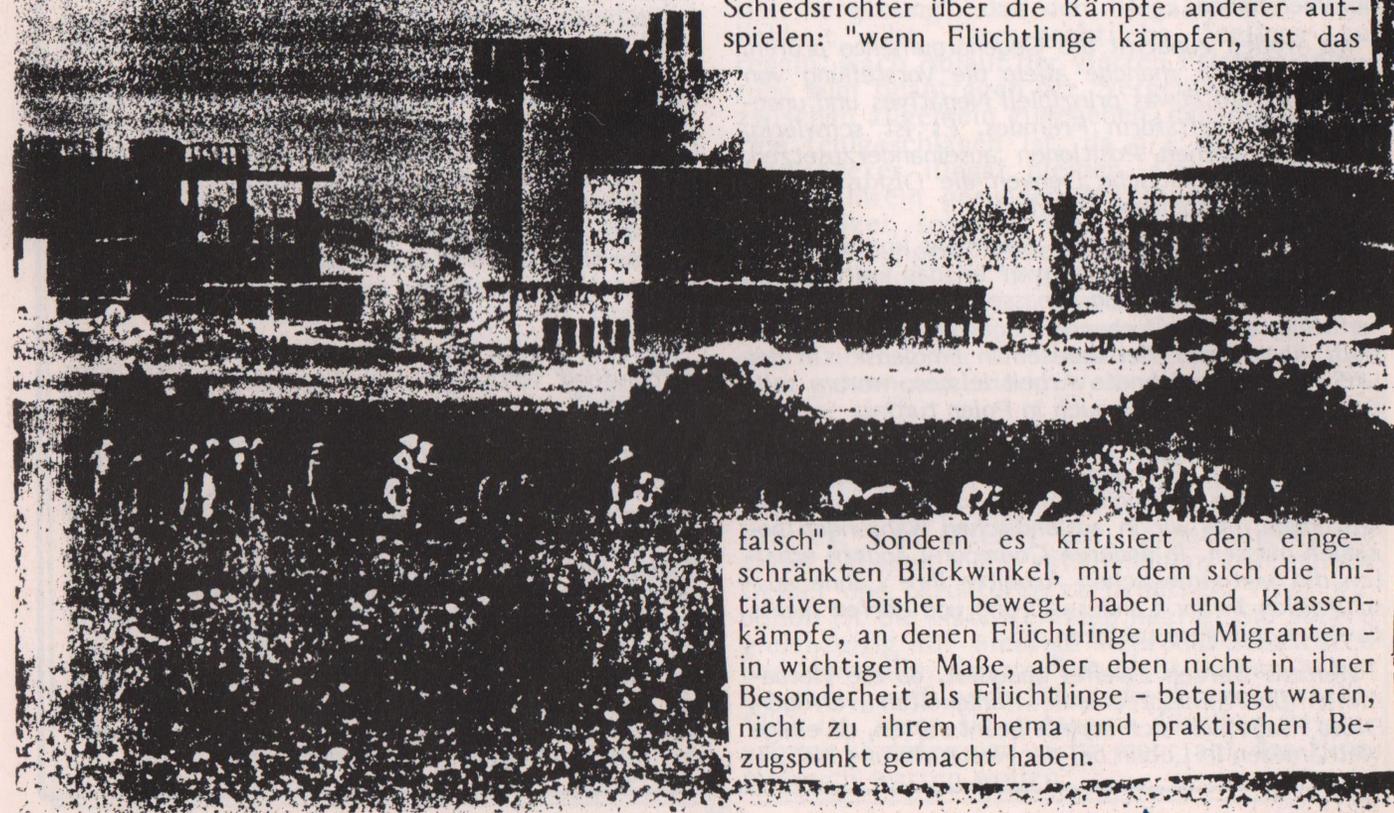
Historisch gesehen funktioniert Migration in der ersten Phase immer als Zerstörung der alten Klassenzusammensetzung: die Einwanderer in den USA galten lange als angepaßt und unorganisierbar; die Italiener und Türken in den Automobilfabriken der BRD waren bei den alten Arbeiterkadern verhaßt, weil sie die Akkorde hochtrieben und durch ihr Verhalten die Arbeitsintensivierung ermöglichten. Aber langfristig gingen von den proletarischen Wanderungsbewegungen oft sehr explosive Neuzusammensetzungsprozesse aus.



... und mögliche Konsequenzen

In dieser langfristigen Hoffnung auf einen revolutionären Auftrieb in der Arbeiterklasse liegt für uns die Begründung für eine politische Arbeit mit Flüchtlingen: um die neuen Brüche in der kapitalistischen Verwertung mitzukriegen, sie aus der Subjektivität einer neuen Klassensituation heraus zu kapiern und selbst aktiver Teil darin zu sein. Migration wird darin ein wichtiges Element sein, neben anderen: das massenhafte Auftreten einer neuen weiblichen Arbeitskraft; die neuen Verhaltensweisen der Jugendlichen gegenüber der Arbeit, sei es auf der Straße oder in den technologisch umstrukturierten Fabriken.

Voraussetzung für eine Zusammenarbeit mit Flüchtlingen in diesem Sinn ist allerdings, daß wir uns eigenständige Zugänge schaffen: im Alltag, bei der Arbeit. Wir müssen überhaupt erstmal mitkriegen, wie und wo die hier lebenden Einwanderer ausgebeutet werden, legal oder illegal, wie sie ihre Einkommensforderungen gegen Staat und Kapital durchsetzen oder auch, welche Rolle sie bei Kämpfen wie am 1. Mai in Kreuzberg oder in Rheinhausen spielen. Mit einer solchen Herangehensweise



könnte dann auch die Abgrenzung zwischen Flüchtlingen und Arbeitsmigranten durchbrochen werden. Damit wollen wir keineswegs theoretisch die Einheit beschwören und reale Unterschiede zwischen verschiedenen Flüchtlings- und Migrantengruppen leugnen. Es geht darum, die staatlich-juristischen Kategorien durch eine eigene materialistische Herangehensweisen ersetzen.

Ein solches Untersuchungsprojekt kann nicht die Attraktivität kurzfristiger Aktionen und Erfolge anbieten. Und es sprengt sicher den Rahmen einer Teilbereichs-Flüchtlingsinitiative - aber genau das ist notwendig. Ursprünglich sollte die Kampagne der Flüchtlingsinitiativen zur Entwicklung der revolutionären Debatte beitragen (Diskussion über proletarischen Internationalismus, Rolle der Befreiungsbewegungen usw.). Dies ist kaum gelungen. Im Flüchtlingsbegriff, dem Starren auf die Flüchtlinge als besondere Gruppe und Hoffen auf deren Organisation, war die Sozialarbeit schon angelegt.

Kämpfe entwickeln sich durch die Auflösung und Zersetzung von Spaltungen. "Flüchtlingskämpfe" sind damit immer in Gefahr, sich in der eigenen Abspaltung festzurennen, wenn es nicht zu Verbindungen und einem Zirkulieren der Kämpfe kommt, in denen sich die Flüchtlinge als besonderer (und abgesonderter) Teil der Klasse aufheben. Das kann nicht so verstanden werden, daß sich linke Gruppen als Schiedsrichter über die Kämpfe anderer aufspielen: "wenn Flüchtlinge kämpfen, ist das

falsch". Sondern es kritisiert den eingeschränkten Blickwinkel, mit dem sich die Initiativen bisher bewegt haben und Klassenkämpfe, an denen Flüchtlinge und Migranten - in wichtigem Maße, aber eben nicht in ihrer Besonderheit als Flüchtlinge - beteiligt waren, nicht zu ihrem Thema und praktischen Bezugspunkt gemacht haben.

Vietnamesen nach Polen?

(Das Folgende ist die Zusammenfassung eines Artikels aus der polnischen Wochenzeitschrift POLITYKA, vom 23. März 1987. Die deutsche Übersetzung basiert auf einer englischen in der International Labour Revue.)



"Während meines letzten Aufenthalts in Vietnam hatte ich Gelegenheit, die Arbeitsmarktsituation des Landes zu untersuchen. Nach den offiziellen Daten des Jugendinstituts der Sozialistischen Republik Vietnam sind etwa zwei Millionen Menschen arbeitslos (inoffizielle Schätzungen liegen sehr viel höher). Angesichts des hohen Bevölkerungswachstums und der ökonomischen Schwierigkeiten des Landes ist es sehr unwahrscheinlich, daß sich das Problem der Arbeitslosigkeit innerhalb der nächsten Jahre leicht lösen läßt. Daher unterstützen die vietnamesischen Behörden in dieser Situation jede Form des Arbeitskraftexports in Comecon-Länder.

Zusammen mit Kuba ist Vietnam die Hauptquelle überschüssiger Arbeit im Comecon. Es ist daher eine vernünftige Überlegung, daß diese Überschüsse von Ländern wie Polen genutzt werden, die von Engpässen auf dem Arbeitsmarkt betroffen sind.

In den Comecon-Ländern befinden sich bereits etwa 200 000 vietnamesische Arbeitskräfte. Sie werden in der UdSSR (hauptsächlich im Baugewerbe), in der Tschechoslowakei, Bulgarien und der Deutschen Demokratischen Republik beschäftigt. Die DDR wird die Beschäftigung von Vietnamesen dieses Jahr um weitere 17 000 Personen erhöhen. Die Tschechoslowakei hat um einige tausend zusätzliche Arbeitskräfte nachgefragt. Wir sind die einzigen, die diese Chance bisher nicht wahrgenommen haben.

Wir wollen zunächst die Gegenargumente prüfen. Erstens ist für manche allein die Vorstellung von Gastarbeitern etwas prinzipiell Negatives und unserer Gesellschaftsform Fremdes. Es ist schwierig, sich mit solchen Positionen auseinanderzusetzen, weil das schematische Denken die Diskussion der eigentlichen Probleme blockiert.

Zweitens wird sicher das Argument kommen, daß sich die Menschen nur schwer an das kalte Klima und die neue Umgebung anpassen werden, da sie unter völlig anderen Lebensbedingungen aufgewachsen sind. Aber wenn Vietnamesen in Smolensk (in der UdSSR) ausgezeichnete Arbeit leisten, warum sollten sie das dann nicht auch in Polen tun? ...

Drittens sei es sehr teuer für uns. Aber das ist ein Mißverständnis. Es handelt sich hier um die direkte Beschäftigung und nicht um den Import von Dienstleistungen, die wir in ausländischen Währungen bezahlen müssen. In anderen Comecon-Ländern erhalten die vietnamesischen Arbeiter ihre Löhne ausschließlich in der Landeswährung und dürfen nichts davon nach Hause schicken.

Viertens werden Zweifel geäußert, ob die Vietnamesen über entsprechende Fähigkeiten verfügen. Diese Frage läßt sich bereits beantworten, da einige Vietnamesen in Lublin bei der Restaurierung histori-

scher Gebäude arbeiten. Es stellte sich heraus, daß die vietnamesischen Arbeiter nach einer dreimonatigen Einarbeitungsphase mit unseren Arbeitern mithalten und im allgemeinen über einen sehr pflichtbewußten Charakter verfügen.

Ohne jedes Risiko können 2-300 000 vietnamesische Arbeiter in dieses Land importiert werden. Sie könnten vorrangig in solchen Bereichen arbeiten, in denen keine besonderen Fähigkeiten erforderlich sind und in denen wir am stärksten vom Mangel an Arbeit (Kraft) betroffen sind. Solche Bereiche sind die kommunalen Dienstleistungen, das Baugewerbe, Textil- und selbst Schwerindustrie und der Bergbau. Meiner Ansicht nach würde eine Spritze von einigen 100 000 zusätzlichen Arbeitern mit relativ geringen Ansprüchen und der Bereitschaft, jeden Job anzunehmen, bedeutsam zur Lösung der Probleme in diesen Branchen beitragen.

Vor allem würden wir schließlich zu einem normalen Arbeitsmarkt kommen, der uns die Durchführung einer vernünftigen Politik ermöglicht. Unabhängig davon könnten ausländische Arbeiter vorwiegend in den Bereichen beschäftigt werden, in denen die Arbeit als nicht besonders attraktiv gilt. Die Erfahrungen in anderen Comecon-Ländern deuten darauf hin, daß die vietnamesischen Arbeiter mit den ihrem Ausbildungsgrad entsprechenden Löhnen zufrieden sind. Entsprechend der vietnamesischen Gesetze reisen sie ohne ihre Familien ein. Es ist daher nicht nötig, ihnen Familien-Beihilfen zu zahlen, und sie können in Arbeiterwohnheimen usw. untergebracht werden. Für sie bedeutet schon die bloße Tatsache, daß sie einen Arbeitsplatz außerhalb ihres Landes bekommen, ein berufliches Vorwärtkommen. Ihre Bedürfnisse und Ansprüche sind in der Regel sehr viel eingeschränkter als die der polnischen Arbeiter. Die vietnamesischen Arbeiter werden nicht die Wartelisten für Wohnungen verlängern. Im Gegenteil, sie werden diese Wohnungen bauen.

Das hier entworfene Bild vom Import einiger hunderttausend vietnamesischer Arbeiter (und möglicherweise auch kubanischer Arbeiter usw.) nach Polen ist keine Utopie. Es ist eine realistische Möglichkeit. Wenn wir zu langem warten, werden natürlich andere Länder sie zuerst bekommen. Wir sollten versuchen, diese Möglichkeit zu nutzen. Vor einiger Zeit erreichte Westeuropa sehr viel, indem es Millionen von ausländischen Arbeitern importierte. Heute steht Westeuropa dadurch natürlich vor einigen Problemen. Aber diese Länder können ohne sie heute nicht mehr überleben. Wir gehen ein sehr viel geringeres Risiko ein, da wir die Gastarbeiter nicht auf Dauer, sondern nur für eine sogenannte Kontrakt-Phase importieren (was auch durch die vietnamesischen Regelungen abgedeckt ist)."



DIE FARBE DER AUSBEUTUNG

Das folgende ist die leicht gekürzte Übersetzung eines Artikels aus der römischen Zeitschrift Zaria, deren letzte Nummer sich schwerpunktmäßig mit Maloche, Jobbern und neuen Technologien beschäftigt. Außerdem sind Artikel drin zum Militärdienst, zur Sexualität und zu den Klassenkämpfen in Südkorea. Wer hinschreiben will: Zaria c/o Circolo culturale Valerio Verbano; p.za dell'Immacolata, 28/29 I 00185 Roma.

Über die Prekären reden, heißt über die Schattenwirtschaft reden. Ein magisches Wort, das sich in den Federn der Journalisten, die vom zweiten italienischen Wirtschaftswunder schwärmen, unmittelbar mit dem Begriff "Vitalität" verbindet; für die Proletarier jedoch ohne jede Suggestion mit der Realität der Schwarzarbeit. Was wir hier beschreiben wollen, ist schwarz, braun, gelb und auch weiß - wie die Hautfarben der ausländischen Arbeiter, die aus der Dritten Welt eingewandert sind. In Rom sind es nach Angaben der Behörden ca. 200 000, aber das Phänomen gibt es in allen großen Städten und darüber hinaus. 31% kommen aus den afrikanischen Ländern des Mittelmeerraums, 24% aus den anderen afrikanischen Ländern, 15% von den Philippinen, 15% aus dem übrigen Asien und weitere 15% aus anderen Ländern. Nicht wenige Polen z.B. finden nach ihrer Flucht aus der Hölle des realen Sozialismus beim Windschutzscheibenputzen an der roten Ampel ihre Ecke im westlichen Paradies.

Uns interessiert hier allerdings weniger ihre geografische Herkunft als ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt. Eine Schätzung ist schwierig, aber die Zahl von 1 200 000 ausländischen Arbeitern dürfte der Wahrheit ziemlich nahe kommen, und die Zahlen steigen ständig an: nach Angaben der Caritas kommen jeden Tag 100 illegale Einwanderer nach Rom. Von den 1 200 000 haben nur 450 000 eine reguläre Aufenthaltserlaubnis, d.h. 750 000 sind Illegale, die ihre Arbeitskraft billig anbieten oder auf der Straße Kunstgegenstände, Feuerzeuge, Taschentücher usw. verkaufen. Ihr Bildungsgrad ist sehr hoch; nach einer Untersuchung der Statistischen Fakultät der Uni haben 36,5% Abitur oder Hochschulabschluß; zählt man die mit Berufsausbildung oder Real-schulabschluß hinzu, sind es 82%. Wenn wir die Stellung dieser Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt verstehen wollen, müssen wir zuerst mit dem Gemeinplatz aufräumen, der gewöhnlich der rassistischen Idiotie von "den Ausländern, die uns die Arbeitsplätze wegnehmen" entgegengesetzt wird; daß nämlich die Arbeitsimmigranten die Stellen besetzen, die von "unseren" Arbeitern gemieden werden, weil sie sich nicht den wenig lohnenden und zu mühsamen Jobs mit wenig Prestige unterwerfen wollen.

Es stimmt zwar, daß wir an der Ampel fast nur Polen oder Afrikaner treffen, die die Windschutzscheiben wischen, aber trotzdem

gibt es dort genug Italiener, die den nicht beneidenswerten Beruf des Zeitungs- oder Blumenverkäufers ausüben. Im Tagelöhnerbereich, vor allem auf dem Land, konkurrieren sie mit der ortsansässigen vorwiegend weiblichen Arbeitskraft; wenn die Frauen 50% des Tariflohns verdienen, so bekommen die Einwanderer für die gleiche Arbeit noch weniger. Dies gilt genauso für die Baustellen und die Restaurants, wo am meisten ausländische Arbeitskraft vernutzt wird. Höchstens bei den Mithelfenden Familienangehörigen und Hausangestellten stimmt es, daß diese Arbeit von den Einheimischen "verweigert" wird, aber auch hier können wir das nicht absolut behaupten.

In einem Bereich, in dem die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist und es gleichzeitig eine starke Nachfrage nach Schwarzarbeit gibt, ist die Anwesenheit von illegalen ausländischen Arbeitern für die Unternehmer ein nützliches Erpressungsmittel gegenüber der gesamten Arbeiterklasse.

Nun hat der Staat ein Gesetz gemacht: das Gesetz Nr.943 vom 27.1.87, genannt "Operation Vergebung", das den Illegalen die Möglichkeit gibt, ihre rechtliche Stellung zu regeln. Nach Ablauf der vierten Fristverlängerung zum Beantragen der "Vergbung" wird inzwischen allgemein zugegeben, daß die Operation fehlgeschlagen ist, da 3/4 der illegalen Einwanderer illegal bleiben. Das liegt nicht nur an ihrem gesunden Mißtrauen gegenüber der Polizei, sondern weil ihnen klar ist, daß sie den einzigen "Vorteil", den sie haben, verspielen, wenn sie "legal" werden. Seit Erlaß des Gesetzes Nr.943 verlangt der Schwarzmarkt Arbeitskräfte, die nach dem 27.1.87, dem Stichtag für die Legalisierung, nach Italien gekommen sind, weil sie stärker erpreßbar sind.

Die einzigen, die sich in diesem desolaten Rahmen noch auf irgendeine Art mit den Bedingungen der Ausländer beschäftigen, sind die Pfarrer, jene Meister der Nächstenliebe, die es im Übrigen nicht verschmähen, öffentliche Gelder und Strukturen zu benutzen. Aber wie üblich ist die Nächstenliebe haarig: Sie sorgen gleichzeitig für niedrige Reproduktionskosten und Kontrolle, denn selbst nicht dumm, haben sie sich gewiß auch schon die Frage gestellt: "Was ist, wenn sie anfangen, für ihre Befreiung zu kämpfen und nicht mehr auf das Himmelreich warten wollen?"

Material zur europäischen Migration

(zusammengezogen aus: J. Widgren, International Migration - New Challenges to Europe; ein Arbeitspapier für die "Dritte Konferenz der für Migration zuständigen europäischen Minister" im Mai 1987; plus eigene Thesen)

Der Autor charakterisiert die aktuelle Situation in vier Punkten:

1. Trotz der wirtschaftlichen Erholung bleibt die Arbeitslosigkeit hoch.
2. Die Internationalisierung der nationalen Gesellschaften geht weiter bei gleichzeitigem Auftauchen von Fremdenhaß.
3. Die europäische Integration verstärkt sich ökonomisch und politisch.
4. Der Einwanderungsdruck aus der dritten Welt wächst weiter.

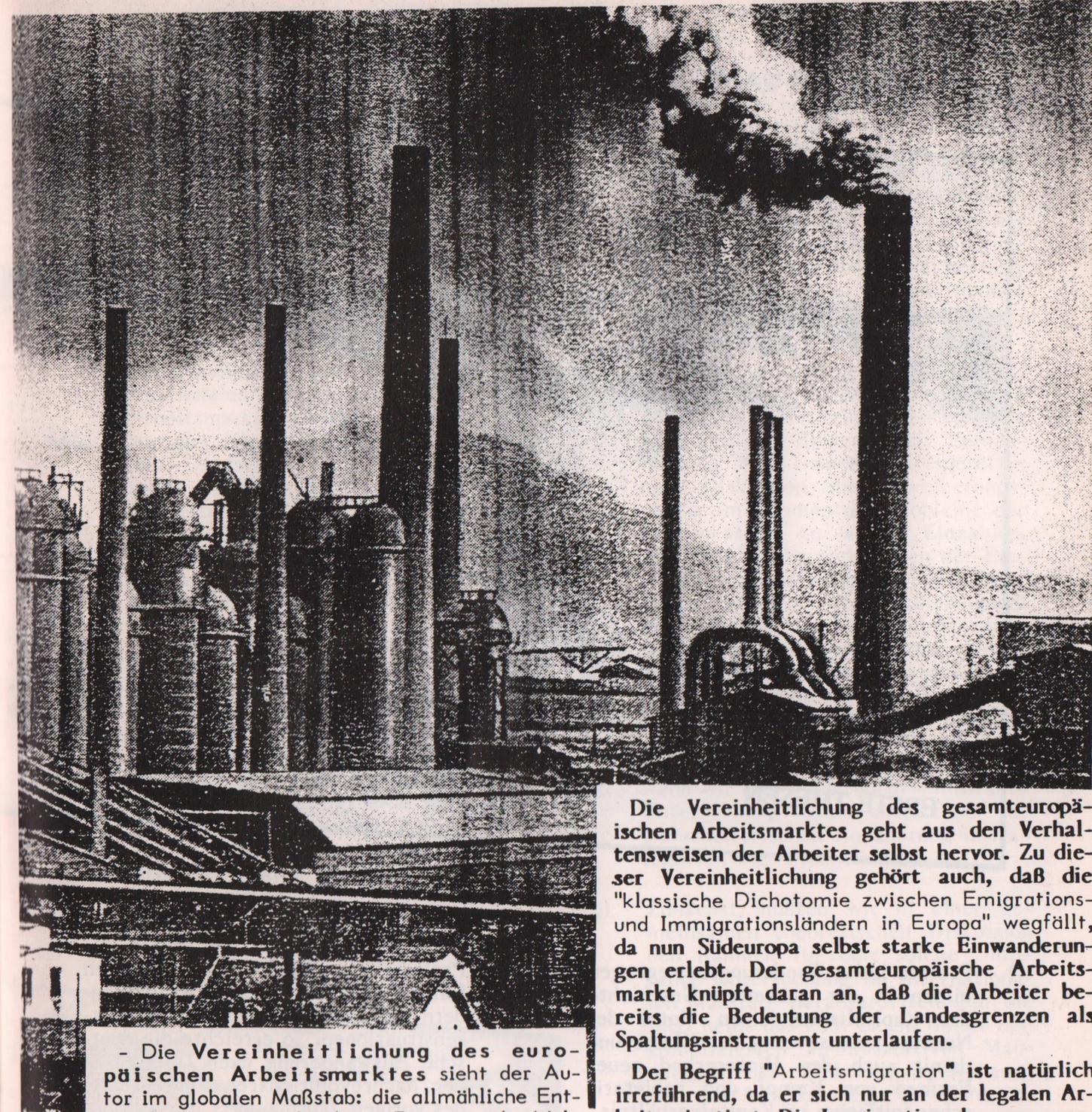
Ursachen und geschichtliche Entwicklung:

- Die "Gastarbeiter" der 60er Jahre sollten auf ein paar Jahre angeworben werden und dann in ihr Heimatland zurückkehren. Über die **Rotation** sollte die "Akklimationierung und damit verbundene Steigerung der Erwartungshaltung" verhindert werden. Aber das funktioniert schon in der zyklischen Zwischenkrise 1966/67 nicht mehr so: bei vorübergehend rückläufiger Zahl der ausländischen Arbeitskräfte wächst die ausländische Wohnbevölkerung weiter an. Der Zusammenbruch dieser Rotation war ein Moment der neuen Kämpfe.

- Nach der **Energiekrise** geht die **offizielle Arbeitsmigration in die wichtigsten europäischen Länder bedeutsam zurück**: von 800 000 in 1973 auf etwa 200 000 in 1978. Allein 1974/75 kehren 600 000 Arbeiter nach Südeuropa zurück. Die Gesamtzahl der ausländischen Arbeiter fällt von 7,5 Millionen in 1974 auf 6,3 Millionen zu Beginn 1976. Dadurch und durch die anhaltende Wirtschaftskrise wird aber nicht die Einwanderung als solche aufgehoben. Im Gegenteil, **eine dritte Phase europäischer Migration beginnt** (erste Phase: bis zum ersten Weltkrieg, zweite Phase während und nach dem zweiten Weltkrieg). Die durchschnittliche jährliche Einwanderung betrug für Frankreich und die BRD zusammengenommen in der Phase 1964-73 ca. 1 Million, in der Phase 1973-82 650 000. Dieser Rückgang ist geringer als der gleichzeitige Rückgang des

BSP-Wachstums (von 5 auf 2,1%). Dadurch verschiebt sich also in erster Linie die Quote der registrierten Arbeitsmigration: in der ersten Phase lag sie bei 20-40%, jetzt bei 15%.

- Die Vorstellung einer dauerhaften **Rückkehr** nach Südeuropa muß zu den Akten gelegt werden. Die 600 000 Rückkehrer nach dem Kriseneinbruch waren ein vorübergehendes Phänomen. Inzwischen geht in allen Ländern die Rückwanderung deutlich zurück (nur in der BRD gab es eine kurzfristige Zunahme der türkischen Rückwanderung 1983-84). Und auch diese Zahlen würden dem Autor zufolge verdecken, daß viele der Rückwanderer nach einiger Zeit erneut in den Norden kommen, "um dann in den selbständigen Sektor einzutreten. Diese Wiedereintritts-Bewegung in den tertiären Sektor der Einwanderungsländer weist auch auf einen Prozeß der **dauerhaften Niederlassung** in Westeuropa hin." Familienzusammenführung und die zweite, im Einwanderungsland aufgewachsene Generation machen alle Ideen von Rückkehr zunichte. Die zukünftige Entwicklung des Verhältnisses zwischen Nord- und Südeuropa sei daher nicht durch endgültige Rückkehr, sondern durch zunehmende "menschliche Integration zwischen den Ländern" gekennzeichnet. Der gegenwärtige Zustand sei bereits von "doppeltem Wohnsitz, doppelter Nationalität und Loyalität" gekennzeichnet. Dies komme nicht nur den Gastarbeitern, sondern auch den Staaten zugute, da sich damit die Perspektive ergäbe, eine Gruppe Arbeitern zu entwickeln, die ihr Leben lang immer mal wieder für einige Zeit pendeln.



Die Vereinheitlichung des gesamteuropäischen Arbeitsmarktes geht aus den Verhaltensweisen der Arbeiter selbst hervor. Zu dieser Vereinheitlichung gehört auch, daß die "klassische Dichotomie zwischen Emigrations- und Immigrationsländern in Europa" wegfällt, da nun Südeuropa selbst starke Einwanderungen erlebt. Der gesamteuropäische Arbeitsmarkt knüpft daran an, daß die Arbeiter bereits die Bedeutung der Landesgrenzen als Spaltungsinstrument unterlaufen.

- Die Vereinheitlichung des europäischen Arbeitsmarktes sieht der Autor im globalen Maßstab: die allmähliche Entwicklung von verschiedenen Regionen der Welt zu Zonen der freien Zirkulation der Arbeit müsse weiter vorangetrieben werden: "Die Gastarbeiter von gestern sind die Pendler von morgen." Der Autor stellt fest, daß die Immigration insgesamt hoch bleibt, sich aber neu zusammensetzt: die Migration aus Süd- nach Nordeuropa ist von dem Spitzenwert von ca. 1 Million jährlich auf heute 100 000 gefallen. Die innereuropäische Migration macht damit nur noch 25% der gesamten Immigration nach Europa aus. Trotzdem bleibt der Druck aus einigen Mittelmeerländern hoch. Seit dem Kriseneinbruch sind 2 bis 3 Millionen von dort ausgewandert.

PROLETARISCHE WANDERUNGSBEWEGUNGEN UND KLASSENKAMPF



ERSTE THESEN

- 1) Proletarische Wanderungsbewegungen bilden in der gesamten Geschichte des Kapitalismus einen Motor der Neuzusammensetzung der Klasse und damit auch den Hintergrund neuer Formen von Kampf und proletarischer Initiative im Kapitalverhältnis.
- 2) Proletarische Wanderungsbewegungen finden statt im Widerspruch zwischen Einkommensansprüchen der Proletarisierten (also eigener Bewegung) und Rekrutierungsstrategien des transnationalen Kapitals. Und gerade so sind auch ihre Wirkungen auf die politischen Neuzusammensetzungsprozesse der Klasse widersprüchlich, sie reichen von Pazifizierung und Spaltung bis zur "Wanderung" neuer Kampf-formen.

- 3) Proletarische Wanderungsbewegungen funktionieren in ihren Ursprungsländern als Ventil in angespannten Klassensituationen. So erreichte die deutsche Auswanderung nach Übersee in der nachrevolutionären Phase Mitte des vorigen Jahrhunderts ihren Höhepunkt und war Bedingung für das Abebben einer revolutionären Klassenbewegung in diesen Jahren. Daß in solchen Phasen gerade die politisch Aktivsten auswanderten bzw. auswandern mußten, trug wiederum stark zur Ausbreitung revolutionärer Ideen und Klassenbewegungen bei (gemeinsame Wurzeln der Wobblies und der IRA, anarchistisches Gedankengut in Deutschland, Italien und USA).

- 4) Die internationalen proletarischen Wanderungsbewegungen nehmen seit Jahrzehnten zu. Da Migration trotz dieser Massenhaftigkeit und der informellen Strukturen, über die sie "sich selbst" organisiert, kein kollektiver, politischer Prozeß ist, sondern individuelle Flucht und Suche nach Einkommen, tauchen die Migranten als Vereinzelte hier auf, isolierte Verkäufer der einzigen Ware, die sie besitzen: Arbeitskraft. Sie sind damit aber bereits Teil eines internationalen Proletariats.

- 5) Die "Asylierung" von Teilen des multinationalen Proletariats war eine Arbeitsmarktstrategie des Kapitals: wo die Hetze zwischen "Itackern" und Deutschen nicht mehr griff, sollte sie durch die Spaltung in Garantierte und Illegale ersetzt werden. Dies gerät in die Krise, wo am Horizont Kämpfe auftauchen, in denen sich auch diese Klassenspaltung wieder aufzuheben droht.

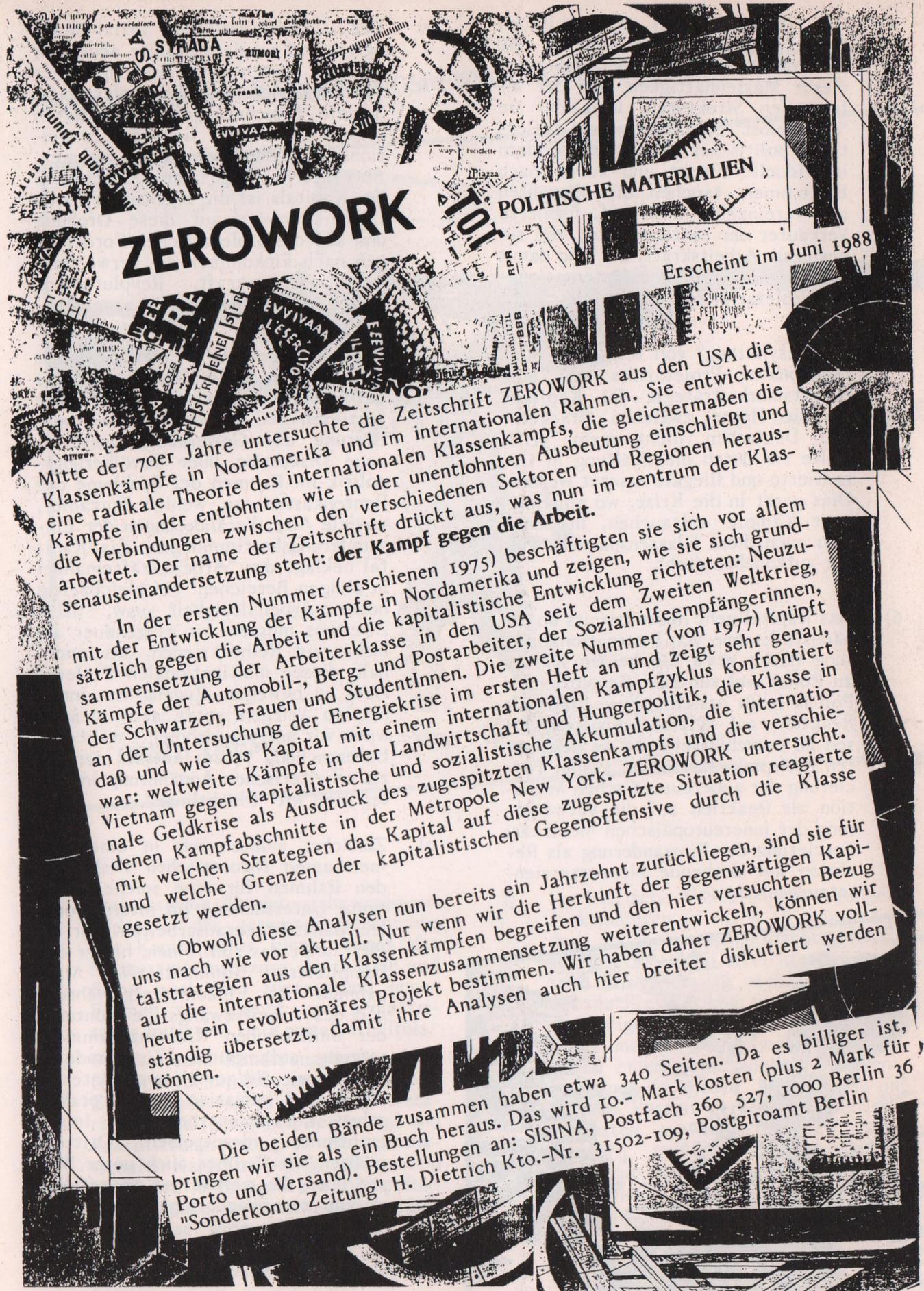
- 6) Das Kapital geht heute bereits an die nächste Etappe von Internationalisierung (siehe etwa die beiden Kästen zu Polen und zur EG). Revolutionäre Politik heißt erstens, diese Pläne als Reaktion auf Klassenverhaltensweisen zu entschlüsseln und zu bekämpfen (Beispiele für solche Pläne: Forcierung der außereuropäischen Migration als Reaktion auf die Verweigerung der innereuropäischen Mobilität; Forcierung der Einwanderung als Reaktion auf drohende Neuzusammensetzungsprozesse).



- 7) Der (imperialistische Sozial-)Staat agiert und reagiert präzise abgestuft auf die potentielle Drohung eines vereint kämpfenden Weltproletariats. Soziale Absicherungen sollen der in diesem Proletariat liegenden revolutionären Drohung die Spitze nehmen. Aber wie in der gesamten Geschichte des Kapitals ist die eigentliche, politische Antwort auf diese Drohung und auf die proletarischen Forderungen nach Einkommen die Verwertung ihrer Arbeitskraft. Revolutionäre Strategie muß hier (gegen) ansetzen.

- 8) Für unsere politische Praxis heißt das zwei Sachen: Wir müssen die Analyse der betreffenden feindlichen Projekte vertiefen (EG-Binnenmarkt; Europäisierung der Gewerkschaftsgesetze; neue Diskussion über Bevölkerungspolitik im Rahmen der Probleme der Rentenkassen: zu wenige Einzahler, zu viele Alte; Veränderungen der Einwanderungsbestimmungen; das Kapital beklagt den "Arbeitskräftemangel in einigen Bereichen" bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit usw. usf.). Zweitens müssen wir es genauer als bisher auf Reihe kriegen, uns innerhalb dieses multinationalen Proletariats zu bewegen. Zugang von innen her zu kriegen setzt aber - auch wenn wir uns wiederholen - militante Untersuchung voraus anstatt der sozialarbeiterischen Annäherung in Kategorien wie "Flüchtlinge".

- 9) Zunächst müßten wir in einer gemeinsamen theoretischen Diskussion den Rahmen für eine solche "militante Untersuchung im internationalen Maßstab" herausarbeiten. Für die BRD heißt das zum einen, hinter den komplizierten administrativen Maßnahmen der Einkommensgewährung und des Arbeitszwangs die Konturen der umfassenden Klassenzusammensetzung aufzuspüren. Zum anderen müssen wir die gemeinsame Untersuchung und Initiative in der praktischen Zusammenarbeit mit ImmigrantInnen vorantreiben. Drittens müßten wir darüber auch unser Wissen über die weltweiten Migrationsströme zusammenbringen und systematisieren.



ZEROWORK

POLITISCHE MATERIALIEN

Erscheint im Juni 1988

Mitte der 70er Jahre untersuchte die Zeitschrift ZEROWORK aus den USA die Klassenkämpfe in Nordamerika und im internationalen Rahmen. Sie entwickelt eine radikale Theorie des internationalen Klassenkampfes, die gleichermaßen die Kämpfe in der entlohnten wie in der unentlohnten Ausbeutung einschließt und die Verbindungen zwischen den verschiedenen Sektoren und Regionen heraus-sen auseinandersetzt. Der Name der Zeitschrift drückt aus, was nun im Zentrum der Klas-senauseinandersetzung steht: **der Kampf gegen die Arbeit.**

In der ersten Nummer (erschienen 1975) beschäftigten sie sich vor allem mit der Entwicklung der Kämpfe in Nordamerika und zeigen, wie sie sich grund-sätzlich gegen die Arbeit und die kapitalistische Entwicklung richteten: Neuzu-sammensetzung der Arbeiterklasse in den USA seit dem Zweiten Weltkrieg, Kämpfe der Automobilen-, Berg- und Postarbeiter, der Sozialhilfeempfängerinnen, der Schwarzen, Frauen und StudentInnen. Die zweite Nummer (von 1977) knüpft an der Untersuchung der Energiekrise im ersten Heft an und zeigt sehr genau, daß und wie das Kapital mit einem internationalen Kampfzyklus konfrontiert war: weltweite Kämpfe in der Landwirtschaft und Hungerpolitik, die Klasse in Vietnam gegen kapitalistische und sozialistische Akkumulation, die internatio-nale Geldkrise als Ausdruck des zugespitzten Klassenkampfes und die verschie-denen Kampfabstände in der Metropole New York. ZEROWORK untersucht mit welchen Strategien das Kapital auf diese zugespitzte Situation reagierte und welche Grenzen der kapitalistischen Gegenoffensive durch die Klasse gesetzt werden.

Obwohl diese Analysen nun bereits ein Jahrzehnt zurückliegen, sind sie für uns nach wie vor aktuell. Nur wenn wir die Herkunft der gegenwärtigen Kapi-talstrategien aus den Klassenkämpfen begreifen und den hier versuchten Bezug auf die internationale Klassenzusammensetzung weiterentwickeln, können wir heute ein revolutionäres Projekt bestimmen. Wir haben daher ZEROWORK voll-ständig übersetzt, damit ihre Analysen auch hier breiter diskutiert werden können.

Die beiden Bände zusammen haben etwa 340 Seiten. Da es billiger ist, bringen wir sie als ein Buch heraus. Das wird 10.- Mark kosten (plus 2 Mark für Porto und Versand). Bestellungen an: SISINA, Postfach 360 527, 1000 Berlin 36 "Sonderkonto Zeitung" H. Dietrich Kto.-Nr. 31502-109, Postgiroamt Berlin



AUSVERKAUF DER ARBEITERMACHT FÜR DIE FLEXIBILISIERUNG

Auch nach dem Aktionstag im letzten Dezember ist die Entwicklung in Rheinhausen und im ganzen Ruhrgebiet widersprüchlich geblieben. Dem Kartell von Gewerkschaft, Kirche und Staat ist es gelungen, den Kampf nach dem Aktionstag immer mehr in ein Medienspektakel zu verwandeln: demonstrierte Rührseligkeit über Weihnachten, Menschenketten als Standbilder und das Stelldichein der Musik-Schickeria im Walzwerk. Auf der anderen Seite bleibt ein für westdeutsche Verhältnisse erstaunliches Niveau eigenständiger und spontaner Handlungsfähigkeit bestehen - auf die leiseste Provokation hin wird mit Streiks und Umzügen reagiert. Und das scheint das Kapital ernsthafter zu treffen. Während das ganze gewerkschaftsamtliche Spektakel problemlos auf werkseigenem Gelände stattfinden kann, reagiert Krupp auf die ständigen Produktionsausfälle nun mit offenen Drohungen.

Auch die Zusammensetzung in den Kämpfen bleibt widersprüchlich. Die jüngeren Arbeiter sind bei vielen Aktionen als erste dabei, sie

sehen es auch nicht ein, sich weiterhin produktiv zu verhalten. In einer Abteilung kam es fast zu Handgreiflichkeiten, weil der Meister gerade jetzt eine besonders hohe Produktivität erzwingen wollte, um seinen Arbeitsplatz zu erhalten. Aber die Auseinandersetzungen, Konflikte und Spaltungen bei einzelnen Aktionen gehorchen keinen einfachen Schemata wie jung-alt, ausländisch-deutsch usw. In den Kämpfen werden sie gerade aufgebrochen; es passieren völlig überraschende Sachen: ein Vorarbeiter, der dir einen Passierschein anbietet, damit du früher abhauen kannst; Radikalität bei Leuten, von denen du es nie erwartet hättest. "Bei dem Kampf gegen die Stillelegung siehst du bei den Aktionen meist die gleichen Leute - sowas wie einen harten Kern. Viele Leute nehmen bei Streiks glatt Urlaub (ist seit Januar möglich) und fahren nach Hause. Diese Leute kommen meist aus dem Hinterland (bis zur holländischen Grenze). Wer aber in Rheinhausen lebt, kann sich kaum entziehen (herrscht auch eine bessere Stimmung in den Arbeitersiedlungen, irgendwie auch

logo!)."(FAU, Direkte Aktion Nr.67 Feb.'88) Auch der auf die Kontrolle des Kampfes bedachte Betriebsrat Steegmann (der nichtsdestoweniger selbst in der Szene als Klassenkämpfer vorgeführt werden kann!) stellt besorgt die Herausbildung eines radikalen Kerns fest: "Ja, es gibt einen kleineren, radikaleren, militanten Teil der Kollegen bei uns, die schon seit Beginn der Auseinandersetzungen mehr verlangen. Härtere Aktionen, mehr Radikalität. Die nicht zufrieden sind mit der Form, wie der Kampf hier organisiert wird in Form von Aktionstagen. ... Dieser Teil der Kollegen wollte von Anfang an den unbefristeten Streik."(FR, 1.2.88)

Auf der anderen Seite haben sich schon mehrere hundert ernsthaft bei Bayer beworben; manche halten sich bei Aktionen zurück, weil sie das Risiko von Lohnabzügen nicht eingehen wollen. Diese Spaltungen in den Aktionen, bei den einzelnen Streiks, sind aber noch keine starren Trennungen, sie werden in kurzfristigen spontanen Aktionen auch wieder

durchbrochen oder verschoben sich. Die Entstehung und das Zirkulieren einzelner Aktionen im Betrieb läßt sich nicht von der jeweiligen Arbeitsorganisation trennen. So fiel zum Beispiel eine besondere Radikalität an den Hochöfen auf: die Jobs hier werden einerseits besser bezahlt, andererseits ist die Maloche viel härter und bestimmt unmittelbarer das Produktionsergebnis. Jeder Streik konfrontiert sich daher direkter mit dem kapitalistischen Plan als im Kaltbereich. Im Zuge der Kämpfe entstehen neue Verbindungen und überhaupt ein Austausch zwischen verschiedenen Abteilungen, und darin entwickelt sich in neuer Weise ein Wissen um die eigene Rolle und die Macht im Werk, über die Stimmungen und die Kampfstärke in verschiedenen Abteilungen.

In den folgenden Abschnitten versuchen wir, die bisherigen Grenzen des Kampfes, die Rolle der Gewerkschaft und die Hindernisse, die der Umstrukturierung von der Klasse in den Weg gelegt werden, zu beleuchten.



Das Stahlwerk als Ghetto - Rheinhausen als Abschottung

Bleibt Rheinhausen ein isolierter - wenn auch unerwartet heftig geführter - Kampf im Ghetto, oder gibt es berechtigte Hoffnungen, daß die Kämpfe von diesem Punkt aus zirkulieren und sich ausweiten, daß aus dem Signal Rheinhausen ein Flächenbrand wird??

Ob der Kampf kontrollierbar bleibt oder zum Klassenkampf wird, liegt nicht allein an der äußerlichen Militanz, sondern daran, ob die Isolierung einer Belegschaft überwunden wird. Der gegnerischen Seite ist dieser Zusammenhang vermutlich viel bewußter als den linken Diskussionen, die sich vor allem auf die Frage der Militanz beziehen. Bisher hat die Staatsmacht bewiesen, daß sie solche Kämpfe abfedern und totlaufen lassen kann, wenn sie isoliert bleiben. Und bei einem Spitzengespräch zwischen Innenminister Schnoor, der Gewerkschaft der Polizei und Steinkühler dürfte es hinter verschlossenen Türen um die Frage gegangen sein, wie sich die Sprengkraft, die radikalere Kämpfe im Falle einer Ausweitung bekommen könnten, dann noch eindämmen läßt.

Aber wie verhalten sich andere Klassenteile - im Stahlsektor und außerhalb - zu diesem Kampf? Bisher ist noch kein Zirkulieren, keine Ausbreitung erkennbar. Nur in wenigen anderen Betrieben kam es gleichzeitig zu Kämpfen: bei einigen Bergbauzulieferern, die dicht

gemacht werden sollen, oder kurzzeitig in der Maxhütte. Hier war der Staat aus Furcht vor einer Ausbreitung des Kampfes sehr schnell zu Zugeständnissen bereit und sprang mit finanziellen Hilfen ein. Am Aktionstag waren die Ansatzpunkte für ein Überspringen auf andere Sektoren erkennbar, aber es blieb eben bisher beschränkt auf diese von der Gewerkschaft inszenierte Verbindung. Bei Opel-Bochum bestanden die Arbeiter auf einer ganzen Schicht, als der Betriebsrat für zwei Stunden rausgehen wollte, und sie ließen sich dann ihre Blockadeaktionen nicht vorschreiben. "Auf Rheinpreussen gerät der Protest zeitweise außer Kontrolle: Empörte Bergleute, Schüler und Bürger besetzen die B 57. Betriebsrat und Gewerkschaft müssen schon ihre ganze Autorität einsetzen, um einen Marsch in die Moerser Innenstadt zu verhindern." (NRZ, 11.12.87) Der Betriebsrat wird bei seinen Bemühungen von der Polizei unterstützt, die ihm das Megaphon zur Verfügung stellt, damit er die Kollegen von den "ungeplanten Aktionen" abhält. "Punkt 15 Uhr setzen sich die Förder-

bänder auf Rheinpreussen wieder in Bewegung." Dazu die FAU: "Diese Aktionen wurden zum größten Teil von den Belegschaften gegen die Betriebsräte durchgesetzt. Versuche nach Rheinhausen zu fahren, wurden von den Funktionären abgebügelt. Erwähnenswert ist noch, daß auch dort die Jüngeren die Aktionen hauptsächlich tragen."

Rheinhausen ist ein deutliches Signal, das immer wieder aufgegriffen wird. In Hamburg kam es auf Initiative der Jugendlichen der Werft Blohm & Voss zusammen mit Erwerbsloseninitiativen, Studenten bis hin zur 'Hafenstraße' zur Besetzung der wesentlichen Hafengebäude, wodurch der gesamte Berufsverkehr im Hafen für eine Stunde blockiert wurde. Anknüpfungspunkt war die Ausbildungssituation auf der Werft. In Köln löste der Rheinhausener Aktionstag zunächst Begeisterung aus. Ein Kölner Aktionstag sollte im Hinblick auf ebenfalls anstehende Massenentlassungen geplant werden, schrumpfte dann aber zu einer müden DGB-Demo zusammen. Der Bezug auf Rheinhausen ist bisher nur passiv, bleibt ohne praktische Konsequenzen. In der ganzen Solidarität mit Rheinhausen und

Die Rolle der Gewerkschaft - Hauptsache Beschäftigung

Um den Kampf auf das Krupp-Städtchen zu begrenzen, muß sich die Gewerkschaft als Gesamtorganisation dort bewußt heraushalten. Sie muß vermeiden, unmittelbar mit der Forderung nach einer Ausweitung des Kampfes konfrontiert zu werden, wie

es in der Tarifrunde passiert ist. Ein wichtiger Retter in der Not für die Gewerkschaft ist in dieser Situation die Kirche: in Rheinhausen kann sie gefahrlos den verbalradikalen Platz der Gewerkschaft einnehmen und damit dem Kampf noch weiter jeden Klassencharakter nehmen. Der Pfaffe Kelb verbindet bei jeder Gelegenheit sehr geschickt sein Glaube-Liebe-Hoffnung-Programm mit moralischen Attacken auf das Kapital und gleichzeitigen Aufrufen zur Mäßigung und Gewaltfreiheit. Daß er dies in erster Linie vom Rheinhausener "Bürgerkomitee" aus tut, ist tatsächlich das Programm: "Bürger" für ihre Stadt, für ihre Region - statt Kampf einer Klasse!

Als die Gewerkschaft am 14. Januar in Duisburg mit der Forderung nach Vollstreik konfrontiert wurde, entstand eine brenzlige Situation. Die Frankfurter IGM-Führung versuchte zunächst, durch weitere Warnstreiks Zeit zu gewinnen, und Konzerne wie Thyssen nutzten dies, um mit Überstunden ihre Läger aufzufüllen. Als dann schon relativ bald das Angebot der Unternehmer akzeptiert werden sollte, kam es in der Tarifkommission zum Knatsch. Die "Frankfurter" wollten sobald wie möglich abschließen, um diese brenzlige Dynamik loszuwerden, während die betrieblichen Kader davor warnten, daß sie bei einem so vorschnellen Abschluß in dieser angespannten

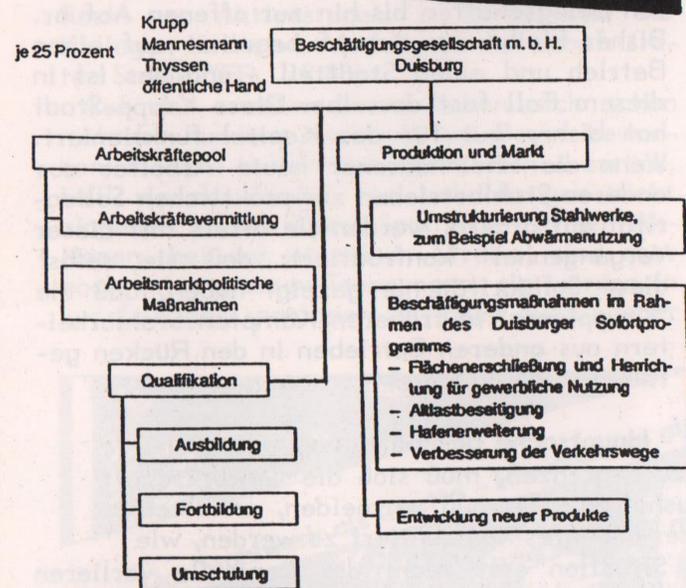
dem Starren auf diesen Betrieb steckt auch noch ein vergebliches Hoffen auf deren Stärke. "Wenn die es schaffen, dann ..." so Sprüche kriegst du von Arbeitern aus anderen Betrieben im Ruhrgebiet zu hören. Das heißt, sie hoffen darauf, daß Rheinhausen einen Damm bilden könnte, der auch sie vor der weiteren Rationalisierungspolitik schützt.

Die Erfahrungen der Rheinhausener bei den Besuchen in anderen Betrieben (Mannesmann-Düsseldorf, Krupp-Bochum, Thyssen, Rheinpreussen usw.) waren in der Regel frustierend: warme Worte von den Betriebsräten der anderen Belegschaften bis hin zur offenen Abfuhr. Bisher bleibt der Kampf begrenzt auf einen Betrieb und einen Stadtteil - und das ist in diesem Fall fast dasselbe. Diese Krupp-Stadt hat bisher gut für das Kapital funktioniert. Wenn die Rheinhausener heute Arbeiter aus anderen Stahlbetrieben zur praktischen Solidarität auffordern, werden sie öfters mit dieser Vergangenheit konfrontiert: daß sie selbst diese Solidarität nie gezeigt haben, daß die "Kruppianer" in früheren Kämpfen Stahlarbeitern aus anderen Betrieben in den Rücken gefallen sind.

Situation erst recht die Kontrolle verlieren würden. Schließlich retteten die Unternehmer die IGM aus der Patsche, indem sie eine Arbeitszeitverkürzung auf 36,5 Stunden zugestanden, die ihnen aufgrund der weiteren Umstrukturierung und Arbeitsintensivierung in diesem Bereich nicht wehtun wird.

Für die Gewerkschaft ist der Kampf in Rheinhausen zum Hebel geworden, um ihre Beteiligung an der Umstrukturierung und Flexibilisierung durchzusetzen. Der Kampf, der seine Brisanz gerade aus der kompromißlosen Forderung nach Erhalt dieser Arbeitsplätze und der "verbohrten" Ablehnung der Mobilität gewonnen hatte, wird von der Gewerkschaft in einen Kampf für Ersatzarbeitsplätze und "vernünftige Alternativen" (Steinkühler) interpretiert. Bei der Auseinandersetzung geht es grundsätzlich um Mobilität und Flexibilisierung - um räumliche Mobilität und um die Bereitschaft, sich in andere Jobs umsetzen und umschulen zu lassen. Daß selbst diejenigen Stahlarbeiter, die sich bei Bayer beworben haben, lediglich zum Wechsel in das wenige Kilometer von Krupp entfernte Werk in Uerdingen bereit sind, gilt dem Kapital als Verweigerung der Mobilität.

Die Alternative der IGM sind die "Beschäftigungsgesellschaften" (nebenbei: das wäre wohl auch das einzige, was sich die Gewerkschaftslinken unter der aufgeblasenen Forderung nach "Vergesellschaftung" vorstellen könnten). Das jetzt vorgelegte Modell der "Beschäftigungsgesellschaften", die von den Stahlkonzernen unter Beteiligung der öffentlichen Hand gebildet werden sollen, knüpft formell an dem Beharren auf den existierenden Arbeitsplätzen mit den entsprechenden sozialen Absicherun-



Jugendarbeitslosigkeit und Arbeiterrigidität

1. Arbeitsprogramme und Verweigerung

Das Konzept der Beschäftigungsgesellschaften knüpft im Grunde an den vielfältigen Arbeitsprogrammen an, die auf die jugendliche Arbeitslosigkeit und -verweigerung zielen. Hier hat der Staat schon eine Reihe von Erfahrungen gesammelt, wie sich unter den Vorzeichen von Ökologie, Recycling der Industriebranchen und fortschrittlicher Sozialarbeit eine aktive Politik der Flexibilisierung und Prekarisierung betreiben läßt. Aber er mußte auch die Erfahrung machen, daß dies auf hartnäckige Verweigerung stößt.

Am Beispiel der Stadt Duisburg: zum einen ist der ABM-Bereich stark ausgeweitet worden auf heute etwa 1000 Beschäftigte. So soll ein alter Thyssen-Hochofen in Hamborn nun mit ABM-Jugendlichen arbeitsintensiv abgerissen werden, statt einen professionellen Baupersonal einzusetzen. Jugendliche arbeiten im Stadtteil in "ihren" Jugendzentren - auf den Grünflächen, beim Ausbau des Zentrums und die Mädchen in der Nähstube - und unterliegen damit einer sehr dichten Kontrolle, da eine ihrer wichtigsten Frei-

gen an. Die neuen Gesellschaften sollen nicht die alten Arbeitsverhältnisse übernehmen, sondern "in sie eintreten", d.h. die Arbeitsverhältnisse mit den jeweiligen Unternehmen bleiben bestehen. Die Bezahlung orientiert sich allerdings nicht mehr am Reallohniveau, das im Ruhrgebiet durch die Kontischichtzuschläge relativ hoch ist.

Vor allem sollen die Arbeiter in diesem Konzept weitgehend flexibel gemacht werden: Weiterqualifizierung, Umschulung und ständig wechselnde Einsätze - natürlich in gesellschaftlich und ökologisch sinnvollen Aktionsfeldern! - stehen auf dem Programm. Dazu gehört auch der Einsatz beim Abriß des alten Stahlwerks, der Ausbau des in Bonn zugesagten Freihafens oder die "Modernisierung der Infrastruktur". Was unter letzterem zu verstehen ist, zeigt das Beispiel der Stadt Bochum. Dort wird aus den Geldern der "Zukunftsinitiative Montanregion" die Computerisierung des Sozialamts finanziert! Das ganze Modell (siehe Schaubild) entspricht letztlich einem staatlich mitverwalteten Sklavenhändler, die bisherige Belegschaft wird zu einem "Arbeitskräftepool". In diesem Sinne soll in Duisburg ein "zukunftsweisendes Modellprojekt" (Steinkühler) entstehen.

Diesen Plänen steht aber eine Arbeiterklasse gegenüber, die seit den 60er Jahren mit permanenter Umschulung konfrontiert ist; für sie ist das nichts Neues mehr.

zeitmöglichkeiten nun gleichzeitig ihr Arbeitsplatz ist. Seit 1985 läuft in Duisburg das Programm "Arbeit und Lernen", in dem die Jugendlichen gleich für vier Jahre (ABM ein Jahr) verplant werden: ein halbes Jahr wird von acht Uhr morgens bis mittags um zwölf in verschiedenen Bereichen zu 550 Mark malolocht, um erst einmal die Arbeitswilligkeit und Pünktlichkeit zu testen. Dann kommen eineinhalb Jahre Schule für den Hauptschulabschluß für 450 Mark monatlich und gleich anschließend eine zweijährige ABM in anderen Bereichen, die nach Abschluß als Behelfs-Qualifikation bescheinigt wird. Und dies wiederum eröffnet die Möglichkeit, beim Arbeitsamt eine Umschulung zu beantragen. Soweit die Planung auf dem Papier. In der Wirklichkeit treiben die Jugendlichen durch ihre Verweigerung die Abbrecherquote in diesem Programm in die Höhe und in den ABM-Bereichen liegt der Krankenstand manchmal bei 60%. Die Stadt tut sich schwer, die bereitstehenden Gelder wirksam in Arbeitszwang umzusetzen. 1986 konnte sie von den 49 Millionen aus Nürnberg 7 Millionen nicht loswerden und mußte sie wieder zurückgeben.

2. Blockierung der Umstrukturierung

Die alten Sektoren der Montanindustrie sind sowohl von außen wie von innen schon seit langem massiv angegriffen worden: Verringerung der direkt Beschäftigten, Einsatz von Sklavenhändlern und Fremdfirmen und technologische Erneuerung. Aber diese Angriffe begegnen auch einem zähen Widerstand. Die Arbeiter halten so weit es geht an ihrer Macht fest, die sie aus den großbetrieblichen



Strukturen und der Kollektivität einer immer noch harten und dreckigen Arbeit gewinnen.

Ein spektakuläres Beispiel war letztes Jahr die Sabotage eines technologisch herausragenden Projekts auf der Zeche in Walsum. Dort sollte ein "mannfreier Streb" eingeführt werden, der durch eine Elektronik über Tage gesteuert wird, d.h. die Kohle wird vor Ort "mannfrei" abgebaut. Die unterirdische Elektronik fiel aber einem unbekanntem Vorschlaghammer zum Opfer und das ganze Projekt wurde aufgegeben. Auf der gleichen Zeche machten die Kumpel auch die Überwachung der Stempeluhren durch Kameras zunichte. Auf der Zeche Niederberg in Neukirchen wurde die Bedeutung solcher Überwachungsversuche sichtbar: drei Wochen wurde an jeweils einem Stichtag das Ausstempeln kontrolliert, wobei 150 Arbeiter erwischt wurden, die vorzeitig abgehauen waren und für die andere ausgestempelt hatten.

Dies sind natürlich nur Anekdoten aus dem täglichen Kleinkrieg. Aber sie bestätigen etwas anschaulicher das Bild, das die Kapitalisten von den "Standortnachteilen" des Ruhrgebiets entwerfen. Nach einem internen Papier eines Ruhrgebietskonzerns zur Bestimmung der Standortverteilung gehören zu den politischen Standortfaktoren neben der staatlichen Förderungspolitik auch die "Mentalität und Arbeitsmoral der Menschen", die "Streikhäufigkeit" und der "Gewerkschaftseinfluß". Und in diesem Sinne gelten die Montan- und Werftenregionen dem Kapital als "rote Hochburgen", "mitbestimmte Hochlohnregionen" und von "klassenkämpferischen Proleten" bevölkert (zitiert nach: Regionalentwicklung zwischen Technologieboom und Resteverwertung, 1985). In der aktuellen Auseinandersetzung um Krupp-Rheinhausen werden die Wirtschafts-

politiker nicht müde, ständig auf die weitere Verschlechterung des Investitionsklimas durch die Aktionen hinzuweisen. In der Tat: welches modernisierte Unternehmen würde sich wohl gerne diesen Floh in den Pelz setzen. Trotz einer werbewirksam betriebenen Technologieförderung, Technologieberatungsstellen, Ansiedlung von Forschungseinrichtungen und kooperationsbereiten Hochschulen lockt es zum Beispiel die Elektronikindustrie nicht in die Region

3. Neue Formen der Proletarisierung

In der nach Tätigkeiten aufgeschlüsselten Beschäftigungsstatistik des Ruhrgebiets weisen die Bereiche EDV und Forschung&Entwicklung im Zeitraum 1976 bis 1984 zwar Zuwachsraten auf: EDV von 6 386 auf 8 366, F&E von 34 023 auf 36 354. Aber absolut gesehen sind dies bei einem gleichzeitigen Rückgang allein der Metallerzeuger von 111 267 auf 81 825 äußerst bescheidene Entwicklungen. Die werbewirksame High-Tech-Euphorie der Ruhrgebietsstädte drückt im Grunde nur aus, daß diese Form von Umstrukturierung nicht stattfindet.

Was aber stattfindet, ist eine Umstrukturierung, die üblicherweise als "Tertiarisierung" beschrieben wird, d.h. anstelle der klassischen Industriesektoren werden die Dienstleistungsbereiche Gesundheit, Soziales und Ausbildung aufgebläht. Die Zahl der GesundheitsarbeiterInnen stieg im selben Zeitraum von 71 309 auf 94 075, was die höchste Zuwachsrate von allen Tätigkeitsbereichen darstellt. In der offiziellen Ideologie gilt der Wandel zur "Dienstleistungsgesellschaft" als Abkehr von den Klassenunterschieden, als bürgerliche Einebnung der sozialen Gegensätze. Aber in Wirklichkeit führt die Ausdehnung dieser neuen Sektoren produktiver Arbeit zur fabrikmäßigen Organisation und Proletarisierung dieser Tätigkeiten. Gerade in diesen Bereichen wird sehr stark prekarisiert - 19-Stunden-Sozialarbeiter, Teilzeit und 430 Mark, Lohnsenkungen.

Auch im Ruhrgebiet wird es die entscheidende Frage sein, wie sich aus dieser "modernen" Proletarisierung auch neue Kämpfe entwickeln. Die isolierte Zuspitzung auf die Montansektoren oder gar ein Stahlwerk, wie es von Gewerkschaft, Staat und Kirche betrieben wird, soll Verbindungen zwischen Kämpfen in den "alten" und den "neuen" Zentren der Mehrwertabpressung gerade verhindern. Die Krankenschwestern, die bei der ersten spontanen Brückenblockade die Stahlarbeiter sofort unterstützten, waren vielleicht schon weiter. Nur erfuhren wir leider nicht, wie und woran sich ihre eigene Wut entzündete ...



Anstöße für uns

Nachbemerkung

In der Linken oder autonomen Szene hat Rheinhausen einiges ausgelöst. Zunächst einmal überwiegt natürlich die Anziehungskraft eine für hiesige Verhältnisse ungewohnten Militanz, und das Interesse kann mit dem Abflauen der Kämpfe auch wieder schnell vorbei sein. Aber für viele Leute mit ganz unterschiedlichen Orientierungen waren die Kämpfe ein Anstoß, erneut über unser Verhältnis als "radikale Linke" zu den sozialen Alltagsfragen der Ausbeutung und des Kampfs dagegen nachzudenken, darüber zu diskutieren, sich in neuen Zusammensetzungen zu treffen, Kontakte zu suchen. Die traditionelle Schwäche der Autonomen im Ruhrgebiet hat viel damit zu tun, daß gerade das vor der Haustür liegende proletarische Milieu das abschreckendste war. Jedes oppositionelle Denken und Handeln war vor allem mit einem massiven kulturellen und politischen Block aus Gewerkschaft-SPD-Staat konfrontiert, der weit weniger Freiräume eröffnete, als es sie in mancher Großstadt mit liberalen Mittelschichten gibt. Die Kämpfe in Rheinhausen haben erstmal wieder eine Ahnung davon vermittelt, daß die Arbeiterklasse nicht unbedingt mit ihren Verwaltern identisch ist, und damit die Möglichkeit von neuen Diskussionen eröffnet. Hier wurde auf einmal festgestellt, wie wenig Kontakte es in der Region gibt, trotz geringer räumlicher Entfernung, sowohl unter uns als auch zu verschiedenen Betrieben, in denen es ständig rumort.

Über fehlendes öffentliches Interesse können sich die Rheinhausener nicht beklagen. Der WDR ist bei allen ihren Aktionen dabei, und diese staatliche Institution organisiert den kämpfenden Stahlarbeitern sogar noch ihr Rock-Spektakel. Der ganze Medienwirbel und das Tamtam um diese kleine Stadt funktioniert in dieselbe Richtung: viel Lärm und Wirbel um den "Einzelfall", damit es nicht zur Ausweitung kommt. Rheinhausen wird bei den verschiedensten Spektakel-Gelegenheiten zum Pilgerort - aber das ist sicher nicht der Weg, auf dem Rheinhausen zum Flächenbrand wird. Innenminister Schnoor wies in einem Streitgespräch mit einem Scharfmacher von der "Welt" darauf hin, daß sich im Ruhrgebiet die

"friedlichen Bürger" nicht wie z.B. in Wackersdorf den Chaoten angeschlossen hätten. Das ist in der Tat ein gewichtiger Unterschied, wenn wir das Verhältnis zwischen Klasse und Sozialbewegung betrachten. Auch daran wird nochmal klar, daß ernsthafte Verbindungen zur Arbeiterklasse und proletarischen Kämpfen nicht so funktionieren, wie es in der Szene oft für Wackersdorf oder den 1. Mai in Berlin unterstellt wird: einige radikalisierte Bürger im Schlepptau der eigenen Militanz.

"Wenn gewaltige Arbeitermassen kämpfend auftreten und sich die neue, alles überwindende Kraft der Arbeiterklasse offenbart, dann wird sie auch zu dem Magnet, der die zerstreuten revolutionären Kräfte aus allen anderen Schichten der Bevölkerung zu sich heranzieht. Nicht eher", sagten einmal die holländischen Rätekommunisten. In ähnlicher Weise haben wir als Wildcat' einmal unsere Ernüchterung darüber ausgedrückt, daß ein explosives Zusammenkommen von sozialer Revolte und Klassenkampf (s. Nr. 38, die phase) bisher ausgeblieben ist: die politische Szene kann nicht die Klasse neu zusammensetzen, sondern nur der Klassenkampf die politische Szene. Der Kampf der Stahlarbeiter weist zu viele Grenzen auf, als daß solche Hoffnungen jetzt daran festgemacht werden dürften. Aber trotz allem hat dies bißchen Arbeiterrandale eine bemerkenswerte Wirkung.

Chronologie der Ereignisse nach dem Aktionstag am 10. Dezember 87

Aktion kurz vor Weihnachten: Autokorso zu Bayer-Uerdingen, um gegen den Unternehmertrick mit den angebotenen Arbeitsplätzen zu demonstrieren. Die in der Kantine ausliegenden Bewerbungsbögen werden aber mitgenommen. "Inzwischen haben 820 Rheinhausener diesen Fragebogen angefordert, von denen rund 150 ihre kompletten Bewerbungsunterlagen zur Bayer-Personalabteilung geschickt haben." (FAZ, 26.1.)

Do. 7. Januar Krupp-Aufsichtsratsvorsitzender Scheider erklärt in einem Rundfunk-Interview, Rheinhausen werde auf jeden Fall dicht gemacht. Diese Aussage macht sofort die Runde im Betrieb und die Arbeit wird hingeschmissen. Die Betriebsräte haben nach eigenen Aussagen (Theo Steegmann) große Mühe, wenigstens eine Notbesetzung an der Arbeit zu halten. Die Forderung nach dem Kaltwerdenlassen der Hochöfen wird laut. Die FAZ tadelt: "Konnte ein Mann in so herausragender Position wirklich nicht ahnen, mußte er nicht wissen, daß er damit in Duisburg Öl ins Feuer gießen würde?"

(Die Aktionen der ersten beiden Januarwochen sind ausführlicher in der Zeitschrift "direkte aktion" Nr. 67 dargestellt, weshalb wir nicht näher auf die Besuche bei den anderen Stahlbetrieben eingehen. In derselben Nummer ist auch ein interessantes Interview mit Genossen, die in Rheinhausen arbeiten.)

Do. 14. Januar Zentrale IGM-Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute aus den Stahlbetrieben, in Duisburg. Ein Autokorso fährt von Rheinhausen zur Konferenz. Nachdem einige bekannte Funktionäre am Reden gehindert wurden, besetzen betriebliche Funktionäre und aufgebrachte Stahlarbeiter bei der anschließenden Kundgebung das Mikrophon, setzen ihre Redner durch, und lassen über eine sofortige Urabstimmung bezüglich der laufenden Tarifrunde und über die Vergesellschaftung der Stahlindustrie abstimmen.

Die WAZ bringt die Forderungen des Daimler-Benz-Chefs Reuter: Lohnverzicht und keine weitere Arbeitszeitverkürzung.

Fr. 15. Januar Einige Stahlarbeiter machen in Essen eine Mahnwache vor der Villa von Cromme, dem Vorstandsvorsitzenden von Krupp-Stahl. Die Aktion wird unabhängig vom Betriebsrat geplant und durchgeführt. Ein bayerischer FDPler vergleicht die Stahlarbeiter mit SA-Trupps, die IG Metall distanziert sich sofort und im Rheinhausener Bürgerko-

mittee wird die Aktion vom Pfaffen Kelb entschieden abgelehnt.

Mo. 17. Januar Der Betriebsrat verhandelt drei Stunden lang mit dem iranischen Krupp-Aufsichtsratsmitglied. Betriebsrat Bruckschen: "Das Gespräch war sehr positiv. Wir bedanken uns bei Dr. Navab dafür, daß er hierher zu uns gekommen ist." Auf der Vertrauensleutesitzung gibt es dazu auch andere Kommentare: "Dem kann man doch nicht über den Weg trauen, wenn der über Menschlichkeit redet. Wie sieht denn die Menschlichkeit im Iran aus? Die verheizen doch ihre ganze Jugend im sogenannten heiligen Krieg." Dem Betriebsrat reicht aber die iranische Hoffnung, um sich wieder ganz offen für die Produktion stark zu machen:

Di. 19. Januar "Walzwerker lehnen neue Schichtpläne rundum ab: In der leidgeprüften Krupp-Belegschaft rumort es! Während immer mehr Kollegen weitere, über das Aktionsprogramm hinausgehende Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen fordern, wird zur Zeit im Walzwerk über Schichtverlegungen nachgedacht, um die Produktionsausfälle der vergangenen Wochen aufzuholen." (NRZ) Betriebsratsvorsitzender Bruckschen spricht sich für Mehrarbeit aus, am Nachmittag findet eine Bereichsversammlung für die Walzwerker statt, auf der beschlossen wird, kein Vormaterial mehr an Krupp-Bochum zu liefern.

Mi. 20. Januar Anlässlich der fünften Tarifvertragsrunde bei Eisen und Stahl führen 40 000 Stahlarbeiter in NRW, Osnabrück und Bremen Warnstreiks durch. In Duisburg ziehen die Krupp-Arbeiter auf die Hochfelder Rheinbrücke und taufen sie zusammen mit Arbeitern aus anderen Stahlbetrieben in "Brücke der Solidarität" um.

Di. 26. Januar Der Besuch bei der Belegschaft der Zeche Rheinpreussen in Moers, die bis 1990 stillgelegt werden soll, wird ein Reinfall. Die Betriebsräte der Zeche lassen sich nicht blicken und die Krupp-Arbeiter werden von den Bullen, die sich schon auf dem Zechengelände befinden, vom Platz gewiesen.

Do. 28. Januar Demonstration und Menschenkette Duisburger Schüler um das Stahlwerk. Die Demonstration findet auch auf dem Werksgelände statt und es kommt wieder zu Produktionsausfall.

Maxhütte: Die 750 Stahlarbeiter des Walzwerks Maxhütte-Haidhof, das in den nächsten zwei Jahren geschlossen werden soll, treten in den Streik und blockieren die Tore, unter anderem mit einer hinter dem Tor geparkten Diesellok. Die insgesamt 3500 Arbeitsplätze bei der Maxhütte sollen auf 1500 verringert werden. Als Antwort auf den Streik warnt das Wirtschaftsministerium, der

Streik könne den gesamten Sanierungsplan zunichte machen und damit auch den Bestand der 1500 verbleibenden Arbeitsplätze. Am Freitag streikt auch die Abendschicht des Stahlwerks Sulzbach-Rosenberg und demonstriert durch die Stadt.

Do. 1. Februar Die Arbeiter der Maxhütte nehmen die Produktion nach einer außerordentlichen Belegschaftsversammlung wieder auf. Wie Strauß es vorgeschlagen hatte, wird der Arbeitsplatzabbau zeitlich noch weiter gestreckt. Statt die Belegschaft bis 1989 auf 1500 zu verringern, sollen jetzt noch 2000 Jobs bleiben. Es kommt zu keiner Massenentlassung, sondern einem stufenweisen Abbau bis 1992. Vor dem Hintergrund von Rheinhausen zeigten sich Staat und Kapital schnell handlungsbereit.

In Rheinhausen tritt die Spätschicht in den Streik, für drei Schichten wird das Werk dicht gemacht. Am nächsten Tag stehen weitere Tarifverhandlungen bei Eisen und Stahl in Krefeld an. Möglicherweise gab auch die Aktion in der Maxhütte einen Anstoß.

Mi. 10. Februar Cromme erklärt im Fernsehen erneut die Schließungspläne. Die Arbeiter schmeißen sofort die Brocken hin und ziehen als Demonstration zur Rheinhausen-Halle, wo Cromme mit dem Betriebsrat über die Zukunft des Werkes diskutiert. "Cromme betonte, im Rahmen der Schließungspläne des Werkes sei gesichert, daß kein Arbeiter entlassen werde und der Personalabbau sozialverträglich ablaufen könne."

Mi. 17. Februar "Politischer Aschermittwoch" der Stahlarbeiter - gleichzeitig veranstaltet Rau in Düsseldorf die Vorrunde zu Kohls Montankonferenz.

Insgesamt organisiert der DGB drei Demos im Ruhrgebiet. In allen drei Duisburger Stahlbetrieben (Mannesmann, Thyssen, Krupp) ruht an diesem Tag die Arbeit. Morgens im alten Walzwerk von Rheinhausen (dessen Anlagen heute zur Ausbeutung von Arbeitern in China dienen!) Versammlung von über 12 000 Stahlarbeitern mit dem obligatorischen Gottesdienst. IGM-Chef Steinkühler wird mächtig ausgepiffen - er hatte eine Woche zuvor durchblicken lassen, daß sich Rheinhausen nicht halten läßt. Steinkühler gibt sich betont kämpferisch und fordert konkrete Alternativen und das heißt in erster Linie eine "Duisburger Beschäftigungsgesellschaft". In den laufenden Tarifverhandlungen kommt Rheinhausen nicht mehr vor.

Do. 18. Februar Warnstreiks im öffentlichen Dienst: "Zehntausende im Rheinland zu

spät zur Arbeit. Eisenbahnerstreik legt Zugverkehr lahm." und so weiter.

Sa. 20. Februar Riesiges Konzert in Rheinhausen, vom WDR organisiert: von Katja Ebstein bis ... Medienwirksamer Ausverkauf - für 35 Mark gibts kleine Stahlarbeiter zu kaufen!

In den Tagen zuvor war es noch zu Auseinandersetzungen im Betrieb gekommen. Alle Aktiven, die irgendwas mit der Organisation des Konzerts zu tun hatten, oder vom Betriebsrat gedrängt wurden, Ordner zu spielen, wollten am Samstag die Produktion hinlegen. Von Oben wird Druck gemacht, durchzuarbeiten, und einige wollen auch arbeiten - wegen der Abzüge. Streitereien in den Abteilungen, Beschimpfungen als Streikbrecher - schließlich aber der Konsens, daß Samstag nicht produziert wird.

Di. 23. Februar "Aktionstag" am Vortag der Kanzlerrunde in Bonn: Menschenkette mit 80 000 - mindestens eine Schicht Produktionsausfall. Es wurde überlegt, mit Bussen nach Bonn zu fahren. Aber VKL-Leiter Klaus Loelgen wiegelt ab, weil sie doch keine 40 Busse mehr voll kriegen würden.

Weitere Warnstreiks der ÖTV in dieser Woche bei Bundesbahn, öffentlichem Nahverkehr, Post, Müllabfuhr, Krankenhäusern, Feuerwehr usw. ...

Mi. 24. Februar Montankonferenz bei Kohl in Bonn, er verspricht eine halbe Milliarde und den Freihafen.

Fr. 26. Februar Die IG-Metall einigt sich mit den Stahlkapitalisten auf einen neuen Tarifvertrag: Lohnerhöhungen in den nächsten beiden Jahren um jeweils 2 Prozent, Arbeitszeitverkürzung ab 1. November 88 auf 36,5 Stunden. Die Arbeitgeber erklären, "angesichts der besonderen Probleme der Stahlindustrie" sei "ein großer Schritt in der Arbeitszeitverkürzung" nötig gewesen. Sie hoffen, daß nun "zumindest die drängenden Strukturprobleme der Branche in einem ruhigeren Klima gelöst werden können!"

Die öffentlichen Kapitalisten sind über diesen Abschluß stinksauer, weil er ihre Ablehnung der Arbeitszeitverkürzung erschwert.

In der ersten Märzwoche erhalten die Krupp-arbeiter vom Vorstand Drohbriefe wegen der Produktionsausfälle.

Mi. 16. März Die Aufsichtsratssitzung endet mit einem modifizierten Stilllegungskonzept: das Walzwerk II wird Ende Juni '88 dichtgemacht, die Hochöfen sollen noch bis Mitte '89 in Betrieb bleiben; darüber hinaus sollen 800 Arbeiter mit Aufräumarbeiten beschäftigt werden.



EUSKALDUNA : DREI JAHRE NACH DER SCHLIESSUNG

Im Herbst 1984 gingen im baskischen Bilbao die Arbeiter der Euskalduna-Werft massenhaft auf die Straße, bauten Barrikaden und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei. Sie kämpften gegen die Schließung der Werft, die im Rahmen der Umstrukturierung des Schiffbausektors geplant war. Nach dem Abbröckeln der Kampffront waren sie schließlich gezwungen, den von Regierung und reformistischen Gewerkschaften ausgehandelten "Kompromiß" anzunehmen: Eintritt in die "Beschäftigungsförderungsfonds" mit der Zahlung von 80% des bisherigen Lohns für die Dauer von 3 Jahren und dem Versprechen, danach entweder an "Ersatzarbeitsplätzen" oder wieder auf der Werft beschäftigt zu werden. (siehe Wildcat Nr.36/37).

Am 31.12.87 war diese Frist ausgelaufen. Von Ersatzarbeitsplätzen oder einer Beschäftigung auf der Werft war natürlich keine Rede mehr. Von den ursprünglich 2.400 Werftarbeitern waren damals 2.100 in die Fonds eingetreten. 300 blieben offiziell weiter beschäftigt, waren aber in der "Arbeitsregulation", d.h. sie waren arbeitslos mit 95% des Lohns und gültigem Arbeitsvertrag. Einige dieser 300 wurden ab und zu für Anstreich- und andere Wartungsarbeiten auf die Werft geholt. Von den 2.100 in den Fonds waren noch 1.400 übriggeblieben, der Rest ging in Frührente oder hatte individuell einen anderen Arbeitsplatz gefunden.

Ab Anfang Dezember gab es wieder Massenversammlungen auf der Werft, die ersten Aktionen begannen. Nach 3 Jahren trafen sich

nun plötzlich wieder 800 Werftarbeiter und diskutierten gemeinsam, wie sie den Kampf wieder aufnehmen können. Diese Aufrechterhaltung des Zusammenhangs unter den Kollegen über 3 Jahre hinweg hat alle überrascht. Als sie am 23.12. den Nahverkehrszug, der direkt an der Werft vorbeiführt, stoppten und in Brand steckten, war die Dynamik der Kämpfe von 84 wieder da.

Zwei Kollegen von Euskalduna erzählen:

Wie ging es denn nach der Unterzeichnung des Vertrags Ende 84 weiter? Ihr hattet gesagt, daß ihr erstmal völlig entmutigt wart.

F: Trotz der Kämpfe, die wir ihnen geliefert hatten, gewann die Regierung schließlich die Schlacht. Das hat uns natürlich erstmal entmutigt. Es war eine kollektive Frustration. Zunächst glaubten tatsächlich viele Kollegen an die Versprechen der Regierung bzw. beruhigten sich selbst mit dem Vertrag, auch wenn sie an ihm zweifelten. Da uns und vielen anderen jedoch klar war, daß wir in spätestens 3 Jahren wieder auf die Straße gehen müßten, damit die Sache mit Euskalduna nicht einfach begraben wird, haben wir von Anfang an versucht, die Organisation aufrechtzuerhalten. Wir versuchten, die Kollegen davon zu überzeugen, daß es wichtig ist, weiterzukämpfen. So riefen wir durchschnittlich 1 Mal pro Monat die Arbeiter zu Betriebsversammlungen zusammen. Manchmal kamen nur 100 Leute; wenn es so wenige waren, schrieben wir allen einzeln eine Einladung für die nächste Ver-

sammlung. Da kamen dann auch immer mehr Leute.

Durch die Zuspitzung der Situation gab es seit dem letzten Sommer jedoch 2 Mal pro Woche Versammlungen, zu denen auch immer 400-600 Kollegen kamen, je nach den Aktionen auch mehr.

Welche Aktionen habt ihr während der 3 Jahre gemacht?

F: Das erste war, daß nach den Kämpfen 84 immer noch 2 Schiffe, die wir damals gerade gebaut hatten, auf der Werft waren. Die sollten nun - vorbeugend - nach La Naval (Nachbarwerft, 7 km flußabwärts) transportiert werden, um sie fertigzustellen. Wir versuchten, diese Überführung so massiv zu verhindern, daß die Bullen den ganzen Fluß entlang auf beiden Seiten mit einem riesigen Aufgebot den Transport beschützen mußten. Da sie hier in Bizkaia niemanden für den Transport fanden, mußten sie Arbeiter aus Galizien mit Autobussen herschaffen. Denen hatten sie jedoch überhaupt nichts davon gesagt, worum es sich bei dem Arbeitseinsatz handelte.

Was auch noch wichtig ist: nach 84 gab es eine ganze Reihe von Prozessen, insgesamt 11. Jedes Mal haben wir vor den Prozessen Versammlungen gemacht, zu denen auch die meisten Kollegen kamen. Nur ein einziger bekam eine Geldstrafe.

Im Moment ist jedenfalls von der damaligen Frustration nichts mehr zu merken!

F: (lacht) - Die Stimmung ist kurz vor dem Höhepunkt. Fast alle der betroffenen Kollegen kommen zu den Versammlungen und machen bei den Aktionen mit.

Als Reaktion auf die ersten Aktionen der Arbeiter hatten Verwaltung und Regierung einen Vorschlag ausgearbeitet: Verlängerung der Fonds auf weitere 18 Monate, allerdings mit mehreren Haken: die ersten 6 Monate 70%, danach 60% und das letzte halbe Jahr nur noch 50% des Lohns von 1984. Außerdem die Verpflichtung, Ersatzarbeitsplätze - falls ihnen je welche angeboten werden sollten - an jedem Ort Spaniens und zu jeder Bedingungen anzunehmen.

Dies lehnt die Versammlung der Euskalduna-Arbeiter ab. Sie fordern die Wiedereinstellung aller 1400 Kollegen, die noch in den Fonds sind, d.h. gültige Arbeitsverträge und vollen Lohn.

Mit den militanten Aktionen, die seit Ende Dezember konsequent durchgeführt werden, haben die Euskalduna-Arbeiter ihre Ablehnung dieser Pläne auch praktisch untermauert. Sie haben bisher drei Ultimaten der Werften-

gesellschaft AESA platzen lassen und an diesen Tagen ihre Aktionen verschärft

Autonomie der Belegschaft und der Betriebsrat

Wie schon 84 hat die jetzt tägliche Betriebsversammlung die wichtigste Funktion in den Kämpfen. Hier kommen alle Kollegen zusammen, hier werden die Aktionen diskutiert, beschlossen und durchgeführt. Auf der anderen Seite gibt es die Betriebsratsitzungen. Die Zusammensetzung des Betriebsrats ergibt eine überwiegende Mehrheit der reformistischen Gewerkschaften: 9 Betriebsräte der konservativen baskischen Gewerkschaft ELA, jeweils 6 der sozialistischen UGT und der KP-nahen Arbeiterkommissionen (CCOO). Dann ein Vertreter der radikalen nationalistischen LAB und zwei der CAT (Autonome Arbeiterkollektive), ein Sammelbecken unorganisierter und organisierter Linksradikaler. Diese Mehrheit spielt aber bei den Betriebsversammlungen absolut keine Rolle. Die Initiative liegt hier bei den Kollegen selbst. Gewerkschaftszugehörigkeit und andere ideologische Kategorien sind bei den Versammlungen und Aktionen ohne Bedeutung. Wenn die Mehrheit der Versammlung beschließt, die Vorschläge der Regierung abzulehnen, dann ist die Entscheidung des Betriebsrats völlig irrelevant. Die Vertreter von UGT und CCOO werden oft genug von den Kollegen am Reden gehindert, es gab öfters Forderungen nach Ausschluß aus der Versammlung und neulich wäre ein CCOO-Betriebsrat fast verprügelt worden, wenn nicht Leute vom CAT dazwischen gegangen wären. Andererseits hat diese Autonomie auch ihre Grenzen. 1984 konnten nach dem Abflauen der Mobilisierungen die Gewerkschaften sehr schnell wieder die Initiative zurückerobern und auch jetzt ist schon klar, daß sie auf ihre Stunde lauern. UGT und CCOO führen jetzt schon Separatverhandlungen mit der Verwaltung, haben sich im Prinzip auch schon geeinigt und warten nur noch auf den richtigen Zeitpunkt zum Unterschreiben. ELA unterstützt noch vorbehaltlos die Position der Versammlung, ist aber 84 zum Schluß auch schnell umgeschwenkt.

Euskalduna und La Naval Die Spaltung zweier Belegschaften

La Naval ist die zweite große Werft im Großraum Bilbao und liegt in der Arbeitervorstadt Sestao, 7 km flußabwärts. Beide Werften gehören zum selben Unternehmen, der AESA. Hier gibt es offiziell 2.700 Beschäftigte, 1300 davon in der Arbeitsregulation. Daneben sind 600 Arbeiter in den Fonds. Diese gehören je-

doch nicht zur festen Belegschaft, sondern sind alle über Sklavenhändler und Subunternehmer angestellt. Seit 1984 wurde die Belegschaft bereits um 800 verringert, aber nicht durch direkte Entlassungen, sondern durch (Früh-)Verrentungen. Jetzt sind weitere 800 Entlassungen geplant. Ab Mai werden die letzten Aufträge beendet sein, was die Betriebsleitung natürlich nicht daran hindert, jetzt noch kräftig Überstunden machen zu lassen. Danach werden alle Beschäftigten von La Naval in die Arbeitsregulation eintreten unter Beibehaltung der Arbeitsverträge mit 95% des Lohns. Hier setzt auch die Spaltung ein. Sowohl die Verwaltung als auch die Gewerkschaften erzählen den Arbeitern, daß ihre Arbeitsplätze gesichert seien, wenn Euskalduna endgültig geschlossen wird. Ab und zu ruft der Betriebsrat von La Naval zu kleineren Aktionen auf, aber immer streng getrennt von Euskalduna.

Die Euskalduna-Arbeiter führten im Januar und Februar mehrere Begehungen von La Naval durch, um zu zeigen, daß es sich nicht nur um das Problem von Euskalduna handelt, sondern um das aller Werftarbeiter. Die große Mehrheit der Kollegen von La Naval war allerdings überhaupt nicht begeistert von diesen Besuchen. Einmal schalteten die Euskalduna-Arbeiter die Stromversorgung von La Naval ab und blockierten so die Produktion. Daraufhin

schloß die Werksleitung die Werft. Der Betriebsrat organisierte eine Abstimmung, bei der die Belegschaft mit einem Verhältnis von 9:1 gegen weitere Besuche der Euskalduna-Arbeiter stimmte. Bei den nächsten Besuchen kam es fast zu Schlägereien unter den beiden Belegschaften.

Ein Kollege des CAT von La Naval, der seit einem Jahr in der Arbeitsregulation ist und jeden Tag bei den Versammlungen und Aktionen auf Euskalduna dabei ist:

Kannst du mal dieses total unterschiedliche Verhalten der Kollegen von Euskalduna und La Naval erklären? Das kann doch nicht nur an der verschiedenen Intensität der Umstrukturierung liegen.

I: Das mit der unterschiedlichen Betroffenheit ist nur einer der Gründe. Ein anderer ist der, daß auf La Naval der Einfluß der Gewerkschaften eine andere Qualität hat als auf Euskalduna. La Naval war während dem Frankismus eine der Avantgarden des Arbeiterkampfes. Hier gingen alle Generalstreiks an, hier war der Ausgangspunkt aller politischen Bewegungen gegen das Franco-Regime. Euskalduna war das nie. Dies hat dann aber nach der Reform eine große Enttäuschung bei den Leuten bewirkt. La Naval hatte eine sehr hohe Anzahl von gewerkschaftlichen und politischen Kadern. So ist es auch kein Zufall, daß Nico-



las Redondo, der Generalsekretär der UGT, von La Naval kommt, ebenso der Sekretär der baskischen Arbeiterkommissionen. Die PSOE hat sich hier Funktionäre großgezogen, der Präsident der PSOE des Baskenlands kommt von La Naval. Sie haben die Arbeiter benutzt für ihre politische Karriere. Und so wurde ein wichtiger Bereich von Arbeitermilitanten aus der Fabrik integriert, viele sind heute Abgeordnete, Stadträte usw. Ich denke, dies ist ein grundlegender Faktor. Ein anderer Punkt ist, daß die Gewerkschaften durch ihre kampferfahrenen und geschulten Kader die Belegschaft besser kontrollieren konnten und auch mußten, da sie sich immer mehr bürokratisierten. Auf Euskalduna gab es nie bedeutende Gewerkschaftskader, außerdem war die sozialistische Gewerkschaft immer in der Minderheit.

Die unterschiedliche Behandlung von Euskalduna und La Naval, was die Umstrukturierung betrifft, hat ganz klar politische Gründe: Auf EG-Ebene wird die Reduzierung des Schiffbaus beschlossen, einige Werften müssen geschlossen werden, also wägen sie ab, wo es ihnen am besten paßt. Da haben sie sich dann Euskalduna und Astano in El Ferrol vorgenommen, weil

sie da am wenigsten Kontrolle über die Arbeiter haben. Jetzt wird erzählt, daß Euskalduna weniger rentabel sei, daß die Lage der Werft ungünstig ist (mitten in der Stadt). All dies ist sekundär. Historisch gesehen war Euskalduna sogar rentabler, es war eine private Werft im Gegensatz zu La Naval. Aber dieses Argument: welche Werft ist rentabler, ist von unserer Perspektive aus falsch; das würde bedeuten, in die kapitalistische Argumentation einzusteigen.

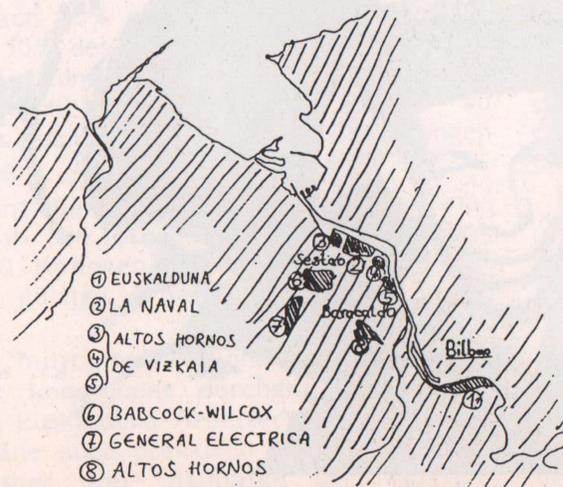
Euskalduna war zwar nie eine Streikbrecherwerft, aber sie war auch keine Avantgarde des Arbeiterkampfes während des Frankismus. Aber nach der demokratischen Reform hat sich hier eine wichtige radikale Strömung entwickelt. Die Kämpfe nach dem Frankismus waren ja allgemein mehr von der radikalen Linken getragen als von der reformistischen. Und so waren die Mobilisierungen bei Generalstreiks, gegen die Repression usw. auf Euskalduna wesentlich stärker, denn es fehlte die reformistische Kontrolle, die Kämpfe konnten sich radikaler entfalten. In den letzten 10 Jahren war die Zahl der Streiktage auf Euskalduna mehr als 5 mal so hoch als auf La Naval.

BISKAIA: GESCHICHTE EINER INDUSTRIEREGION

In Bilbao und Biskaia begann Ende des letzten Jahrhunderts ein starker Industrialisierungsprozeß. Hier gab es viele Eisenminen, wo die Förderung begann, zunächst durch englische und deutsche Unternehmen. Im Austausch für die Ausfuhr des Erzes wurde Kohle aus Asturien eingeführt. Das war um 1880 der Beginn der Stahlproduktion in den Altos Hornos de Vizcaya (AHV), dem größten Stahlunternehmen der Region. Mit Santana in Velota und Forjas de Echevarria in Basauri waren dies die ersten Unternehmen, die alle anderen wichtigen Industriezweige nach sich zogen, wie die Werften und den Eisenbahnbau. Das waren die

derts. Kurz darauf wurde die Werkzeugmaschinenindustrie entwickelt, die ja auch auf Stahl beruht. 1925 entstand die Babcock-Wilcox bereits mit einer höheren technologischen Entwicklung und die General Electrica Española (GEE). So entstand ein großer Industriekomplex am linken Flußufer: Altos Hornos mit damals 15 000 Festbeschäftigten, die Werften, die immer mehr konzentriert wurden auf zwei große: - La Naval in Sestao und Euskalduna, in denen 10 000 gearbeitet hatten. Babcock-Wilcox mit der Produktion von Lokomotiven und Röhren hatte 3000 Beschäftigte, die General Electrica auch 3000. Dies alles auf wenigen Quadratkilometern. Ein anderes Industriezentrum ist Basauri, östlich von Bilbao, mit dem Kaltwalzwerk Echevarria, einer Vielzahl von kleinen Metallklitschen und dem Werkzeugmaschinenbau. Diese großen Betriebe waren in den 60er und 70er Jahren immer die Hochburgen der Streikbewegungen Euskadis.

Genau in diesen Bereichen fing nun auch die Umstrukturierung an: es gab auf dem Weltmarkt eine Überproduktion an Stahl und im Schiffbau. In Biskaia hat diese Umstrukturierung besonders gravierende Auswirkungen, da die Industrie auf diese Sektoren konzentriert war, mit vielen Arbeitern, veralteter Technologie. Hier ist die Arbeitslosigkeit besonders hoch (über 30%). In den anderen Provinzen wie Gipuzkoa ist die Industriestruktur aufgefächerter, nicht so auf die Schwerindustrie konzentriert.



Die Perspektive des Kampfs

Der 1. März bedeutete eine neue Phase im Kampf: den Arbeitern war klar, daß die Verwaltung die Frist nicht ewig verlängern würde, aber dem Unternehmen und der Regierung wurde auch klar, daß die Euskalduna-Arbeiter immer noch nicht am Ende ihrer Mobilisierungen sind. Gleichzeitig weigerten sich im galizischen El Ferrol die Arbeiter der Astano-Werft, die Verlängerung der Fonds zu unterschreiben und die 600 Sklavenarbeiter, die auf La Naval in den Fonds sind, haben auch noch nicht unterschrieben. Von beiden Seiten wird der Kampf jetzt härter geführt. Bei den Verkehrsblockaden hatte sich die Polizei noch zurückgehalten, um die Situation nicht zu eskalieren. Bei den brennenden Reifen vor der baskischen Regierung war dann die Grenze erreicht. Die Euskalduna-Arbeiter greifen jetzt immer öfter zu Molotov-Cocktails, wenn die Bullen sie am Barrikadenbau hindern wollen. Auch die Phantasie nimmt zu: Neulich stellten sie riesige Baugerüste als Barrikaden auf und schweißten einen Güterzug auf den Gleisen fest. Mitte März sah sich die AESA schließlich gezwungen, das Ultimatum gleich um zwei Monate zu verlängern.

Die Zirkulation der Kampfformen: zu neuen Kämpfen?

Wenn auch die Spaltung zwischen Euskalduna und La Naval derzeit unüberwindbar ist und die Solidarität aus anderen Betrieben der Region nur von kleinen Arbeitergruppen getragen ist, so hat doch die Demonstration der 15.000 vom 20.2. gezeigt, daß Euskalduna nicht ganz alleine steht. Am 25.2. versammelten sich morgens SchülerInnen und die streikenden Lehrer der Privatschulen gemeinsam auf der Euskalduna-Werft. Anschließend gab es eine gemeinsame Demonstration durch die Stadt. Unter der Parole: **Die Schüler mit den Arbeitern - Die Bullen mit den Bankiers!** verbanden mehrere tausend Schüler ihren nationalen Aktionstag mit dem Kampf der Werftarbeiter. Nachdem die Werftarbeiter bereits vor der Demo ihre Barrikaden gebaut hatten, griffen dies die SchülerInnen nach Ende der Demo auf. Sie griffen den Sitz der baskischen Regierung mit Steinen und Zwillen an. Am 11. März gab es eine weitere gemeinsame Demo von Werftarbeitern und SchülerInnen, bei der sie sich diesmal gemeinsam mit der Polizei auseinandersetzten. Für die erste Aprilwoche sind gemeinsame Kampftage von Werftarbeitern, SchülerInnen und Arbeitslosen geplant, sowie ein Generalstreik in ganz Euskadi am 14. April, der allerdings von den Euskalduna-Arbeitern erst gegen die Gewerkschaften durchgesetzt werden muß.



Euskalduna hat durch den militanten Kampf eine gewisse Symbolfunktion inne. Die Hartnäckigkeit einer Belegschaft wird zum Orientierungspunkt der noch zersplitterten Konfliktualität verschiedenster gesellschaftlicher Bereiche Euskadis. Außerdem hat der Kampf der Euskalduna-Arbeiter es geschafft, die Umstrukturierung in diesem Sektor um einige Jahre zu verzögern und so anderen Belegschaften zumindest für eine Zeitlang Luft geschafft. Zuerst will die Regierung das "Problem Euskalduna" erledigen, bevor sie sich neue Konfliktherde schafft. So ist es denn auch kein Wunder, wenn SchülerInnen und andere in ihrem Kampf sich auf Euskalduna beziehen. Das bedeutet noch kein Zusammenfließen der Kämpfe, aber es eröffnet zumindest die Möglichkeit, Neuzusammensetzungsprozesse einzuleiten. Es gibt ja in letzter Zeit in Euskadi Tendenzen einer vermehrten Konfliktbereitschaft, die sich in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen äußert; Streiks im Schulwesen, in öffentlicher Verwaltung und Transport, im Metallbereich und in Hausbesetzungen. Der Ausgang der "Schlacht von Euskalduna" und die Entwicklung dieser zaghaften Ansätze sind untrennbar miteinander verbunden.

Mario Tronti MARX, ARBEITSKRAFT, ARBEITERKLASSE - Erste Thesen -

NEU AUFGELEGT

Lesenswert sind die jetzt neu aufgelegten und sprachlich überarbeiteten Schriften von Tronti nicht als neuer Steinbruch "revolutionärer Begriffe", die auf alles passen. Tronti holte seine neuen Ansätze der Klassentheorie nicht vom Himmel herunter, sondern gewann sie aus einer scharfen Analyse der damaligen Kämpfe im Italien der frühen 60er Jahre. Die Immigranten aus dem Süden, die Anfang der 60er in Turin und anderen Zentren der Massenarbeit zu kämpfen anfangen, scherten sich einen Teufel ums "richtige Bewußtsein", sie zogen durch ihr Handeln die neuen Frontlinien. Subjekte der Kämpfe waren sie, nicht die abgehalfterten "Parteien der Arbeiterklasse". ---

Die Thesen leisten es nicht, einen Standpunkt der internationalen Klasse als revolutionäre Initiative zu entwickeln, aber sie präzisieren die Herangehensweise, mit der wir uns diese Frage überhaupt stellen können. Nämlich als eine Geschichte der Klasse selbst - "innere Geschichte der Arbeiterklasse."

Nur indem die Arbeiteruntersuchung von den Arbeitern als Klasse ausgeht, kann sie die Grundlagen der Arbeitermacht im Kapital freilegen. Daß die Klasse dem Kapital vorausgeht, bedeutet für die Taktik des Kampfes die grundlegende Sache, "daß nämlich von Anfang an, von den ersten Formen dieses Kampfes an, die Arbeiter als Klasse sich innerhalb des Kapitals finden und es aus seinem Inneren heraus bekämpfen müssen..."

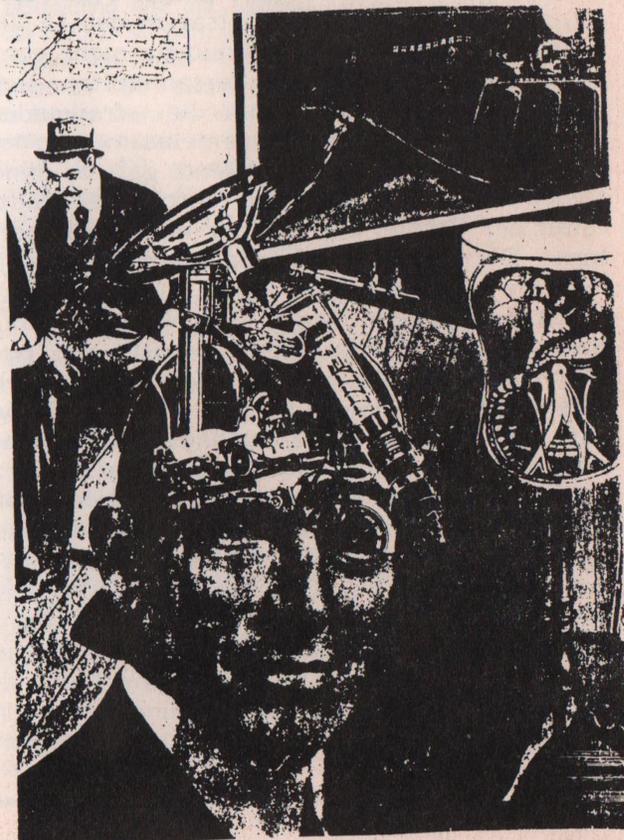
Der Doppelcharakter der Arbeiterklasse als Kapital und Nicht-Kapital ist für Tronti zentrales Moment der Organisationsfrage. "Um gegen das Kapital zu kämpfen, muß die Arbeiterklasse gegen sich selbst, insofern sie Kapital ist, kämpfen."

In den Thesen stellt Tronti die Organisationsfrage als die des Verhältnisses der RevolutionärInnen zur Klasse und der Klasse zu sich selbst. Beantworten können wir die Frage heute auch nicht, aber es wird keinen anderen Weg geben, als sie aus dem Inneren der Klasse heraus zu beantworten. Darauf zielt der Vorschlag einer Militanten Untersuchung, die von der Klasse ausgeht und die Organisation im Verhältnis zu ihr entwickelt.

"Die Weiterführung der hier dargestellten Untersuchungen wird entscheidend sein... Bisher ist nichts bewiesen. Einmal mehr bleibt alles zu tun. Dazu wird man lange Zeit das Auge fest auf den dunkelsten Punkt des ganzen Prozesses richten müssen, solange wir nicht endlich ganz klar sehen, was seit Marx innerhalb der Arbeiterklasse vorgegangen ist." (Schlußsätze von Tronti Thesen).

Das Buch erschließt sich nicht leicht, durch die ersten Kapitel müßt ihr euch ganz schön durchbeißen. Aber es wird Stück für Stück (zu-)packender, spannender und konkreter.

Das Buch hat 232 Seiten, ist als TheKla 9 erschienen und kostet 7.- Mark plus 2.-Mark für Porto und Versand.



Nochmal zur Hafensstraße

In der Nr.43 sollte eigentlich ein kurzer Artikel zur Barrikadenwoche in Hamburg erscheinen. Genossen aus Hamburg fühlten sich aber nicht in der Lage dazu. Was dann im Editorial stand, war das Ergebnis dieser Distanz und mangels besserer Kontakte eine Notlösung. Die Kritik, daß zu voreilig Optimismus verbreitet wurde, ist ebenso richtig wie die Kritik, daß Fragen nach der Perspektive, Fragen für eine Untersuchung gar nicht gestellt wurden. Dennoch denken wir, daß in der Barrikadenwoche gegen die bisher letzte Räumungsdrohung für einen Moment eine deutlich weitergehende Perspektive eröffnet war, als die "Thesen" im Editorial der 43 es widerspiegeln. Im folgenden deshalb nochmal ein paar Anmerkungen eines Genossen, der nur einige wichtige Punkte anreißt, deren weitere Untersuchung unbedingt notwendig wäre, um die ganze, vor allem politische, Dimension des Aufstandes zu begreifen.

Am entscheidendsten für den "Erfolg" war die soziale Zusammensetzung der Kämpfenden und derjenigen, die sie unterstützten. Es waren eben nicht nur die proletarischen Kids, die sich einklinkten, für sich ein Haus zum Übernachten besetzten und Barrikadenwache machten. Es waren auch türkische Frauen mit ihren drei Kinder am Rockzipfel, die was zu essen vorbeibrachten, oder die Oma, die ihre alten Stühle auf die Barrikade unter ihrem Fenster warf, damit die Barrikade noch höher wird.

Und ein entschlossener Kern, um den herum sich immer wieder alles gruppierte und polarisierte. Fast ganz St. Pauli, Altona und was noch alles bewegte sich eine Woche im Fieber neuer Lebensfreude und Spannung. Genau diese Entschlossenheit der Hafensstraße, die Häuser um keinen Preis mehr herzugeben, die sich über Jahre entwickelte und durchsetzte, das "bis hierher und nicht weiter" mußte in sich weiter zuspitzender Situation für die ProletarierInnen im Stadtteil eine Kraft darstellen, einen Polarisierungsprozeß einleiten, der die ganze Stadt erfaßte.

Die Stärke der Hafensstraße lag über die ganzen Jahre ja dadrin, daß sie sich nie als politische Kraft, als Vermittlungsinstrument verstanden haben, sondern immer in erster Linie als selbstorganisierte und selbstbestimmte Menschen die gegen das Kapital, gegen den Staat, konkret den SPD-Senat, und für einen Raum der Entwicklung kämpfen. Mit allen Widersprüchen und Konflikten, die oft in vollster Schärfe zu Tage traten. Nie jedoch als Stellvertreter, Heilsbringer oder Verhandlungsführer für die Klasse oder das Stadtteilproletariat. Und nie haben sie ihr Verhalten von ebensolchen bestimmen lassen. Aber nur so konnten sie ein Verhältnis zur Klasse entwickeln, das nicht äußerlich war, und die Dynamik des Klassenkampfes und eben nicht politischer Militanz freisetzen konnten. Daraus entwickelte sich dann auch die proletarische Stärke, die die Häuser letztlich hielt.

Das hatte Auswirkungen auf allen Ebenen. Nicht nur die Zusammensetzung war eine grundsätzlich andere als sonst bei den militanten Kämpfen, auch die vielen bekannten ätzenden Bündnisdiskussionen um Flugblattformulierungen entfielen. Für alle beteiligten

Organisationen, Gruppen und Politiker war und mußte erstmal klar sein, daß an der Strategie der Konfrontation nicht zu rütteln war, sie konnten nur noch die Taktik bestimmen, mit der sie sich selber daran beteiligen.

Und in dieser Situation war es für alle, die an ewige Diskussionen vor einer Entscheidung gewöhnt sind, total schwierig sich zu verhalten, wenn der Barrikadenbau noch während der Diskussion einfach losgeht. Und wir müssen uns auch fragen, wie wir uns in solch einer zugespitzten Konfrontation politisch verhalten. Konkret war's ja auch in der Hafensstraße so, daß die politischen Fraktionen im Grunde immer hofften, den Konflikt für ihre Ziele verwerten zu können. Und was war das eigentlich, das sich in Hamburg entwickelte, das dazu führte, daß Lehrlinge von Blohm und Voss sich solidarisierten, daß Studenten die Uni besetzten und daß sich Türken auf den Weg in den Hafen machten? Und vor allem wär's doch wichtig, das als einen politischen Prozeß zu begreifen, der die Frage von Klassenmacht auf die Tagesordnung setzt. Und genau das hat ja dem Senat die militärische Lösung unmöglich gemacht. Oder wann haben sie schon ihre interessantesten SEK-Einheiten zusammengezogen, nur um sich eine Woche Barrikaden angucken zu müssen?

Es war einer der wenigen Erfolge in den letzten Jahren, wenn auch ein auf der Ebene des Vertragstextes teuer erkaufter - aber doch kein Sieg -, als der Hamburger Bürgermeister sich selbst zur Disposition stellen mußte, um aus dem eskalierenden Konflikt herauszukommen. Und in dem Moment als die Symbole der eigenen, proletarischen Macht abgebaut wurden, änderte sich die Stimmung, und die Leute auf der Straße waren ganz andere. Fehlte doch der Haß und die Lust am Aufstand, und nur die Reformisten konnten ein Fest aus dem, wenn auch in der Phase notwendigen, Kompromiß machen. Was ja auch von den Pressegeiern gierig aufgegriffen wurde. Und der Senat und die Bullen konnten den Konflikt nicht mehr militärisch lösen, denn in ihrem Freudentaumel über die "friedliche" Lösung hätten sie nicht einmal mehr die abräumenden Jusos, Friedensbewegten und GALiern ernstgenommen!

**AUTONOME
INTERNATIONALISMUS
TAGE**

Vom 14. - 17.4. finden in Bremen in Vorbereitung auf die IWF-Tagung im Herbst Autonome Internationalismus Tage statt. Schwerpunkte werden u.a. sein:

- Imperialismus und Klassenkampf global
- Schuldenkrise und Klassenkrieg
- Frauen- und (Klassen-) Widerstand in den drei Kontinenten
- Theoretische Grundlinien eines neuen Antiimperialismus

Anmeldungen und weitere Unterlagen bei:

AG Europäische Migration
c/o ASTA Uni Bremen
Bibliotheksallee
2800 Bremen 33

Dokumentation
zu der Auseinandersetzung
zwischen Avrupa'da Dev Genc
und G6cmen
im Restaurant EMEK
am 23./24.10.87
in Hamburg

Herausgegeben von der Zeitschrift
SCHWARZE KATZE Hamburg

48 Seiten, DM 2,00 (+ 70 Pf Porto)

zu bestellen bei
Zeitschrift SCHWARZE KATZE
c/o Cafe & Buch
Holstenstraße 186
2000 Hamburg 50



Wir wollen uns als AKW-Gegnerinnen zu der Tagung im Herbst praktisch und öffentlich wirksam verhalten. Begreifen und nutzen wir die IWF/Weltbank-Tagung als Chance, unseren Widerstand hier gegen Atomanlagen mit anderen zu verbinden und mit neuen Inhalten und Perspektiven fortzusetzen. Für eine gemeinsame Diskussion rufen wir euch auf zu einem Treffen am 6/7/8. Mai in Berlin. Beiträge schickt und fordert an bei: BIGAM Marburg, c/o KFZ, Schulstr.6, 3550 Marburg - **Anmeldungen:** Anti-AKW-Gruppe 61 c/o TUWAT-Laden, Mittenwalder Str.6 1000 Berlin 61

Strahlende Geschäfte

Ober den Welturanmarkt und Welturanhandel

Das Buch zur Kampagne gegen weltweiten Uranabbau

Anfang April 88 im Schmetterling - ca. 130 Seiten, ca. 10 DM, erscheint Verlag, Stuttgart; mit vielen Fotos, Tabellen, Schaubildern

Umweltzentrum Münster e.V.
Tel. 0251/66016 Scharnhorststr. 57
4400 Münster

Arbeitskreis Afrika (AKAFRIK)
Lingener Str. 9, Hinterhaus
4400 Münster Tel 0251/52012

atom erscheint jeden zweiten Monat. Preis dieser 100seitigen Sondernummer Nr. 18/19: 6,- DM
Normalpreis: 4,-, Abo 25 DM

Bestellungen an:
Atom, Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 1945, 3400 Göttingen, Tel. 0551/7700158 oder c/o Günter Garbers, Posener Str. 22, 2121 Reppenstedt

NEUE VIDEOFILMLISTE

mit Filmen aus autonomen Kämpfen herausgekommen:

- "Projekt Arthur" - die Gewaltfrage 1968 in der BRD
- "Neue Kunst des Strafens" - Knast BRD
- "9 Tage auf den Barrikaden" - Häuserkampf in Dänemark
- "Kraak de Leegstand" - Kraakerbewegung in Amsterdam
- "Martxa eta Borroka" - Kampf der Basken um Autonomie
- "Plastic Bullets" - Aufstandsbekämpfung in Irland
- "Cuentamé de Esteli" - Nicaragua
- "Schatila" - Lagerkrieg in Beirut

erhältlich bei:
Medienwerkstatt 78 Freiburg,
Konradstr. 20 Tel.:0761/709757

**Im Gemeinschaftsprojekt
der Buchläden:**

Kleine Freiheit, Gießen
Rote Straße, Göttingen
Schwarze Risse, Berlin
sind erschienen/erscheinen:

Autonomie 14

- Massenarmut und Existenzrecht
 - Frauenarbeit und kapitalistische Reproduktion
 - Klassenreproduktion und Kapitalverhältnis
 - Völkermord gegen soziale Revolution
 - das US-imperialistische System von Bretton Woods
- 287 Seiten, DM 14.-

Autonomie 10

- Neuzusammensetzung der Unterklassen in den Drei Kontinenten
 - Die Krise der 70er Jahre
 - Ölkrise, Inflation, Regie d. Multis
 - Reproduktion der Armut
- 60 Seiten, DM 7.-

**Materialien für einen
neuen Anti-Imperialismus 1**

- Mittelamerika-Nord-Mexiko-USA
 - Migration / kriegsförmige Mobilisierung / Vertreibung / Low Intensity Warfare / transnation. Klassenaueinandersetzungen
 - Ökonomie des Widerstands
- (April 88)

**Materialien für einen
neuen Anti-Imperialismus 2**

- Brasilien
 - Migration / Hunger / Bevölkerungspolitik / Vernichtung
 - die „neuen“ Klassenkämpfe in Brasilien / Streiks / Plünderungen / Landbesetzung
 - copycats / Blockierung des Entwicklungsmodells
- (Juni 88)

**Leben als Sabotage
D. Hartmann**

Zur Krise der technologischen Gewalt, mit aktuellem Vorwort
Reprint, Juni 88, DM 10.-

Die Autonomie 10 und 14 sowie die Materialien zu Migrationsbewegungen - transnationale Klassenaueinandersetzungen sind unabdingbare Lektüre für die Diskussion um einen neuen Internationalismus (IWF-Kampagne!!)

Bestellungen an:
Buchladen Schwarze Risse
Gneisenaustr. 2, Tel. 6928779
Gruppen u. Einzelbestellungen bitte Vorauszahlung:
Postgirokonto 2908 91 - 103
M. Junk Verlag

DIE ZUKUNFT DER VERGANGENHEIT

NEOFASCHISMUS UND ANTI-FASCHISTISCHER WIDERSTAND AM BEISPIEL GEISENKIRCHEN



V.i.S.d.P.: M. Beerwald - Bestelladresse: M. Beerwald c/o Initiativzentrum 'Trotz Alledem', Weberstr.79, 4650 Geisenkirchen - Verkaufspreis: 5,- DM - Bezugsbedingungen: Wir verschicken die Broschüre gegen Vorkasse in Form von Bargeld. Bitte schickt nur Geldscheine und/oder noncalfs Briefmarken. Die Portokosten sind im Preis inbegriffen. Für Spenden sind wir natürlich äußerst dankbar. Nicht ausreichend frankierte Umschläge gehen auf jeden Fall zurück an den/die Absender/in. Gefangene erhalten die Broschüre kostenlos. 1. Auflage Februar 1988

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Einzelnummer: 5.-DM Nr.27
SF-Abonnement: 15.-DM
Sondernummer ARBEIT: 5.-DM
Sondernummer FEMINISMUS: 6.-DM (Mai 1988)
Sonderdruck: SF 0-12: 10.-DM

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach 1159
7043 Grafenau-1

(Auszugsweiser) Inhalt von:

- ★ Ingrid Strobl/Ursula Penselin - sind linksradikale Themen »anschlagsrelevant«?
- ★ Startbahn - ein paar Wochen danach von Lupus
- ★ Amnestie-Debatte von Klaus Bittermann u.a.
- ★ Kulturkritik II von Herby Sachs
- ★ Geschichte des IWF von Dettel Hartmann
- ★ Verfall der Arbeit von Wolfgang Haug
- ★ Int. m. Murray Bookchin II von Peter Einarssen
- ★ Geschichte der Wobblies II von Jörg Auberg

**Dokumentation zum
Wuppertaler 129a-Prozeß**

7 Jahre Ermittlungen gegen die sogenannte "Antifa-Gruppe", versuchte Kronzeugeneinführung, Parallele zu 18.12.87

Dokumente, Analysen, Erklärungen

Preis 5.- incl. Porto in Briefmarken an:

**Wuppertaler
zeitung**

c/o die börse
Viehofstr. 125
5600 Wuppertal 1

ab 10 Stck. Rechnung möglich mit 20 % Wiederverkaufsabbatt

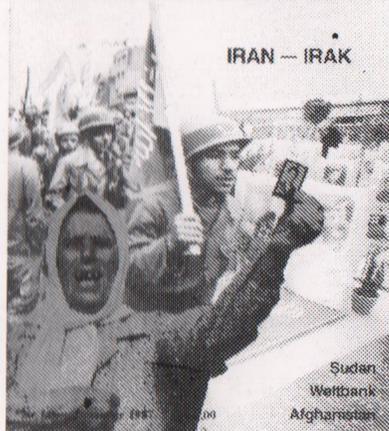
ORGAN DER FREIEN ARBEITER - UNION
WER DIE ARBEIT
EBENSO WIE
DAS NICHTSTUN
FINDET SCHNELL ZUR
DIREKTEN AKTION
PROBEHEFT GEGEN DM 2.- IN PORTO
FAU, LAGERSTR. 27, 2000 HAMBURG 6

**direkte
aktion**

blätter des iz3w
informationszentrum dritte welt - iz3w

Schwerpunktthema:

blätter des iz3w
informationszentrum dritte welt - iz3w



Politisierung des Islams

Nr. 14 · Februar 1988

Einzelpreis DM 5.-; Jahresabo: DM 40.-
(DM 30.- für einkommensschwache Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr.
Informationszentrum Dritte Welt,
Postfach 5328, 7800 Freiburg

1 DM
Ausbruch
Orkan der
Selbstorganisation
der Zivildienstleistenden

Der AUSBRUCH ist das Organ der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SODZDL), welche bundesweit in ca. 80 Basisgruppen existiert. Er ist ein zweimonatliches Informations- und Diskussionsforum für alle Antimilitaristen und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst, aber auch mit Totalverweigerung, Rechten für KDV und ZDL, Aktionen, Terminen, Internationalem, Hintergründen, Theorien, Adressen, Tips und Tricks usw...



Gratis-Probe

beim AUSBRUCH, c/o Umweltzentrum,
Scharnhorststraße 57, 4400 Münster.

Abonnement

Das Jahresabo kostet 15 DM, für geringstverdiener 10 DM. Abonniierung durch Überweisung: Sonderkonto T.Koch Nr. 2832 12-465, Postgiroamt Dortmund, BLZ 440 100 46 mit deutlichem Absender auf dem Empfängerabschnitt !!!

Aktion

ANARCHISTISCHES MAGAZIN
Kriegstr. 38 6000 Frankfurt
Die AKTION erscheint ca. alle 6 Wochen und kostet 3.- DM. Wer sie druckfrisch haben möchte, soll 15.- DM für 5 Ausgaben bzw. 30.- DM für 10 Ausgaben auf folgendes Konto überweisen:
W. Zoubek
Postgirokonto 490930 - 607
Postgiroamt Frankfurt
BLZ 500 100 60
Gegen Einsendung von 3.- DM + 0,70 DM Porto in Briefmarken senden wir gerne ein